

Die Arbeit

Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde

1926

HERAUSGEBER: THEODOR LEIPART, BERLIN
REDAKTEUR: LOTHAR ERDMANN, BERLIN

HEFT 9

AUFGABEN UND ZIELE DER ARBEITSPHYSIOLOGIE

Von EDGAR ATZLER (Berlin)

I.

Nicht nur die physische, sondern auch die psychische Leistungsfähigkeit unterliegt periodischen Schwankungen. Diese Schwankungen äussern sich im Verlauf von kürzerer Zeit, wie Tagen und Wochen, aber auch in Monaten und Jahren können wir sie beobachten. Wenn wir sehen, dass die Leistungsfähigkeit eines Menschen im Laufe der Jahre abnimmt, so beziehen wir das auf das zunehmende Alter. Wenn auch diese Kurve der Leistungsfähigkeit nicht einen kontinuierlichen Abfall nimmt, sondern von Zeiten erhöhter Leistungsfähigkeit unterbrochen ist, so ist ihre Tendenz doch nach unten gerichtet. Die in kürzeren Beobachtungsperioden auftretenden Leistungsbeeinträchtigungen führen wir meist auf Ermüdung zurück. Und der Gedanke ist durchaus diskutabel, dass auch der Verlauf der Alterskurve der Leistung von dem Grade der täglichen Ermüdung beeinflusst wird. Jedenfalls sehen wir, dass der im landwirtschaftlichen Betriebe stehende Mensch im allgemeinen seine körperliche Frische viel länger erhält als der Fabrikarbeiter. Das mag zum Teil auf die gesünderen Lebensverhältnisse des Landlebens zurückzuführen sein. Sicher aber nur zum Teil! In beiden Berufsklassen muss stark, bis zur Ermüdung gearbeitet werden. Ist die Ermüdung an sich also schädlich? Die Antwort muss lauten: Eine Ermüdung braucht nicht schädlich zu sein, im Gegenteil, eine gesunde Ermüdung kann einen günstigen Einfluss haben, sie kann bewirken, dass die Arbeitsfähigkeit bis ins hohe Alter erhalten bleibt. Man denke nur an den tiefen, erquickenden Schlaf des körperlich Arbeitenden. Ja, die Ermüdung kann unter Umständen sogar bis zur Erschöpfung betrieben werden, ohne dass die Gesundheit gefährdet wird.

Wie oft muss der Bauer, besonders in der Erntezeit, vom frühen Morgen bis zum späten Abend auf das angestrengteste arbeiten, so dass seine Kräfte vollständig erschöpft sind! Trotzdem er im Laufe seines Lebens ausserordentlich oft derartige Spitzenleistungen vollbringen muss, bleibt er doch frisch und gesund. Woran liegt es nun, dass der im Industriebetrieb beschäftigte Mensch, der wohl nur selten bis zur Erschöpfung arbeitet, sich im allgemeinen rascher verbraucht als der Bauer?

Nun, der Unterschied liegt in der Art der Betätigung. Der Bauer hat eine abwechslungsreiche Arbeit. Er trainiert den ganzen Körper durch. Der Fabrikarbeiter hat eine viel einseitigere Beschäftigungsart. Die Arbeit, die in einer modernen Fabrik verlangt wird, übt nicht immer den erfrischenden, belebenden Einfluss aus, den wir z. B. bei der Erntearbeit oder auf dem Sportplatz wahrnehmen. Die Maschine schreibt dem Menschen das Tempo vor. Einige bestimmte Muskelgruppen erlangen eine meisterhafte Fähigkeit in der Ausübung einer Spezialarbeit. Es sind immer dieselben Muskeln, die in gleichem Rhythmus arbeiten; kleine, flinke Muskeln sind es, die in jahrelanger Benutzung beansprucht werden. Wir wollen uns nun die Folgen klarmachen, die sich aus einer solchen einseitigen Arbeit ergeben.

Betrachtungen über das Wesen der Ermüdung.

Wir wollen uns zunächst auf ein rein theoretisches Gebiet der Physiologie begeben; dann werden wir den Vorteil haben, dass wir klare Einblicke in das biologische Geschehen des Ermüdungsvorganges gewinnen. Bekanntlich schlägt ein dem Kalt- oder Warmblüter frisch entnommenes Herz auch ausserhalb des Körpers weiter. Das Herz enthält nicht nur die Muskeln, sondern auch die nervösen Organe, von denen die Impulse ausgehen. Wir haben also ein sehr einfaches Gebilde vor uns, das ein übersichtliches Versuchsobjekt für Ermüdungsstudien darstellt. Ferner ist bekannt, dass man an einem überlebenden Muskel durch künstliche, besonders durch elektrische Reize Zuckungen hervorrufen kann. Auch der Herzmuskel reagiert auf den künstlichen Reiz mit einer Zuckung, aber nur unter gewissen Bedingungen. Lässt man den Reiz unmittelbar nach Beendigung einer natürlichen Herzkontraktion einwirken, so tritt kein Erfolg ein. Nur dann reagiert das Herz auf den Reiz, wenn ihm eine genügende Erholungspause seit der letzten Kontraktion vergönnt wird. Die Deutung dieses Vorganges ist sehr einfach. Der Reiz kann nur dann wirken, wenn eine gewisse Menge eines Stoffes, den wir Explosionsstoff nennen wollen, sich angehäuft hat. Dieser Explosionsstoff zerfällt unter dem Einfluss des künstlichen Reizes; die resultierende Erregung bewirkt eine Zuckung des Herzmuskels. Unmittelbar nach einer natürlichen Kontraktion ist dieser Explosionsstoff zerstört. Das Herz verhält sich gegenüber den künstlichen Reizen „refraktär“. Was für den künstlichen Reiz gilt, gilt auch für den natürlichen nervösen Reiz. Jeder Reiz kann nur dann wirken, wenn er auf genügendes Explosionsmaterial trifft. Diese Verhältnisse lassen sich auf die übrigen reizbaren organischen Gebilde des Körpers übertragen, und wir können nun die Frage untersuchen, was eintritt, wenn ein kleiner Muskel dauernd die gleiche Arbeit verrichten muss. Wir wollen zu diesem Zweck einige Experimente besprechen.

Wenn ich unter kontinuierlichen Beugungen und Streckungen des Fingers gegen einen federnden Widerstand arbeite, so wird die Leistungsfähigkeit meines Fingers mit der Zeit abnehmen; schliesslich werde ich überhaupt nicht mehr imstande sein, die Spannungskraft der Feder zu überwinden: „Der Muskel ist ermüdet“, sagt der Laie. Nun ist aber durchaus nicht gesagt, dass der

Muskel als solcher ermüdet ist. Ja, die experimentelle Studie zeigt, dass der Muskel noch reizbar ist. Reize ich nämlich künstlich mit elektrischen Strömen, indem ich die Elektrode an eine Hautstelle bringe, unter welcher der zum Muskel ziehende Nerv liegt, so fängt der angeblich ermüdete Muskel wieder zu arbeiten an.

Wenn also der Fingermuskel bei der natürlichen Reizung den Dienst versagte, so lag dies nicht daran, dass der Muskel ermüdet war; die Ermüdung musste vielmehr irgendwelche Teile des Zentralnervensystems betreffen. Nun wollen wir in unserem Experiment fortfahren. Ich reize jetzt den Finger von seinem Nerv aus so lange mit künstlichen elektrischen Reizen, bis er nicht mehr reagiert. Jetzt ist in der Tat eine gewisse Ermüdung des Muskels eingetreten. Aber — und nun kommt das Merkwürdige — wenn ich jetzt, nachdem der künstliche Reiz nicht mehr wirkt, zu dem natürlichen Reiz zurückkehre, so sehe ich, dass der Muskel wieder arbeiten kann. Der Grund für dieses sonderbare Verhalten ist aber leicht einzusehen, wenn wir an das oben angeführte Beispiel des herausgeschnittenen Herzens denken. Der Willensimpuls des Menschen trifft auf ein in dem Zentralnervensystems gelegenes nervöses Zentrum. Genau so, wie das Froschherz nur dann auf einen künstlichen Reiz anspricht, wenn genügend Explosionsmaterial vorhanden ist, ebenso kann der Willensimpuls nur dann eine Wirkung hervorrufen, wenn ausreichende Mengen gewisser Stoffe in dem Zentrum angehäuft sind, die zerfallen können.

Bei unserem Fingerexperiment haben sich während der künstlichen Reizperioden in den nervösen Zentren wieder genügend Explosionsstoffe angehäuft, die nun, nachdem die künstliche Reizung wirkungslos geworden ist, auf den Impuls reagieren.

Wir haben also an diesem einfachen Experiment viel gelernt. Wir sahen, dass man streng zu scheiden hat, zwischen peripherer und zentraler Ermüdung. Jede Muskelzusammenziehung setzt einen Willensimpuls voraus. Dieser muss stark genug sein, um die nervösen Zentren zu erregen. Dadurch entsteht ein Reiz, der sich durch den peripheren Nerven auf den Muskel fortpflanzt, der mit einer Kontraktion reagiert. Die periphere Ermüdung betrifft die Leitungsbahn des Nerven, die Umschaltstelle im Muskel (motorische Nervenendplatte) und vor allem den Muskel. Wenn dagegen die im Zentralnervensystem gelegenen Partien ermüden, so sprechen wir von zentraler Ermüdung.

Wenn grosse Muskelmassen unseres Körpers längere Zeit angestrengt arbeiten, so tritt eine periphere Ermüdung ein. Je kleiner aber das anatomische Feld wird, auf das sich die Muskelarbeit beschränkt, um so mehr verliert die periphere Ermüdung an Bedeutung, und um so deutlicher machen sich die Erscheinungen der zentralen Ermüdung bemerkbar. Offenbar sind es die nervösen Zentren im Gehirn, die bei zu langer oder zu frequenter Beanspruchung zuerst von der Ermüdung befallen werden. Wie man sich diesen Vorgang im einzelnen vorzustellen hat, interessiert uns hier weniger; für uns genügt, dass der Willensimpuls eine bestimmte Menge Explosionsmaterial in

den Zentren zum Zerfall bringt, und dass hierdurch die Erregung entsteht. Die Zeit zwischen zwei aufeinanderfolgenden Willensimpulsen muss gross genug sein, dass einerseits die Schlacken beseitigt, anderseits wieder genügend Explosionsmaterial für den nächsten Reiz aufgebaut werden kann. Folgen die Willensimpulse zu rasch aufeinander, so braucht der periphere Muskel, der ja weniger ermüdbar ist, durch diese zu hohen Frequenzen keinen Schaden zu erleiden, wohl aber die nervösen Zentren.

Wenn die Leistung des Muskels auf der geforderten Höhe bleiben soll, so müssen entweder verstärkte Willensimpulse abgegeben werden, oder benachbarte nervöse Zentren müssen in die Erregungsbahnen einbezogen werden. Dieses Übergreifen auf andere Zentren hat natürlich die gleichen schädlichen Folgen. Abgesehen davon, dass diese Gebiete kaum die gleiche günstige anatomische Lage haben werden wie das Zentrum, welches ursprünglich benutzt wurde, werden sich auch in diesen Teilen die Bildung des Explosionsmaterials und die Wegschaffung der Abfallprodukte verzögern. Wenn also eine solche Arbeit in falschem Rhythmus betrieben wird, so werden im Verlauf der Jahre immer grössere Partien der nervösen Substanz in diesen Prozess einbezogen, die unter der viel zu hohen Beanspruchung leiden, bis sie schliesslich zum nervösen Zusammenbruch führen. Für unsere Betrachtungen ist es nun von Wichtigkeit, zu wissen, dass wir die Vorgänge, welche sich in den Zentren und in den tieferen Abschnitten, wie Nerv und Muskeln, abspielen, mit den Methoden der Physiologie erforschen können. Eine Grenze ist uns aber gesetzt an denjenigen Teilen des Systems, wo der Willensimpuls auf das Zentrum einwirkt. Diese Strecke ist es, die den mannigfachen Einwirkungen der In- und Umwelt unterliegt, welche eine exakte Untersuchung so sehr erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen. Wir müssen also zunächst darauf verzichten, für die einzelnen Berufe diejenige Länge der Arbeitszeit exakt zu bestimmen, die sicher ohne Gesundheitsschädigung getragen werden kann; wir müssen darauf verzichten, den Grad der Ermüdung mit objektiven Methoden festzustellen und damit die Bedeutung aller jener Vorschläge einwandfrei zu ermitteln, die gemacht wurden, um die Produktion zu steigern; wir müssen darauf verzichten, die Länge der Pausen und die Art ihrer Einfügung in den Arbeitstag in wissenschaftlich einwandfreier Weise vorzuschreiben. Ob die Wissenschaft diese schmerzlichen Lücken unseres Wissens mit der Zeit ausfüllen wird? Wer vermag es zu sagen?

Aber wir brauchen trotzdem nicht in stumme Resignation zu versinken. Wenn wir uns mit unseren Untersuchungen auch bescheiden auf diejenigen Gebiete beschränken, die wir mit unseren heutigen Kenntnissen und Methoden erforschen können, so nützen wir doch schon heute der Allgemeinheit. Wir stehen auf dem Boden gesicherter experimenteller Tatsachen und finden Gesetzmässigkeiten, die unter allen Umständen gelten, und die unabhängig sind von der grossen Zahl jener Faktoren der In- und Umwelt des Menschen, deren Einflussstärke auf die Arbeitsgestaltung wir auch nicht annäherungsweise abschätzen können.

Die nächsten Aufgaben der Arbeitsphysiologie.

Es ist vorwiegend die körperliche Arbeit, bei der wir mit unserer Forschung einsetzen können. Hier müssen wir die Bedingungen so wählen, dass ungünstige Arbeitsformen vermieden werden. An dem Beispiel der statischen Arbeit wollen wir das erläutern. Wir leisten eine solche Arbeit, wenn wir z. B. mit nach vorn gestreckten Armen ein Gewicht längere Zeit halten; eine äussere Arbeit im Sinne der Physik wird hierbei nicht geleistet, sondern es kompensieren sich lediglich zwei entgegengesetzt gerichtete Drehmomente. Im gewerblichen Leben gibt es wohl kaum einen Arbeitsvorgang, bei dem die statische Komponente ganz fehlt. Eine Näherin muss eine gewisse statische Arbeit leisten, um den Kopf in der geeigneten Stellung zu halten, der chirurgische Assistent, der während einer Operation die Wundränder auseinanderhält, leistet statische Arbeit.

Die ermüdende Wirkung der statischen Arbeit hat verschiedene Ursachen. Der statisch beanspruchte Muskel ist dauernd kontrahiert und presst dadurch die Blutzufuhr ab. Neues Brennmateriale kann ihm nicht zugeführt werden, und die Stoffwechselschlacken können nicht beseitigt werden. Während sich die Ermüdungsgifte bei dynamischer Muskelarbeit über das ganze Körpergebiet verteilen, häufen sie sich in den statisch arbeitenden Muskeln an. Dazu kommen noch unangenehme Sensationen, die wohl auf einer Druckreizung von Gefühlsnervenendigungen in den Sehnen und Gelenkkapseln beruhen.

Durch das Studium der Bewegung kann man den Einfluss des Grades der statischen Durchsetzung eines Arbeitsvorganges auf den Eintritt der Ermüdung sehr schön verfolgen. Hat die Versuchsperson die Aufgabe, ein bestimmtes Gewicht mit einer Hand bei leicht im Ellbogengelenk gekrümmtem Arm nach einem vorgeschriebenen Rhythmus um 75 Zentimeter aufwärts zu heben, abwärts zu senken, aufwärts zu heben usw., so drückt sich in den Bewegungskurven eine Störung der Koordination, das heisst der Ordnung der Bewegung, um so früher aus, je langsamer die Hebungen und Senkungen erfolgen. Das hängt natürlich damit zusammen, dass das Verhältnis des statischen zum dynamischen Anteil einer Arbeit um so grösser ist, je langsamer die Arbeit durchgeführt wird.

Es ist natürlich klar — und damit kommen wir zum Ausgangspunkt unserer Betrachtungen zurück —, dass ein hoher Grad von statischer Durchsetzung einer Arbeit unter allen Umständen ungünstig ist. Mögen die übrigen Arbeitsverhältnisse noch so günstig sein, der Arbeiter, dem eine solche Bewegungsform vorgeschrieben wird, steuert einer vorzeitigen Ermüdung zu, die sich durch eine geschicktere Anordnung des Arbeitsprozesses vermeiden liesse.

Oder ein anderes Beispiel. Ein Arbeiter soll eine stark belastete Kurbel drehen, deren Achse gerade so hoch angeordnet ist, dass er mit aufgerichtetem Oberkörper stehen und nur durch Armbewegungen die Kurbel in Rotation versetzen kann. Würde man die Kurbelachse etwas tiefer anordnen, so könnte er beim Aufwärtsdrehen Rumpfbewegungen ausführen und die kinetische Energie des nach vorn fallenden Oberkörpers für den Arbeitsprozess mit verwerten. Auch diese Regel gilt unter allen Umständen.

Wir sehen also, dass man trachten muss, die Arbeit möglichst zu erleichtern. Ungünstige Bewegungen müssen als solche erkannt und nach Möglichkeit beseitigt werden. Die Arbeit muss so gestaltet werden, dass sie der Eigenart des belebten Motors gut angepasst ist.

Gelegentlich findet man die Behauptung vertreten, dass *Taylor* dieses Ziel angestrebt hat. Das ist aber durchaus nicht der Fall. *Während Taylor ohne jede genaue Kenntnis des menschlichen Organismus Maximalleistungen zu erpressen suchte, verlangen wir im Gegensatz hierzu Optimalleistungen. Der Arbeitsvorgang muss so gestaltet werden, dass er der Eigenart des menschlichen Motors angepasst ist. Das ist dann der Fall, wenn nicht auf dem „kürzesten“, sondern auf dem „bequemsten“ Wege Maximalleistungen erreicht werden. Hier liegt also eine Aufgabe vor, die nicht der Ingenieur, sondern nur der Physiologe zu lösen vermag.*

Theoretische Vorbemerkungen zur Messung des Energiewechsels beim Menschen.

Es entsteht nun die Frage, wie man diejenigen Bedingungen eines Arbeitsprozesses, unter denen der Mensch am ökonomischsten arbeitet, ermittelt.

Die Physiologie vermag diese Frage zu beantworten. Ehe wir aber darauf eingehen, müssen wir einige physiologische Grundtatsachen besprechen.

Wenn ein Mensch äussere Arbeit im Sinne der Mechanik leistet, so verbraucht er eine gewisse Energiemenge; diese wird dadurch gewonnen, dass sich der aus der Luft stammende Sauerstoff (Oxygenium) mit gewissen chemischen Bestandteilen unseres Körpers verbindet. Diesen „Oxydationsvorgang“ bezeichnet der Chemiker als Verbrennung. Energien, die vorher in dem brennbaren Körper in latenter Form aufgespeichert waren, werden durch die Oxydation so umgewandelt, dass sie teils in Form von Wärme, teils in Form von Arbeit in Erscheinung treten. Es liegen also ähnliche Verhältnisse wie bei der Dampfmaschine vor; auch hier wird die aus der Verbrennung der Kohle stammende Energie durch einen geeigneten Mechanismus in äussere Arbeit umgewandelt. Das, was für die Dampfmaschine die Kohle bedeutet, ist für den Muskel das Glykogen, eine der pflanzlichen Stärke ähnliche Substanz. Aus den neueren Untersuchungen von *Meyerhof*, *Hill* u. a. wissen wir, dass dieses Brennstoffmaterial des Muskelmotors unter dem Einfluss des Nervenreizes über Traubenzucker und Hexosediphosphorsäure in Milchsäure gespalten wird. Diese bringt die Muskelelemente in einer noch nicht genauer erforschten Weise zur Zusammenziehung. In der Ruheperiode des Muskels wird die Milchsäure unter Wärmeentwicklung zum geringen Teil zu Kohlensäure und Wasser verbrannt, zum grössten Teil aber wieder zum Ausgangsmaterial aufgebaut. Ebenso wie bei der Dampfmaschine kann man auch beim Menschen keineswegs die gesamte aus den Verbrennungsvorgängen stammende Energie in Form von Arbeit zurückgewinnen. Nur ein geringer Bruchteil der Oxydationsenergie erscheint als äussere Arbeit. Der grösste Teil geht als Wärme verloren. Die Grösse dieses Verlustes hängt bei der Maschine von der Konstruktion ab. Je besser eine Maschine konstruiert ist, um so grösser ist die aus einem bestimmten Energiegehalt der verfeuerten Kohle

gewonnene äussere Arbeit. Oder anders formuliert: Die Leistungsfähigkeit einer Maschine ist um so besser, je grösser das Arbeitsquantum bei einem bestimmten Kohlenverbrauch ist.

Um zahlenmässige Angaben machen zu können, muss man die geleistete äussere Arbeit zu dem Energieinhalt der Kohle in Beziehung setzen. Unter äusserer Arbeit versteht der Physiker das Produkt aus Kraft und Weg. Wird ein Gewicht von einem Kilogramm um einen Meter entgegen der Schwerkraft gehoben, so wird eine äussere Arbeit von einem Meterkilogramm (abgekürzt: mkg) geleistet. Als Effekt bezeichnet man die Arbeitsleistung in der Zeiteinheit. Eine Pferdekraft entspricht 75 Meterkilogramm, also einer Arbeitsleistung, die dem Heben eines Gewichtes von einem Kilogramm um 75 Meter, oder auch von 75 Kilogramm um einen Meter in einer Sekunde gleichkommen würde. Es braucht hiernach nicht weiter ausgeführt zu werden, in welcher Weise man praktisch die von einer Maschine geleisteten Meterkilogramm Arbeit bestimmt.

Schwieriger ist es dagegen, den Energieinhalt der verfeuerten Kohle zu bestimmen. Man geht so vor, dass man in einer unter hohem Sauerstoffdruck stehenden Stahlbombe eine kleine Probe der auf ihren Energieinhalt zu prüfenden Kohle verbrennt und die gesamte hierbei freiwerdende Wärme in einem Kalorimeter bestimmt. Es sei hier daran erinnert, dass man die Wärmemenge in Kalorien ausdrückt. Eine grosse Kalorie reicht gerade aus, um die Temperatur von einem Liter Wasser um einen Grad Celsius zu erhöhen; eine kleine Kalorie (kal) stellt den tausendsten Teil der Wärmemenge einer grossen Kalorie (Kal) dar. Eine grosse Kalorie entspricht 427 Meterkilogramm.

Nunmehr können wir die Leistungsfähigkeit einer Dampfmaschine zahlenmässig ausdrücken. Wir bestimmen den Energieinhalt der Steinkohle und finden etwa 8 Kalorien für 1 Gramm Kohle. Diesen Kalorienwert drücken wir in Meterkilogramm aus. Bilden wir nunmehr den Quotienten aus der von der Maschine geleisteten äusseren Arbeit in Meterkilogramm und der ebenfalls in Meterkilogramm ausgedrückten aufgewandten, aus der Kohle stammenden Energie, so erhalten wir eine Grösse, die man als Wirkungsgrad bezeichnet. Bei älteren Dampfmaschinen gewinnt man nur etwa 10 Prozent der aufgewandten Energie in Form nutzbarer Arbeit wieder, bei modernen Dampfmaschinen beträgt der Wirkungsgrad 30 Prozent und noch mehr.

Wir haben diese Verhältnisse so ausführlich erörtert, weil sie sich auch auf den belebten Motor übertragen lassen. Das, was für die Dampfmaschine die Kohle ist, ist für Mensch und Tier die aufgenommene Nahrung. Die Substanzen, welche für die Erhaltung der Lebensfunktionen notwendig sind, teilt man zweckmässig in drei Hauptgruppen ein: in Eiweiss, Fett und Kohlehydrate. Daneben führen wir unserem Körper noch Wasser und organische Salze zu; diese haben aber im Energiehaushalt nicht die gleiche, unmittelbare Bedeutung als „Kraftquelle“ wie die drei Hauptgruppen unserer Nahrung. Das Eiweiss unserer Nahrung findet sich in der tierischen Muskelsubstanz, also im „Fleisch“, in Eiern, Milch und im Samen von Hülsenfrüchten. Die Fette entstammen sowohl dem Pflanzen- als auch dem Tierreiche; es sei nur erinnert an Butter, an Tier-

fett und Öle. Die Kohlehydrate beziehen wir in der Hauptsache aus dem Pflanzenreich. Zu ihnen gehören Zuckerarten und Stärke, wie sie z. B. im Korn, in der Kartoffel, im Reis und Mais sich vorfinden. Auch die Hülsenfrüchte enthalten neben dem Eiweiss Kohlehydrate.

Es hat sich nun herausgestellt, dass nicht, wie man ursprünglich annahm, das Muskeleiweiss, sondern Kohlehydrate und Fette die Kraftquellen für die Muskelarbeit darstellen. Nur wenn diese beiden Stoffe nicht mehr in ausreichendem Masse zur Verfügung stehen, wird Körpereiwiss zur Bestreitung des Energiebedarfs herangezogen.

Der Energiegehalt der drei genannten Hauptgruppen organischer Nahrungstoffe ist bekannt. 1 Gramm Eiweiss und 1 Gramm Kohlehydrat liefern bei der Verbrennung im Organismus je 4,1 Kalorien, 1 Gramm Fett liefert 9,3 Kalorien. Man könnte nun daran denken, die Grösse der Verbrennungsprozesse im Organismus durch eine Stoffwechselbilanz zu bestimmen. Man misst den Energieinhalt der zugeführten Nahrung und führt die entsprechenden Bestimmungen im Kot durch. Aus der Differenz könnte man schliessen, wieviel Energie aus der Nahrung im Körper umgesetzt wurde. Doch so einfach liegen die Verhältnisse nicht. Wohl kann man auf dem angedeuteten Wege in einer über längere Zeit sich hinstreckenden Versuchsperiode die Frage entscheiden, ob die gereichte Nahrung den Energiebedarf deckt. Für kurz dauernde Versuche ist aber dieser Weg nicht gangbar, denn es finden im tierischen Organismus nicht allein Oxydations-, sondern auch Reduktionsvorgänge statt. Der Energiebedarf braucht nicht immer von der zugeführten Nahrung, er kann auch von brennbaren Reservestoffen des Körpers gedeckt werden; andererseits kann die mit der Nahrung zugeführte Energie durch Ansatz von Fett oder von Glykogen für den Bedarfsfall aufgespeichert werden.

Will man während einer kurz bemessenen Zeit die Intensität der im Körper stattfindenden Verbrennungsprozesse messen, so muss man einen anderen Weg gehen. Wir atmen bekanntlich mit jedem Atemzuge ein bestimmtes Quantum Sauerstoff ein, das auf dem Blutwege allen jenen Orten zugeführt wird, wo Verbrennungen eingeleitet werden sollen. Die bei dem Verbrennungsprozess freiwerdende Kohlensäure wird auf dem umgekehrten Wege durch das Blut den Lungen zugeführt und ausgeatmet.

Wir hatten nun oben gesagt, dass man die Leistungsfähigkeit einer Dampfmaschine, die eine bestimmte Anzahl von Pferdekraften leistet, nach ihrem Kohlenverbrauch beurteilt. Das ist der einfachste Weg. Man könnte aber auch daran denken, eine Beziehung herzustellen zwischen der geleisteten äusseren Arbeit und der Menge Kohlensäure, die bei der Verbrennung im Ofen entwickelt wird, und der Sauerstoffmenge, die verbraucht wird; diese beiden Grössen sind ein Ausdruck der Intensität der Verbrennungsvorgänge. So unpraktisch ein solches Vorgehen bei der Dampfmaschine wäre, so wichtig ist dieses Prinzip für den belebten Motor; denn es ist der bequemste Weg, der uns die Bestimmung des Wirkungsgrades an Mensch und Tier ermöglicht. Die Endprodukte der Verbrennung sind Kohlensäure, Wasser und stickstoffhaltige Bestandteile, die im

Harn ausgeschieden werden. Bestimmt man mit Hilfe des sogenannten Kjeldahlverfahrens den Stickstoffgehalt im Harn, so kann man die verbrannte Eiweissmenge berechnen. Daraus kann man weiter schliessen, welche Menge Sauerstoff für die Eiweissverbrennung verbraucht und wieviel Kohlensäure dabei gebildet wurde. Zieht man die Menge dieser beiden Gase von dem Gesamtverbrauch an Sauerstoff bzw. von der Gesamtproduktion an Kohlensäure ab, so lässt sich aus dem verbleibenden Rest ersehen, wieviel Fett und Kohlehydrate verbraucht wurden.

Verbrennen nämlich Kohlehydrate, so ist die Menge des verbrauchten Sauerstoffs genau so gross wie die gebildete Kohlensäure, das Mengenverhältnis: Kohlensäure zu Sauerstoff (= der respiratorische Quotient) ist gleich 1. Bei der Verbrennung von Fett wird dagegen mehr Sauerstoff verbraucht, als Kohlensäure gebildet wird; d. h. der respiratorische Quotient ist kleiner als 1, er ist nur 0,71. Hat man also die Eiweissverbrennung berücksichtigt, so lässt sich aus dem resultierenden respiratorischen Quotienten berechnen, welchen Anteil Fette und Kohlehydrate an der Verbrennung genommen haben. Das ist aber deshalb von grosser Wichtigkeit, weil bei der Verbrennung von einem Gramm Fett über die doppelte Energiemenge frei wird als bei der Verbrennung von einem Gramm Kohlehydrat. Multipliziert man nunmehr die Menge des verbrauchten Eiweisses, Fettes und Kohlehydrates mit den obenerwähnten Kalorienwerten, so ergibt sich die vom Körper ausgegebene Energiemenge. Wir müssen also neben einer Harnuntersuchung eine genaue Messung der Atemgase vornehmen.

Die Feststellung dieses „Gaswechsels“ erfolgt mit Hilfe sogenannter Respirationsapparate. Wir verfügen heute über so praktische Modelle, dass der auf seinen Gaswechsel zu untersuchende Mensch ohne irgendwelche Behinderung jede beliebige Arbeit ausführen kann. Nun ist allerdings der Energieverbrauch, den wir durch einen solchen Apparat während der Arbeitsleistung feststellen, nicht allein auf die geleistete Muskelarbeit zu beziehen. Wir bewegen uns in einer Umgebung, die eine weit niedrigere Temperatur besitzt als unser Körper. Es wird also eine gewisse Energiemenge zur Aufrechterhaltung unserer hohen Körpertemperatur (37°C) benötigt. Ein weiterer Teil dieser Energie wird zur Unterhaltung der Herz-, Atem-, Darm- und Drüsentätigkeit verwandt. Die Grösse dieses „Ruhestoffwechsels“ bestimmen wir mit dem Respirationsapparat bei absoluter Muskelruhe der Versuchsperson. Leistet jetzt der Mensch äussere Arbeit, so steigt der Energieverbrauch für den Ruhestoffwechsel um den Betrag der für die Arbeitsleistung aufgewandten Energie. Dieser Betrag wird der Berechnung des Wirkungsgrades gewöhnlich zugrunde gelegt.

Praktische Nutzenanwendung.

Somit erscheint das Problem der Rationalisierung der menschlichen Arbeit ohne weiteres wissenschaftlich lösbar. Denn es bietet sich uns die Möglichkeit, die geleistete äussere Arbeit zu dem hierfür nötigen Energieaufwand in Beziehung zu setzen. Man bestimmt äussere Arbeit und Energieaufwand bei irgendeinem uns interessierenden Arbeitsprozess, beispielsweise beim Drehen einer Kurbel.

Man führt diese Untersuchungen durch bei verschiedener Drehgeschwindigkeit, bei verschiedenem Kurbelradius, bei verschiedener Achsenhöhe und bei verschiedener Belastung. Die für die einzelnen Variationen erhaltenen Wirkungsgrade geben uns eine klare Anschauung, welche Arbeitsbedingungen den Eigentümlichkeiten des menschlichen Motors am besten angepasst sind.

Man könnte nun daran denken, den Energieverbrauch bei den verschiedenen Arbeiten im Fabriksaal durch die Untersuchung des respiratorischen Gaswechsels zu bestimmen und womöglich durch Herumprobieren zu verbessern. Solche Versuche sind auch gelegentlich unternommen worden, ohne dass sie aber eine wesentliche Bereicherung unseres Wissens gebracht haben. Ganz abgesehen davon, dass sowohl der Unternehmer als auch die Arbeiter solche Untersuchungen aus naheliegenden Gründen nicht gern sehen, wäre ein solches Verfahren als absolut planlos zu bezeichnen. Denn bei den ausserordentlich zahlreichen, im praktischen Leben vorkommenden Arbeitsformen wäre es unmöglich, selbst im Laufe von Jahrzehnten eine allgemeine Rationalisierung zu erreichen. Der einzige Wert solcher Untersuchungen wäre vielleicht der, dass sie eine sichere Auskunft darüber geben, ob eine Arbeit als leicht, mittelschwer oder schwer zu bezeichnen ist.

(II. Teil folgt.)

RATIONALISIERUNG UND ARBEITSMARKT

Von FRIEDRICH OLK (Berlin)

Ein Jahr der Rationalisierung liegt hinter uns. Es schliesst mit einer derartig traurigen Bilanz (Arbeitslose, Lohndruck, Gefährdung des Achtstundentages usw.) ab, dass alle diejenigen in der Arbeiterbewegung, die sich seit Jahren bewusst für die Rationalisierung eingesetzt haben, in einen ganz bestimmten Verdacht geraten. Das geht nicht nur bei uns so. Die Haselhorster Werke brechen kläglich, im ersten Jahr nach ihrer Umstellung, zusammen. Sofort rufen Tausende von „Kartellbonzen“ und „Massschneidern“: Das habt ihr nun von eurer Fliessarbeit. Wir sind nicht das Land Henry Fords — und was nicht geht, das geht nicht! Am liebsten hätten es jene Geister, die neuerdings Kaufkraft nach Quadratmeilen und Millionenkopffzahlen messen, beispielsweise, wenn die pan-europäische Idee dahin verzerrt würde, *ihrem* und nur ihrem Betrieb den Kontinent zur Auswucherung zur Verfügung zu stellen. (Die oft angeführte *eine* Schraubenfabrik, deren Besitzer *man* natürlich sein muss.) Wenn der deutsche Arbeiter von der Rationalisierung erhöhten Anteil am Arbeitsertrag erwartete, höheren Lohn, billigere Preise, und statt dessen nun unter der Last vermehrter Arbeitslosigkeit seufzt, spricht das wirklich nicht gegen die *Rationalisierung*, höchstens gegen *die* Rationalisierung, wie wir sie erlebt haben.

Mit Hilfe von Ausland- und kurzfristigen Krediten und auf Grund steigender Unternehmergewinne aus stark übersetzten Preisen vollzog sich bei uns die Umstellung, wenn auch nur auf bestimmten Gebieten, dafür aber in einem fabelhaft

schnellen Tempo. Der Rückschlag liess nicht lange auf sich warten. Einerseits erwies sich das Auslandgeld als zu teuer (Kaliindustrie), andererseits zeigte sich, dass es ein höchst gewagtes Experiment war, mit kurzfristigem Kredit (Kahn-Konzern) eine Umstellung vorzunehmen, die sich nur auf lange Sicht auswirken konnte. Im Grunde genommen hielt, zum Teil eine Folge der Preisübersetzung, der Absatz nicht mit der Produktionssteigerung gleichen Schritt. Die grössere Leistungsfähigkeit der Werke, die durch die Umstellung erzielt wurde, musste selbstverständlich die Marktschwierigkeiten verschärfen, und so kann man die gegenwärtige Dauerkrise mit Recht als *Rationalisierungskrise* bezeichnen, weil ihre charakteristischen Verschärfungen tatsächlich auf der verschiedenen Entwicklung der Produktionskapazität und des Warenabsatzes beruhen. Die Benutzung leistungsfähiger Maschinen, die Einführung rentabler Arbeitsmethoden usw. werden immer fürs erste Arbeiter freistellen und den Arbeitsmarkt belasten — für eine bestimmte Zeit, bis sich die in der Mehrproduktion liegende Tendenz nach der Richtung grösseren Verbrauchs, steigender Bedürfnisse und einer wiederum billigeren Befriedigung derselben ausgewirkt hat. Führt die Mehrleistung zur Krise, so bedeutet die Verbilligung des Produkts als Auswirkung der Krise den neuen Aufstieg, die Anbahnung der Konjunkturzeit. Setzt man die vermehrte Produktionsfähigkeit in den einzelnen Industriezweigen mit ihrer Arbeitslosen- bzw. Kurzarbeitsziffer in Beziehung, so ist unschwer festzustellen, inwieweit die Arbeitsmarktkrise auf die Rationalisierung zurückzuführen ist. Ohne Zweifel ist ein erheblicher Bruchteil des Arbeitslosenheeres auf das Konto der Rationalisierung zu setzen. Wenn wir nicht wüssten, dass Deutschland in einer Rationalisierungskrise steckt — unser steigender Fertigwarenindex, die stetig steigenden Grosshandelszahlen, die wieder bedrohlich ganz allgemein zutage tretende anziehende Preistendenz, ausgerechnet inmitten einer beispiellosen Krise und ausgesprochener Stagnation des Arbeitsmarktes, würden es uns nicht verraten. Die gegenwärtige Dauerkrise steht nicht nur, soweit Preisbildung usw. in Frage kommt, in vollendetem *Widerspruch* zur Natur des *kapitalistischen Systems* und seiner *Dynamik*, sondern vor allen Dingen zu den *Voraussetzungen und Bedingungen*, unter denen sich der Umstellungsprozess, soweit wie überhaupt möglich, reibungslos vollziehen kann. Es muss also, soweit wir rationalisieren und rationalisiert haben, vieles faul sein im Staate Dänemark.

Betrachten wir die drei grossen Gebiete, auf denen sich jedes Wirtschaftsleben abwickelt (Fertigung, Verwaltung und Verteilung), so wird deutlich, wie ganz verschieden sie von der Rationalisierung erfasst wurden und werden. Sicherlich ist die umgestellte Fertigung vielfach der Ausgangspunkt einer rationellen Verwaltung und Verteilung. Und doch stehen Produktion, Verwaltung und Verteilung in Wechselbeziehung. Die Umstellung auf dem einen Gebiet ist ohne Nutzbarmachung der getroffenen Massnahmen auf dem anderen gar nicht möglich, z. B. erfordert die rationelle Fertigung Erweiterung der Verwaltung nach der zeitlichen und geldlichen Kontrolle des Arbeitsprozesses hin. Diese *gemeinsame Front auf den drei grossen Wirtschaftsgebieten* ist vielfach nicht gewürdigt worden. Auf dem Gebiete der Verwaltung stecken wir bekanntlich erst in den

Anfängen der Umstellung. Bezeichnend ist, dass der Ausschuss für wirtschaftliche Verwaltung erst Anfang 1926 seine Arbeit aufnehmen konnte, dass wir von den Arbeiten seiner Fachausschüsse in der Praxis bisher so gut wie gar nichts verspürten. Die berüchtigte Bereinigung der Verwaltung im Jahre 1925 war nichts anderes als eine sinnlose Personalverminderung, deren Wirtschaftlichkeit sehr zu bestreiten ist, da sie durchweg auf eine Verwechslung von „billiger“ und rentabler Arbeitskraft zurückging. Wo man zur Mechanisierung des Arbeitsprozesses schritt, beschränkte man sich meistens auf die Einstellung von Bureaumaschinen usw., ohne den Grundsätzen wirklicher Rationalisierung Rechnung zu tragen und tiefer in die Zusammenhänge zwischen Verwaltung einerseits und Fertigung und Verteilung andererseits einzudringen. Die Verteilung selbst scheint sich infolge Konservierung verteuernder Zwischenglieder, Verteuerung der Warenbewegung usw., nach wesentlich anderen Gesichtspunkten als dem der billigsten Bedürfnisbefriedigung zu orientieren. Bleibt die Fertigung, die sich zweifellos stark umgestellt hat und sicher zu einer Senkung der Gestehtungskosten, dem Ziel jeder Umstellung, gekommen ist. Leider wurde dem Absatz und dem Arbeitsmarkt dadurch nicht gedient, weil man am Endpunkt der Verteilung, beim Verbraucher, nichts von einer Senkung der Gestehtungskosten merkte. So blieb die Rationalisierung bei uns *technische Angelegenheit*; jeder betrachtete sie als Sache seines Betriebs, mit Rücksicht auf den persönlichen Gewinn, den Unternehmensgewinn, ohne Hinblick auf den Markt. Man ignorierte jeden volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt, und ohne volkswirtschaftliche Zielsetzung wurde sie blosses Moment, die Differenz zwischen Gestehtungskosten und Preis zu steigern, *kam sie für die mögliche Entlastung des Arbeitsmarktes nicht in Frage*, sondern *führte*, da der übersetzte Preis die Kaufkraft der breiten Bevölkerung weiter drosselte, zu den *bekanntem Verschärfungen der Situation*.

In der Produktion hat sich der Rationalisierungsimpuls nach zwei Seiten hin ausgewirkt. Die Umstellung auf *Fliessarbeit*, auf die man überall in der eigentlichen Fertigung hinsteuert, erfordert im Prinzip nur die andere Aufstellung der Maschinen. Mit dem Nacheinander in der Kupplung von Kräften ist aber der Zwang zur Mechanisierung verbunden, worauf sich die starken, von der Fertigung des Jahres 1925 vorgenommenen Neuanschaffungen gerade an Maschinen usw. zurückführen.

	Horch	Hansa-Lloyd	Bing	Phönix	Sarotti
	(in tausend Reichsmark)				
Bestand Anfang Geschäftsjahr 1924/25	590	700	1417	195 956	2925
Zugang	989,3	322,7	1580,2	22 940	1019
Abschreibung	100	222,7	461	16 624	982
Bestand Ende Geschäftsjahr 1924/25	1480	800	2535	201 821	2866

Die aus unseren Beispielen hervorgehende *Steigerung der Anlagen* ist als eine der wichtigsten Begleiterscheinungen der Rationalisierung in der Fertigung festzuhalten. Etwas Ähnliches vollzieht sich dort, wo man — hier kommt vorzugsweise

die Schwerindustrie, die Industrie der Grundstoffe, in Betracht, und die Bewegung in unserer Eisen-, Kali-, Kohlen- und Chemiewirtschaft ist dafür bezeichnend — die Produktion auf die ergiebigsten Betriebe konzentriert. Am ausgeprägtesten zeigen sich die Erscheinungen im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau, der in kürzester Zeit über 100 000 Bergleute freistellte (1913, ohne Ibbenbüren, Belegschaft 372 389, 1923 507 478, 1925 409 404, März 1926 357 249) und einige Dutzend Gruben aus der Produktion ausschied. Der Einfluss dieser Konzentration auf die Stellung der Einzelbetriebe zeigt sich durch folgende Angaben über die Produktionsverhältnisse und ihre Veränderung im Hibernia-Konzern. Die Kohlenrohförderung 1925 lag mit 17,77 Prozent unter dem Stand von 1913, aber 10,38 Prozent über 1924. Im Jahre 1924 selbst stellte sie sich um rund 1 ½ Millionen Tonnen = 25,5 Prozent niedriger als 1913. Es ist also 1925 eine ganz beträchtliche Steigerung eingetreten. Die Entwicklung wird durchsichtiger, wenn wir die Tagesförderungen auf den einzelnen Zechen des Hibernia-Konzerns betrachten. Sie stellt sich (roh):

Z e c h e	1925	1924	1913	1925 gegen 1924		1925 gegen 1913	
	t	t	t	mehr t	weniger t	mehr t	weniger t
Wilhelmine Victoria auf	2626	2169	2261	457	—	365	—
Hibernia "	516	1037	1352	—	521	—	836
Shamrock I/II "	2897	2510	3448	387	—	—	551
Shamrock III/IV "	3202	2550	3560	652	—	—	358
Schlägel und Eisen "	4005	3235	4724	770	—	—	719
General Blumenthal "	2826	2671	4283	155	—	—	1457
Altstaden "	909	1061	1046	—	152	—	137
Zusammen	16981	15233	20674	1748	—	—	3693

Es ergibt sich folgendes Bild: Hibernia (Zeche in Gelsenkirchen) und Altstaden weisen gegenüber 1924 eine gesunkene Förderung auf. Die Ausbeutung konzentriert sich auf die ergiebigeren Betriebe. Greifen wir einmal aus den Betrieben des Hibernia-Konzerns die Zeche heraus, die 1925 mehr förderte als 1913 (Wilhelmine Victoria), und die beiden Zechen, die 1925 gegenüber 1924 einen Rückgang in der Förderung aufweisen (Hibernia und Altstaden). Im Jahre 1924 hatte die Zeche Altstaden noch 8668 Tonnen Mehrförderung als 1913, und die Gelsenkirchener Hibernia blieb nur mit 9629 Tonnen gegenüber 1913 zurück. Im Verlauf des Jahres 1925 ergibt sich für Altstaden und Hibernia ein Förderungsrückgang von 48 906 bzw. 159 877 Tonnen. Zugute kam er im grossen und ganzen der Wilhelmine Victoria. Es handelt sich also sozusagen um eine Quotenübertragung innerhalb eines Konzerns mit bestimmten Auswirkungen auf die Belegschaften und deren Leistung.

Es ist auf Hibernia und Altstaden eine ganz bedeutende Verringerung der Belegschaften, auf Wilhelmine Victoria eine Vermehrung eingetreten, die aber nicht im Verhältnis zur Produktionssteigerung steht. Diese Bewegung ist typisch

	<i>Wilhelmine Victoria</i>	<i>Hibernia</i>	<i>Altstaden</i>
Zahl der Hauer 1924	1 005	429	373
1925	1 112	215	274
Zahl der Gesteinhauer 1924	81	42	82
1925	107	32	73
Jahresförderung in Tonnen . . 1924	659 440	315 131	322 601
1925	790 483	155 254	273 695
Jahresleistung 1925 mehr (+) oder weniger (—)	+19,87%	—50,73%	—15,16%
Gesamthauer 1925 mehr (+) oder weniger (—)	+12,24%	—47,55%	—23,84%

für den ganzen Bergbau und die Rationalisierung überhaupt. Die Zahl der Hauer und Gesteinhauer auf den drei genannten Zechen hat sich um 199 vermindert. Dieser Verminderung steht ein Sinken der Jahresleistung von 1 297 172 Tonnen auf 1 219 432 Tonnen gegenüber. Entscheidend ist dieser Rückgang aber nicht, entscheidend ist, dass sich auf Wilhelmine Victoria die Zahl der Gesamthauer um 12,24 Prozent erhöhte, wodurch eine Steigerung der Gesamtleistung um 19,87 Prozent erzielt werden konnte. Dabei handelt es sich bei der Hibernia um ein Gebilde, das technisch nicht in vorbildlichem Sinne erneuert ist, was im grossen und ganzen für unsere ganze Kohlenindustrie gesagt werden kann. Praktisch erprobte Kohlegewinnungsmaschinen, z. B. Verlademaschinen, wie sie Nordamerika eingeführt hat — bei uns ist das Verladen mit der Hand Regel —, sind noch nicht in Betrieb genommen. Wo man bei uns in dieser Richtung Versuche gemacht hat, ist man zu erheblichen Steigerungen gekommen. So konnte die Preussag (Preussische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft) die Leistung je Hauer und je Schicht in der Berginspektion II gegenüber dem Jahre 1924 um 29,9 Prozent und in der Berginspektion III um 29,15 Prozent steigern. Das macht eine Leistungssteigerung je Kopf und Schicht der Gesamtbelegschaft im ersten Falle von 19,71 Prozent und im zweiten Falle von 22,25 Prozent aus. Und doch stehen wir hier erst in den Anfängen. Amerikanische Rekordgruben konnten durch die Mechanisierung usw. ihren Leistungsgrad verdoppeln. Es ist klar, dass aus dieser Entwicklung dem Arbeitsmarkt eine neue Verschärfung droht, die vorläufig unübersehbar ist: Einerseits ermöglichen die grossen Zusammenschlüsse erst die technische Umstellung, andererseits drängt die technische Umstellung zu Zusammenschlüssen. Wo z. B. der Schritt von der Einzelanfertigung zur Reihenherstellung und zur Fliessarbeit gemacht wird, ist die Spezialisierungsgemeinschaft in festerer oder loserer Form Voraussetzung, kommt es zur wechselseitigen Beschränkung der Fabrikationsprogramme, der Einstellung der einzelnen Betriebe auf bestimmte Erzeugnisse usw. bis zum gemeinsamen Einkauf und Verkauf (Einkaufs- und Verkaufsgemeinschaften). Diese Verschiebungen, dienen sie nur der Abrundung der Produktionsbasis, der Spezialisierung, der blossen Konzentration usw., *beeinflussen die finanzielle Lage der Gesellschaften*, bedeuten *Expansionen*, die *mit neuen Kapitalfestlegungen*

zusammentallen. Hier sei nur an die Anleihepolitik der Kaliindustrie, des Ruhrtrasts usw. erinnert, bei denen Stilllegungen oder Neuerwerbungen die Neuaufnahme bedeutender Kapitalien bedingten. Wer das Spiel an der Börse in den Monaten Juni/Juli 1926 beobachtet hat, musste sich immer wieder fragen, ob die der Konzentration geopfert Millionen *wirklich im Verhältnis zu den erwarteten Erfolgen* stehen, *ob nicht die Kosten der Expansion für die Produktion zu grosser Ballast sind.* Es ist die Frage der gestiegenen Investitionen, für deren Wert oder Unwert die Rentabilität der umgestellten Betriebe entscheidend ist. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist gewissermassen schon Beantwortung dieser Frage.

Die Zahl der Arbeiter und Angestellten in einem unserer bekanntesten Konzerne, der Mansfeld-A.-G., hat sich in der Zeit von Anfang 1924 bis Ende 1924 von 30 633 auf 24 340 *vermindert.* Im Verlauf des Jahres 1925 konnte die Mansfeld-A.-G. ihre Produktion auf Grund von Rationalisierungsmassnahmen ganz bedeutend steigern. Dafür einige Zahlen: Die Förderung von verhüttungsfähigem Kupferschiefer betrug im Jahre 1925 rund 728 600 gegenüber 734 600 Tonnen im Vorjahre. Das ist eine Verminderung der Produktion um 0,8 Prozent. Da die Belegschaft sich aber um 2000 Mann = 16,7 Prozent senkte, bedeutet das eine Steigerung der Leistung der Zeche und Kopf im Erz um 18 Prozent, im Kupferinhalt der Erzförderung um 24 Prozent gegenüber dem Vorjahre. An Kupfer wurden aus Mansfelder Erzen im Jahre 1925 19 196 Tonnen erzeugt gegenüber 18 541 Tonnen im Vorjahr. Die Erzeugung von Raffinadekupfer aus fremden Erzen, Altkupfer usw. konnte von 21 805 Tonnen im Vorjahr auf 23 804 Tonnen gesteigert werden. An Schlackesteinen wurden rund 24 Millionen Stück hergestellt gegenüber rund 13,9 Millionen Stück im Vorjahre. Die Kohlenförderung betrug im Jahre 1925 560 537,10 Tonnen gegen 441 599,78 Tonnen im Jahre 1924, die Koks-erzeugung 282 353 Tonnen gegen 213 205,50 Tonnen. Die Beschäftigungsziffer hat sich aber nur trotz der enormen Mehrleistung wie folgt verschoben:

	1924		1925
Bei der Mansfeld-A.-G. ohne Zeche Mansfeld	18 300	Bei der Mansfeld-A.-G. mit Zeche Mansfeld	19 537
Bei der Gewerkschaft Sachsen . .	2 507	Bei der Gewerkschaft Sachsen . .	2 065
Bei der Mansfeldschen Kali-A.-G.	832	Bei der Mansfeldschen Kali-A.-G.	454
Bei der Franz-Bahner-A.-G.	100	Bei der Halleschen Pflänerschaft A.-G.	2 050
Auf Zeche Mansfeld	2 601	Bei den metallverarbeitenden Tochtergesellschaften	350
Zusammen	24 340	Zusammen	24 456

Genosse *Eggert* sagt in seinem vortrefflichen Aufsatz: „Gewerkschaftsprobleme zur europäischen Zollunion“, erschienen in Heimanns „Europäische Zollunion“, zu dem Thema u. a. folgendes: „Diese Umgruppierung der Wirtschaft erfordert in der Übergangszeit zunächst erhebliche Opfer. Viele Kreise des Erwerbslebens, besonders aber die Arbeiterschaft, werden davon mehr oder weniger schwer be-

troffen werden. Aber diese Opfer, so hart sie auch sein mögen, sind dennoch weit geringer als diejenigen, die der Zustand von heute als Dauerzustand erfordern würde. Sie werden darüber hinaus später vielfältig aufgewogen durch den Nutzen, den die Gesamtheit von der ergiebigeren Arbeitsleistung für alle Zeit empfängt. Ohne die Einstellung aller technischen und organisatorischen Mittel in den Arbeitsgang ist der Weg der Wirtschaft nach aufwärts unmöglich.“ Die Wirtschaftsgeschichte beweist auch auf jeder ihrer Seiten, dass infolge der Umstellung der Produktion usw. auf die Dauer auch nicht ein Arbeiter weniger beschäftigt wird, als wenn die Umstellung nicht erfolgt wäre; vielmehr hat die verbilligte Produktion immer noch den Arbeitsmarkt erweitert und neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. *Wenn infolge der Rationalisierung auch nur ein Arbeiter weniger ernährt werden kann als früher, d. h. wenn seine Arbeitskraft nicht mehr zu verwenden ist, wenn die Dauerkrise von heute wirklich Dauerkrise bleiben soll, dann verliert die Rationalisierung ihren Sinn; dann ist sie kein Faktor zur Weiterentwicklung des gegenwärtigen Wirtschafts- und Kulturzustandes, sondern arges Hemmnis.* So scheint es bei uns zu sein. Die gestiegene Produktionskapazität, die, wie wir gezeigt haben, in gesteigerten Anlagewerten, in neuen Investitionen zum Ausdruck kommt, ist an und für sich kein Unglück. Sie droht aber bei uns zum Verhängnis zu werden. Kapitalbindend, hat sie Einfluss auf wichtigste Posten der Bilanz. Schematisch würde sich die Entwicklung wie folgt darstellen:

Aktivseite:

Vorräte gestiegen
Flüssige Mittel gesunken

Passivseite:

Vorauszahlungen auf Bestellungen gesunken
Laufende Verpflichtungen gestiegen

Vergrößert wurde das Übel dadurch, dass die Fertigung gezwungen war, die Produktion entsprechend den gegebenen Fabrikationsmöglichkeiten weiter zu erhöhen, um die Umstellungsarbeit nicht zu unterbrechen und den kostspieligen technischen Umstellungsprozess nicht überhaupt illusorisch zu machen. Die Folge davon war, dass sich erhebliche Materialmengen und Vorräte bei den einzelnen Firmen ansammelten, die natürlich in den Bilanzen in stark erhöhten Materiallagern und in entsprechenden Zahlen auf der Passivseite zum Ausdruck kommen. Was das bedeutet, zeigt die Stilllegung der Deutschen Kraftfahrzeugwerke Spandau-Haselhorst am besten. Als der Zusammenbruch in Haselhorst kam, wurde sofort die Meinung laut: Das ist der *Erfolg der Fliessarbeit*. Richtig, und einer ganzen Reihe von Privatfirmen ergeht es verteuftelt ähnlich. Zu untersuchen wäre, inwieweit die Fliessarbeit in Haselhorst oder das Preisdiktat der Vorfabrikation es verschuldete, dass in Haselhorst *auf Lager gearbeitet* werden musste. Ist das aber einmal der Fall, dann ist es schliesslich unausbleiblich und das beste, die unheimliche Produktionskräfte bergende Bude bald und ganz zu schliessen. Setzt man in unser Schema auf der Aktivseite die Steigerung der Anlagen, die wir weiter oben festgestellt haben, und auf der Passivseite die neu aufgenommenen Kapitalien, die Technisierung und Konzentration erforderten, ein, so ergibt sich eine weitere *Kapitalisierung* mit Hilfe neuer *Verschuldung*. Der Produktionsapparat, mit Kapital an und für sich übersetzt, wächst weiter, ohne dass dem ein grösserer

Warenabsatz (gestiegene Vorräte) gegenübersteht. Man hat im deutschen Unternehmertum *diese* Entwicklung durchaus erkannt und im Rahmen bestimmter Massnahmen sicher viel versucht, dem drohenden Schicksal, an das Haselhorst gespenstisch seine Henker gemahnt, zu entgehen. Typisch dafür sind ja die Vorgänge bei Hirsch-Kupfer, beim Stumm-Konzern usw. (Abstossungen), die im Zusammenhang mit der finanziellen Lage der Gesellschaften (Überschuldung) stehen. Dahin gehört auch der Ausbau der Handelsorganisationen, der, nachdem man sie in der Inflationszeit stark vernachlässigte, jetzt stark in Angriff genommen wird. Bekannt sind, um nur ein Beispiel zu nennen, die Anstrengungen des Mansfeld-Konzerns, der Produktionsstätten abstiess und Verkaufsorganisationen, z. B. die Montangesellschaft G. m. b. H. in Berlin-Charlottenburg, die charakteristischerweise Handel mit Erzen und sonstigen Verhüttungsrohstoffen auf Grund *langfristiger Lieferungs- und Umarbeitungsverträge* betreibt, übernahm. Das Ergebnis, durch formalkaufmännische Massnahmen zu einer besseren, womöglich vollen Beschäftigung der Werke zu kommen, ist nicht zufriedenstellend. Selbst bei den angedeuteten Anstrengungen des Mansfeld-Konzerns war der Versuch, die *volle* Beschäftigung der Werke durch vermehrte Hereinnahme von Aufträgen für das Ausland weiterhin sicherzustellen, nur in geringem Masse von Erfolg begleitet. Die furchtbare Arbeitsmarktkrise wurzelt eben in dem Gegensatz zwischen Produktionssteigerung und Absatzverringerung, die Einschränkung des Verbrauchs beim letzten Konsumenten ist. Notstandsarbeiten sind jedenfalls angesichts der schweren wirtschaftlichen Lage und der gleichbleibenden Arbeitslosenziffer in weit grösserem Masse notwendig als bisher, und man kann auch für ihre Finanzierung zweifellos ausserordentliche Mittel, ohne Rücksicht auf den volkswirtschaftlichen Endeffekt, aufwenden, weil sie ja der Rationalisierung, der Übergangszeit ihre Schärfe nehmen sollen. Dem *Problem selbst* muss aber anders zu Leibe gegangen werden. Auch wenn man die Überführung von in der Industrie freigestellten Arbeitern bzw. die Rückführung von ehemaligen Landarbeitern in die Landwirtschaft erörtert, soll man sich über die begrenzte Auswirkung solcher Massnahmen klar sein. So ist von mehreren Arbeitsnachweisen der Rheinprovinz der Versuch gemacht worden, jugendliche Arbeitskräfte in der Landwirtschaft der östlichen Provinzen unterzubringen; u. a. hat Düsseldorf bis zum Frühsommer 1926 150 erwerbslose Jugendliche aufs Land überführt. Zu dem Bestreben selbst bemerkt das Landesarbeitsamt der Rheinprovinz aber folgendes: „Die Arbeitsnachweise wenden dieser Überführung grosse Aufmerksamkeit zu, und die Propaganda für die Überführung Jugendlicher aufs Land hat in der Landwirtschaft beachtenswerte Erfolge gehabt. Im Vergleich zur Gesamtzahl der Erwerbslosen sind die Zahlen der in die Landwirtschaft überführten Arbeitskräfte zwar noch gering; sie sind jedoch beträchtlich, wenn man bedenkt, dass es sich um mühsame *Kleinarbeit* handelt.“ Kein Mensch wird auch aus solchen Bestrebungen eine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarkts erwarten. Im Laufe der Krise 1926 hat sich der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt gar nicht so aufnahmefähig gezeigt, wie man das im allgemeinen und besonders im Anfang 1926 erwartet hatte; er stiess vielmehr sofort nach Abebben der dringenden Bestellungenarbeiten zahl-

reiche Kräfte ab. Aus vielen Teilen des Landes wurde gemeldet, dass es gelernten landwirtschaftlichen Arbeitern unsäglich schwerfiel, in der Landwirtschaft unterzukommen. Die Situation im Bezirk des Arbeitsamtes Berlin-Brandenburg, inmitten eines grossen agrarischen Gebietes gelegen, erfuhr auch 1926 keine wesentliche Besserung. Ähnliche Erfahrungen wird man wohl auch in anderen Provinzen gemacht haben. Man wird sie wohl in Zukunft noch mehr machen müssen, und zwar in dem Masse, wie sich auch in der Landwirtschaft die Tendenz, menschliche Arbeit durch mechanische zu ersetzen, durchsetzt. Selbst die Ausschaltung fremder, ausländischer Arbeiter dürfte bei fortschreitender Mechanisierung der Landwirtschaft der allgemeinen Arbeitskrise wenig Abbruch tun, wie auch die kompliziertere Überführung von Industriearbeitern in die Landwirtschaft, die Siedlung, kaum wesentlich zur direkten und dauernden Entlastung beitragen dürfte. Jedenfalls gilt das so lange, bis zollpolitisch nicht die Existenzbedingung für den kleinen Landwirt, vorzugsweise Viehzüchter, geschaffen wird, der sich höchstens durch Veredelung landwirtschaftlicher Produkte halten kann. Bei der ganzen Frage, die Landwirtschaft für die Aufnahme von Industriearbeitern heranzuziehen, muss vor allen Dingen die Eigenart der landwirtschaftlichen Produktion in Betracht gezogen werden, die Arbeitskräfte *stossweise aufnimmt* und sie *ebenso abstösst*. Bedingt ist sie durch die beschränkte Zeit, die für dringliche Arbeiten, Bestellung, Ernte usw., zur Verfügung steht. Hier ergeben sich Möglichkeiten für den *stossweisen Einsatz* grösserer, in anderen Wirtschaftszweigen zeitweise überflüssiger Arbeitskräfte. Um z. B. zu einer besseren Ausnutzung der Vegetationszeiten zu kommen, könnte man überhaupt ganz allgemein Industriearbeiter zeitweilig für die landwirtschaftliche Arbeit heranziehen. Leistet der Produktionsapparat in der Industrie wirklich so viel, dass der Bedarf durch die Arbeit in acht oder gar in sechs Monaten befriedigt werden kann, so steht dem nichts im Wege, dass ganz planmässig die in der Industrie frei werdenden Arbeitskräfte auf dem Lande zu verwenden sind. Die fortschreitende Mechanisierung der Landwirtschaft ermöglicht das jedenfalls. Etwas Ähnliches hat sich ja tatsächlich in vielen Ländern bereits in seinen Anfängen entwickelt. An und für sich wird die steigende Produktionskapazität Einfluss auf die Dauer des Arbeitstages haben. Es sei nur an zwei Vorkommnisse der letzten Zeit erinnert, an das Mussolinische Neunstundentagdekret und den Streik in der Neuyorker Konfektion zwecks Einführung des Sechsstundentages. Das Mussolinische Dekret ist Ausdruck einer technisch rückständigen Produktionsmaschine, die Forderung der Neuyorker Schneider Ausdruck einer Produktion, die sich den Sechsstundentag sicher leisten kann. Die frühkapitalistische Fabrikation hat einmal den Zwölfstundentag notwendig gehabt. Die heutige kommt mit dem Achtstundentag aus. Das ist eine Entwicklung, die im Prinzip auf der vor sich gegangenen *Beschleunigung des Arbeitsprozesses* beruht, und angesichts der Auslösung neuer produktiver Kräfte durch die Rationalisierung, der gesteigerten Beschleunigung, erscheint die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ebenso dringlich-selbstverständlich wie die Forderung der Neuyorker Streikenden nach dem Sechsstundentag berechtigt. Fragen, wie sie oben angeschnitten wurden, sind aber Probleme, die erst mit der rationellen, der um-

gestellten Wirtschaft akut werden. Bei uns sind vorerst andere Dinge von Wichtigkeit, vor allem die, unsere Menschenzahl, die nicht nur Belastung, sondern auch Entlastung für den Arbeitsmarkt bedeuten kann, für die Arbeitsbeschaffung auszunutzen. Wenn irgendeine Produktion sich derartig steigert, dass grössere Arbeitermassen freigestellt werden, so tritt der natürliche Ausgleich dadurch ein, dass das Bedürfnis nach den mehr vorhandenen (und unter normalen Bedingungen verbilligten) Produkten sich steigert, und dass die frei gewordene Kaufkraft neue Bedürfnisse weckt und ermöglicht. Die billigere Bedürfnisbefriedigung ist eine Verbesserung des Lebensstandards und Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten durch weitere *Veredelung*. Betrachten wir einmal die Produktionsziffern des schon erwähnten Hibernia-Konzerns:

	1913	1924	1925
<i>Kohlenförderung</i> (t)	6 215 979	4 630 875	5 101 509
<i>Koksherstellung</i> (t)	713 804,94	563 186,7	774 220,5
<i>Nebenproduktgewinnung:</i>			
Steinkohlenteer, Naphtalin (t)	33 190,66	18 292,78	27 532,53
Schwefelsaures Ammoniak (t)	11 975,83	7 781,92	11 304,84
Rohbenzol und Homologen (t)	4 395	4 626,83	9 044,16
Gereinigttes Benzol und Homologen (t)	35,5	3 604,45	6 017,8
<i>Briketts</i> (t)	48 174	82 174	118 055
<i>Ziegelherstellung</i> (in 1000 Stück)	17 271	4 171	15 883
<i>Erzeugte elektrische Kraft</i> (in 1000 kWst.)	55 040	52 996	61 070

1913 lag das Schwergewicht in der Nebenproduktgewinnung bei Hibernia durchaus auf der Herstellung von Steinkohlenteer mit seinen beschränkten Verwendungsmöglichkeiten (Feuerung, Desinfektion, Dachpappe, Bindemittel bei der Brikettherstellung). Heute schon beginnt die eigentliche Verwertung der Kohle erst mit der Destillation des Steinkohlenteers zu Ammoniakwasser, den verschiedenen Ölen (Leicht-, Karbol-, Schwer-, Anthrazenöl usw.), der Herstellung wichtigster Teerprodukte (Lysol, Kreolin), die Ausgangspunkte weitverzweigter Weiterverarbeitung sind, bis zur Gewinnung von Stoffen von grösster industrieller Bedeutung, Treiböl für den Motor, Leuchtöl und Mittel der Strassenstaubbinding. Ungeheure Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung liegen in diesem revolutionären Prozess; er ist *Plattform zu einer grosszügigen Reorganisation und Gesundung des Arbeitsmarktes*. Wenn wir bei Hibernia feststellen können, dass die Gewinnung von Nebenprodukten stärker gestiegen ist als die Gewinnung von Kohle und die Gewinnung von Steinkohlenteer nicht mit der Gewinnung von weiterveredelten Produkten Schritt gehalten hat, so ist das typisch und von grundsätzlicher Bedeutung. Der Weg zur Veredelung wird bei uns durchaus auch bewusst beschritten. So erhielt z. B. der neue, vor einigen Wochen genehmigte Hibernia-Kredit, der allein 2 500 000 Mk. zur Erprobung und Durchführung neuer Verfahren zur besseren Ausnutzung der Kohle vorsieht, folgende Begründung: „Die Werke dürfen nicht ins Hintertreffen geraten; ihre Einrichtungen müssen an Sicherheit

und Wirtschaftlichkeit den Fortschritten der Technik entsprechen. Die *Erzeugnisse müssen so veredelt* werden, dass sie auch *bei schlechter Wirtschaftslage Absatz finden.*“ Die *Veredelung* kann aber *nur dann von Einfluss auf den Arbeitsmarkt werden*, wenn das *Bedürfnis nach veredelten Produkten wächst*. Welchen Wert hat die bessere Textilmaschine, wenn sich die Masse doch mit billigster Stapelware begnügen muss? Oder was nutzt es uns, wenn wir endlich so weit sind, aus Kohle brauchbaren Betriebsstoff für Auto- und Dieselmotoren herzustellen — und sind nicht in der Lage, den Automobilmus als Verbraucher dieser neuen Stoffe entsprechend zu entwickeln? Soll eine dauernde Entspannung des Arbeitsmarktes von den Neuerungen chemischer und technischer Art ausgehen, dann müssen die sinkenden Gestehungskosten der Kaufkraft zugute kommen, sich *marktpolitisch* auswirken, dann *muss Schluss gemacht werden mit dem Unfug, dass eine falsche Wirtschaftsführung und ein rückständiger Produktionsapparat die Erfolge der Rationalisierung an den einzelnen Stellen aufessen.* Und das geht nur, wenn sich die *verbilligte Produktion unmittelbar auswirkt auf Preis und Lohn.* Die *Vorbelastung der rationalisierten Wirtschaft muss aufhören.*

Das erfordert Entschluss — bis zur Liquidierung eines grossen, allerdings bedenklich überflüssigen Teils unseres Produktionsapparats; schliesslich die andere Goldbilanzierung, die sich nicht nach der Substanz, sondern nach der Rente richtet. Zunächst kommt es aber mal darauf an, den *natürlichen Kontakt zwischen den sinkenden Gestehungskosten und dem Preis und Lohn herzustellen.* Die Unterbrechung dieses Zusammenhanges war bis jetzt nur ein Selbstvernichtungsakt unserer Wirtschaft. *Die Ursachen der Unterbrechung sind in der durch die Rationalisierung geförderten Überkapitalisierung zu suchen.* Das neu aufgenommene und in Anlagen verwandelte Kapital muss natürlich verzinst werden. Gläubiger und Aktionäre verlangen Zinsen und Dividenden. Mit dem sinkenden Umsatz verringert sich der Gewinn, woraus sich der Schritt ergab, den Unternehmergewinn zu steigern, um den Verpflichtungen aus der Verschuldung nachzukommen. Der Tatbestand liegt also so, dass *im Augenblick, wo infolge des stockenden Absatzes der Betrieb weniger Gewinn abwarf, sich auf Grund der gesteigerten Kapitalanlage die Notwendigkeit erhöhter Gewinne einstellte.* Man hielt somit an der übersetzten Verdienstspanne selbst fest, suchte die Differenz zwischen Gestehungskosten und Preisen, den *Unternehmergewinn*, zu erhöhen. Die sinkenden Gestehungskosten kamen dem Markt nicht zugute, sondern wurden von den neu erstandenen Verpflichtungen auf Grund der gesteigerten Kapitalanlage aufgesogen. Wenn es nach dem grossen Philosophen des Neuen Testaments nur *eine* Sünde gibt, die gegen den Geist, so ist eine solche Politik Sünde gegen den Geist der Rationalisierung. Im deutschen Unternehmertum hat sich anscheinend eine klare Erkenntnis des Kaufkraftproblems noch immer nicht durchgesetzt. Andernfalls könnte im Geschäftsbericht 1924/25 der Siemens-Halske-A.-G. nicht die Behauptung aufgestellt werden, dass der Konzern in den letzten Jahren in weitgehendem Masse an der Zahl der Typen seiner Fabrikate durch zweckentsprechende Neukonstruktion gearbeitet und die fließende Fertigung weiter-

entwickelt hat, und dass die dadurch erzielten Vorteile *bei weitem nicht hinreichen*, den Einfluss der *vermehrten Lasten und der starken Lohn- und Gehaltssteigerungen auszugleichen*. Das ist die offizielle Meinung des Siemens-Konzerns. Andere Werke, die nicht weniger rationalisiert haben, sind zu einer anderen Auffassung gelangt. An dieser Stelle soll näher auf die Entwicklung der bekannten Automobilfabrik Hansa-Lloyd, Bremen, eingegangen werden, und zwar deshalb, weil es sich hier um einen Betrieb handelt, der die Umstellung auf moderne Fließmethoden recht frühzeitig zur völligen Durchführung gebracht hat. Die Feststellungen im letzten Geschäftsbericht bei Hansa-Lloyd ergeben, dass sich die Belegschaft verringerte. Gleichzeitig trat, trotz stärkster Verringerung der Belegschaft, auf Grund der besseren Arbeitsmittel und Arbeitsmethoden eine ganz bedeutende Steigerung der Produktion ein. Nach den Erfahrungen bei Hansa-Lloyd kann man die Entwicklung in folgendem Schema niederlegen:

<i>Belegschaft und Erzeugung:</i>		<i>Lohn:</i>	
Belegschaft	verringert	Lohn insgesamt	gestiegen
		Lohn pro Kopf	gestiegen
Erzeugung	gestiegen	Anteil des Lohnes am Produkt..	vermindert

Dies bedingt ein Sinken der Gestehungskosten. Allerdings setzen sich die sinkenden Gestehungskosten bei uns entgegen allen Erwartungen nicht in sinkende Verkaufspreise um. Das Beispiel der Hansa-Lloyd-A.-G., die, wie auch die übrige Autoindustrie, die Preise nicht unwesentlich ermässigte, ist so ziemlich vereinzelt geblieben. Unser Unternehmertum hat noch immer nicht erfasst, dass die Lohn- und Preispolitik bei der Ford-Motor-Co. nicht nur ein sozialpolitischer, sondern auch ein *wirtschaftspolitischer* Akt war. Ganz richtig kommt die Hansa-Lloyd bei Betrachtung der Ergebnisse für das Geschäftsjahr 1925 zu der Erkenntnis, „dass die Zukunft der deutschen Automobilindustrie weniger ein Produktions- als ein Absatzproblem ist“. Der Schwerpunkt liegt da: *Möglichst gleichmässige Fortführung der Rationalisierung auf den Gebieten der Fertigung, Verwaltung und Verteilung und Auswirkung der Selbstkostensenkung auf Preis und Lohn*. Das dürfte allerdings kaum Objekt eines grossen Aktes sein, vielmehr Sache einer nicht durch andere Momente bestimmten *Warenpreiskalkulation* einerseits und Angelegenheit einer entsprechenden *Lohnregulierung* andererseits.

Soweit die Preisfrage in Betracht kommt, sind wir ja durch die Schule harter Erfahrungen von dem Irrwahn allgemeiner Preissenkungen mit Appell an den guten Willen der Interessenten und dem Zusammenarbeiten mit ihnen geheilt. Desto mehr muss dahin gearbeitet werden, dass der Erfolg der Rationalisierung durch die Preisstellung marktpolitisch sichergestellt wird. Ist z. B. in einem Betrieb eine Fließarbeitsreihe eingerichtet, dann versteht es sich von selbst, dass diese Fließarbeitsreihe, sofern es eben geht, als Kostenstelle aufgefasst und buchhalterisch besonders behandelt werden muss. Eine Fließarbeitsreihe darf, wie Schulz-Mehrin so treffend feststellt, nicht mit anderen Arbeitsstellen, insbesondere mit Werkstätten, in denen noch der Grundsatz der Zusammenfassung gleichartiger Arbeitsmaschinen (Dreherei, Fräserei, Hoblerei, Stanzerei usw.) be-

steht, selbstkostenrechnerisch zusammengefasst, sondern muss als besondere Kostenstelle behandelt werden auch dann, wenn sich auch etwa eine Fliessarbeitsreihe mit anderen Fertigungsstellen in dem gleichen Raum befinden soll. Darin ist erst die Grundlage gegeben, um eine *Auswirkung der technischen Umstellung auf die Selbstkostenkalkulation* und die *Kalkulation des Fertigartikels* zu ermöglichen. Etwa gemeinsame Kosten, z. B. für Abschreibung und Verzinsung des Gebäudes oder für entsprechende Miete, für Raumheizung, Kraft, Beleuchtung, Meistergehalt usw., müssen möglichst angemessen verteilt werden, wobei die aus der bestehenden Selbstkostenberechnung bekannten Massstäbe (vielleicht nach dem Arbeitslohn oder nach der Fertigungszeit usw.) angewendet werden können. Regel wird es wohl sein, dass die technisch umgestellte Abteilung in einem Betrieb — unter normalen Verhältnissen — niemals Kostgänger des Betriebes werden wird. Dieser darf aber auch unter keinen Umständen Parasit bei der umgestellten Abteilung werden. Da das doch fast immer der Fall ist, erklärt es sich zur Genüge, weshalb z. B. der Preis des in Fliessarbeit hergestellten Artikels nicht so billig ist, wie er sein könnte. Auf ihm ruhen gemeinhin als dem stärksten Teil in ausgesprochenem Missverhältnis die Allgemerkosten des traditionellen Betriebes, wobei sich meistens traditionell mit rückständig deckt. Das ist von grösster Bedeutung für die Preisstellung. Die „Preissenkungsaktionen“ haben uns gelehrt, dass mit Programmen, Dekreten und mehr oder weniger gutem Willen am Preisniveau schlecht zu korrigieren ist. Auch hier muss die sinkende Tendenz durch bestimmte Ursachen bedingt sein, und zwar in der Art, dass man die infolge technischer Umstellung eingetretenen Senkungen der Gestehungskosten im niedrigeren Verkaufspreis zum Ausdruck bringt. Man schafft so den echten Preis für eine Reihe von Artikeln, gewissermassen in der Preisbildung *Inseln, betonte Punkte*. Von ihnen aus kann sich eine wirkliche Preissenkung ganz allgemein vollziehen, sei es dadurch, dass der betonte Punkt bei der Weiterverarbeitung ein Faktor im Sinne sinkender Preistendenz wird, oder dadurch, dass sich der echte Preis durchsetzt und den (übersetzten) Preisstand gewissermassen, nach dem Gesetz der Schwere, an sich zieht. Andererseits ist der Effekt, die Umstellung der sinkenden Gestehungskosten auf eine Verquickung von Leistungssteigerungen im optimalen und maximalen Sinne zurückzuführen. Jene beruht auf einer Verbesserung der Werkzeuge, ihrer Anordnung in der Nacheinanderfolge, Ersetzung menschlicher Kraft durch mechanische usw., diese auf einer *besonderen Verwendung der Arbeitskraft, der Beschleunigung*, die sich in kürzeren Fertigungszeiten äussert. Die besondere Verwendung der Arbeitskraft ist durchweg bei der Einführung der neuen Arbeitsmethoden ausschlaggebend. *Dem muss natürlich die Vergütung für diese Arbeitskraft, der Lohn, entsprechen*. Auf den Markt, die Kaufkraft, dürfte das ähnlich wirken wie der echte Preis. Die Löhne Henry Fords waren vor Jahren noch Ausnahmeerscheinungen. Man weissagte ihm durch sie den Zusammenbruch. Der kam nicht, wohl aber jene Wirkung der „betonten Punkte“, dass heute in Nordamerika so ziemlich jede Fabrik Fordsche Löhne zahlt. *Machen wir dem „echten“ Preis und dem „richtigen“ Lohn die Bahn frei — und wir haben erst die Möglichkeit, die Rationalisierung in den Dienst einer Entlastung des Arbeitsmarktes zu*

stellen. Der Mann an der Kette ist für den Unternehmer selbstverständlich profitabler als der Mann in der Einzelmontage. Sämtliche Fachleute stehen auch wohl auf dem Standpunkt, dass es schon aus Gründen des Betriebes und der Produktion erforderlich ist, den profitableren Mann ohne Rücksicht auf den Gesamtbetrieb entsprechend zu entlohnen. Und wenn der Siemens-Konzern im Geschäftsbericht der Siemens u. Halske-A.-G. betont, „dass sich der Glaube an die Möglichkeit, die Kaufkraft in einem kapitalarmen Lande durch Steigerung des Lohnniveaus zu erhöhen, immer mehr und mehr als irrig erwiesen hat“, so kann man ihm nur entgegenhalten, dass die gegenwärtige Wirtschaftskrise in Deutschland den Beweis dafür erbracht hat, dass die sinkende Kaufkraft — und diese beruht auf unzureichenden Löhnen — zu einer krisenhaften Entwicklung bei uns geführt hat, während die durchweg stabilen Konjunkturperioden in Amerika ohne Zweifel als eine Auswirkung des höheren Lohnniveaus, das höhere Kaufkraft bedingt, zu betrachten sind.

Wer die Arbeitsmarktkrise, die Krise erhöhter Produktionskapazität, von der Lohnseite her, durch Lohndruck lösen will, übersieht dieses wichtige Moment, treibt den Teufel durch Beelzebub aus. Hat die Rationalisierung, die bisher fast rein technische Angelegenheit, wirklich den Erfolg einer Selbstkostensenkung gehabt, dann *bedeutet sie eben Hebung des Lebensstandards*, muss sie sich in *erhöhter Kaufkraft und in Entlastung des Arbeitsmarktes äussern*. Dann ist für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsführung der Kurs zur Gesundung des Arbeitsmarktes klar: *Dann ist der erhöhte Anteil am Arbeitsertrag, niedrigerer Preis oder höherer Lohn, keine zusätzliche Kaufkraft*. Hält man aber aus Furcht vor scheinbaren Liquidationsverlusten, aus einer Art Inflationssubstanzfetischismus die Auswirkungen der Rationalisierung künstlich nieder, will man ohne Pferd reiten, das heisst ohne Markt produzieren, kann man wohl eine Zeitlang leiern, bis sich die ausgelösten Produktionskräfte selbst den Weg bahnen und die Bindungen klügster Syndizi zerschlagen. *Das ist dann die Katastrophe, die schlimmer ist als die gegenwärtige, die man aber mit derselben Bestimmtheit voraussagen kann wie die heutige vor Monaten.*

INTERNATIONALE VERBINDUNGEN IN INDUSTRIE, HANDEL UND VERKEHR

Von PAUL UFERMANN

Wir leben in einer Hochflut von internationalen Zusammenkünften. Im Monat September sollen sich in Genf nicht weniger als 14 Körperschaften und Organisationen versammeln, um über gemeinsame Fragen usw. zu verhandeln. Einen solchen Drang zur internationalen Zusammenarbeit hätte man vor zehn Jahren als glatte Unmöglichkeit bezeichnet. Diese Tatsache bildet eine bemerkenswerte Begleitmusik zu dem Jubiläumsfest, das der Internationale Gewerkschaftsbund in diesen Tagen begeht. Wenn alles sich zusammenfindet, wenn jeder das

Bestreben hat, sich mit seinem Klassengenossen über die Landesgrenzen hinaus zu verständigen, dann darf die Arbeiterschaft nicht zurückstehen. Bei aller Betonung ihrer nationalen Interessen darf sie nicht vergessen, dass diese sich international immer mehr verknüpfen und die Hand- und Kopfarbeiter einen bedeutungsvollen Geschichtsabschnitt ungenutzt vorübergehen lassen würden, wenn sie nicht mit der gewohnten Aktivität ihre Interessen innerhalb desselben zu wahren suchten.

Es soll nicht meine Aufgabe sein, das grosse und weite Gebiet der Weltwirtschaft und des Welthandels hier einer umfassenden Untersuchung zu unterziehen. Das soll Berufeneren überlassen bleiben. Hier soll lediglich über die in letzter Zeit zustande gekommenen Verbindungen der Industrie, des Handels und des Verkehrs, wie sie in Form von Kartellen, Interessengemeinschaften, Syndikaten und Trusten zustande kamen, in grossen Zügen berichtet werden. Die Nutzanwendung daraus zu ziehen, wird dann bedeutend leichter sein.

Wennschon über die Organisationsformen der Industrie und des Handels im Inlande nicht viel an die Öffentlichkeit tritt, dann noch viel weniger über solche internationaler Art. Dr. *Reichert* hat durchaus recht, wenn er über die mangelnden Informationsquellen folgende Feststellung macht¹⁾: „Die internationalen Wirtschaftsverständigungen sind Pflanzen mimosenhafter Empfindlichkeit. Der Grund liegt in der Gesetzgebung und Rechtsprechung einzelner Länder, die jeden irgendwie gearteten Zusammenschluss erschweren und den Beteiligten selbst schwere Strafen androhen. Deswegen ist über manche zwischenstaatliche Verständigung ein undurchsichtiger Schleier gebreitet. Diese Tarnkappenpolitik besteht auch heute noch. Die Folge sind eine spärliche Unterrichtung der Öffentlichkeit und ein Mangel an Angaben in der volkswirtschaftlichen Literatur. Eingehende wissenschaftliche Untersuchungen über diese wichtigen internationalen Verständigungen sind bisher wohl unterblieben.“ Wenn der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller sich über mangelnde Kenntnisse und Orientierungsmöglichkeiten auf dem Gebiete internationaler Kartelle und Vereinigungen beklagt, was sollen wir erst dagegen sagen. Das darf uns aber nicht hindern, wenigstens dem nachzugehen, was mehr oder weniger offen zutage tritt.

Die internationalen Wirtschaftsverbindungen sind verschiedener Natur. Von der einfachen Interessengemeinschaft zweier oder mehrerer Unternehmungen über kartellartige Abmachungen bis zu den grossen Trusten, die Länder und Erdteile umspannen, sind alle Variationen vertreten. Daneben bestehen die Organe des modernen Effektenkapitalismus, die Holding-Kontroll- und Finanzierungsgesellschaften, die ein enges Band um verschiedene Unternehmungen der einzelnen Länder schlingen. *Eine Fülle von Organisationsmöglichkeiten* der verschiedensten Art. All dies gab es schon in der Vorkriegszeit. An der Jahrhundertwende glaubte der Kartelltheoretiker, Professor *Lietmann*, bereits 40 internationale Wirtschaftsverbände feststellen zu können. Und unmittelbar vor dem Kriege mögen es deren mehrere hundert gewesen sein. Aber man wird dem Leiter der Kartellstelle des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dr. *Max Metzner*,

¹⁾ „Das Werden in der Weltwirtschaft“, Seite 173. Verlag Georg Stielke, Berlin.

recht geben müssen, wenn er schreibt: „Wenn gegenwärtig auch der Bestand an internationalen Kartellen aus begrifflichen Gründen bei weitem nicht so umfangreich ist wie in der Vorkriegszeit, so zeigt sich doch nicht allein in Deutschland, sondern fast in allen europäischen Hauptwirtschaftsstaaten ein viel grösseres Interesse an einer internationalen Kartellierung als vor dem Kriege.“ Und schliesslich war das rasche Zustandekommen der *Weltwirtschaftskonferenz* ein Ausfluss alles dessen, die bewusste Betonung der Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit.

Nicht zuletzt finden die internationalen Verbindungen und Bestrebungen eine indirekte *Förderung durch den Völkerbund*, der in dem *Artikel 24 der Völkerbundsatzen* internationale Vereinbarungen unter seinen Schutz stellt. Dieser Artikel lautet: „Alle internationalen Bureaus, die auf Kollektivverträgen, das heisst auf Verträgen zwischen den Staaten beruhen, können mit Zustimmung der Parteien unter die Autorität des Völkerbundes gestellt werden.“ Der Völkerbundsrat hat diesem etwas unklar gehaltenen Artikel eine weite Ausdehnung gegeben: Sämtliche internationalen Bureaus, Vereinigungen, Kommissionen usw., das heisst also auch private, halboffizielle und sonstige Vereinigungen können einbezogen werden, falls sie nicht wie Kartelle und Truste offensichtlich privaten Charakter tragen. Der Völkerbund behält sich die Entscheidung vor, ob nach einem eingereichten Gesuch die betreffende Vereinigung unter die Autorität des Völkerbundes gestellt werden soll. Beim Sekretariat des Völkerbundes wurde eine Sektion für internationale Bureaus eingerichtet, die diese Bewegung zu verfolgen hat und Material darüber sammelt.

Die ersten Regungen internationaler Zusammenarbeit waren *auf dem Gebiete des Verkehrs* zu verzeichnen. Eine natürliche Erscheinung, da mit der zunehmenden Entwicklung der Weltwirtschaft der Weltverkehr einherging und eins das andere bedingte. Namentlich für die europäischen Eisenbahnen war die Zusammenarbeit ein Gebot der Pflicht. Wenn hier auch nicht Zusammenschlüsse im eigentlichen Sinne zustande kamen, so waren doch Gründungen, wie die *Internationale Konferenz für die technische Einheitlichkeit der Eisenbahnen* im Jahre 1882, das Zentralbureau der *internationalen Eisenbahntransporte* im Jahre 1893, die *Internationale Vereinigung des Eisenbahnkongresses* vom Jahre 1885, die *Internationale Eisenbahn-Union* (Union Internationale des Chemins de fer UIC.) vom Jahre 1922, für den Weltverkehr und die Weltwirtschaft von ausserordentlicher Bedeutung. Alle Fragen, wie die technische Zusammenarbeit, die Spurweite der Bahnen, Erleichterung des Warenhandels, Vereinheitlichung der Gesetzgebung für den Warentransport, Verantwortung für Beschädigungen und Verspätungen, Leistung von Schadenersatzansprüchen, Abrechnungen und Währungen, Austausch des rollenden Materials, Heizung der Züge, Erleichterung der Zollkontrolle, einheitliche Fahrplanzeiten, Gepäckversicherung und anderes mehr, werden von den obengenannten Organisationen geregelt. Ferner bestehen die *Internationale Wagen-Union*, die die Benutzung fremder Güterwagen zu regeln sucht, und die *Europäische Fahrplankonferenz*, die regelmässige Sitzungen zur Aufstellung international gültiger Fahrpläne abhält. Die meisten der hier ge-

nannten Vereinigungen haben die europäischen Eisenbahnen zu Mitgliedern. Zur Internationalen Vereinigung des Eisenbahnkongresses gehören auch Asien und Amerika. Man kann ohne Umschweife feststellen, dass durch die so geartete internationale Zusammenarbeit für das Näherkommen der Völker, für die Ausbreitung des Weltverkehrs usw. viel getan wurde.

Fast noch enger als bei den Eisenbahnen ist die Zusammenarbeit der internationalen *Schiffahrtsgesellschaften*. Handelte es sich bei den Eisenbahnen um verschiedenartige Unternehmungen, die hier staatlichen, dort privaten und in anderen Ländern wieder gemischten Charakter tragen, so ist bei der Seeschiffahrt fast nur das private Kapital vertreten. Hier sind die internationalen Verbindungen ziemlich alt. Unter den verschiedenen Namen, sog. Agreements, entstanden Pools, Konferenzen, Verbände, Kartelle und Truste. Der verstorbene Leiter der Hamburg-Amerika-Linie, Albert *Ballin*, gehörte zu den eifrigsten Förderern dieser internationalen Schiffahrtspools. Diese hatten die Festsetzung der Frachtenraten, die Errichtung sogenannter Betriebsgemeinschaften auf bestimmten Linien, deren Zweck es war, die Konkurrenz auszuschalten und eine rationelle Betriebsführung zu gewährleisten. Manchmal gingen solchen internationalen Pools harte Ratenkämpfe voraus, die entweder mit der Niederlage eines Rivalen oder mit einer Verständigung endeten. Daneben bestanden das „*Maritim Comitee*“ und das „*Comitee maritim International*“, die die Festsetzung der Schiffahrtsgebräuche, Regeln bei den Havarien, Hilfeleistung in Seenot usw. regelten. Diese Organisationen sind nach dem Kriege vielfach mit grösserem Wirkungskreise wiederaufgebaut worden. Eine reine Unternehmerorganisation, die sich in der Hauptsache mit Arbeiterfragen beschäftigt, ist die *Internationale Reedervereinigung* in London. Die *Internationale Vereinigung für Schiffahrtkongresse* umfasst meistens die Seeschiffahrt treibenden Regierungen. Das Zentralorgan für die internationale Schiffahrt ist seit einigen Jahren die *International Shipping Conferenc*, die die Schiffahrtsorganisationen und Schiffahrtsgesellschaften der ganzen Welt umfasst. Hier werden alle Fragen geregelt, die mit der Freiheit der Meere, dem internationalen Schiffahrtsrecht usw. zusammenhängen. Die Schiffahrtsvereinigungen zählen zu den festesten Kartellen auf internationalem Gebiete. Praktisch haben sie in den meisten Fällen ein Monopol. Namentlich die Linienreedereien sind fest zusammengeschlossen, während die Trampschiffahrt einen weniger festen Zusammenschluss zeigt.

Auf dem Gebiete der *Luftschiffahrt*, dem jüngsten Zweige des Verkehrs, bestehen ebenfalls internationale Organisationen. Die erste internationale Vereinigung der Luftschiffahrt, die *Fédération aéronautique internationale*, wurde im Jahre 1905 gegründet. Ein internationales juristisches Komitee für Luftschiffahrt folgte im Jahre 1909 in Paris. Nach dem Kriege wurde die *Commission Internationale de Navigation Aérienne* errichtet. Diese soll die Fragen, die die Luftschiffahrt betreffen, wie Flugzeugführerprüfung, Signalwesen, Herausgabe von Landkarten usw., erledigen. Bekannt sind die privaten Zusammenschlüsse der Luftschiffahrtsgesellschaften Europas, denen auch die deutschen angehören. So besteht die *Association Internationale du Trafic Aérien*, die im Haag ihren Sitz

hat und Flugpläne festsetzt; ferner wurden das Luftrecht, die Luftfahrtversicherung und anderes mehr dort verhandelt. Die deutschen Luftschiffahrtsgesellschaften, Junkers und Aero-Lloyd, spielen in den internationalen Organisationen der Luftschiffahrt eine bemerkenswerte Rolle. Sie haben ihre eigene Organisation überdies noch weit auszudehnen vermocht. Weitere Zusammenschlüsse und ein reibungsloses Hand-in-Hand-Arbeiten zwischen den verschiedensten Staaten liegen hier durchaus im Rahmen der Möglichkeit.

Dass auch die Post verschiedene internationale Verbindungen engster Art unterhält und im *Weltpostverein* eine gut funktionierende Organisation hat, wollen wir nur so nebenbei erwähnen. Im Vorjahre wurde die *Internationale Radiophonie Union* in Genf gegründet, die auch dort ein ständiges Bureau unterhält.

Die bedeutsamste und umfassendste private internationale Organisation dürfte die *Internationale Handelskammer* sein. Obwohl sie eigentlich erst ein Produkt der Nachkriegszeit ist, hat sie alle Organisationen überflügelt; wenn man von der I. H. als von dem „Völkerbund der Wirtschaft“ spricht, so dürfte dies seine Berechtigung haben, soweit die privatkapitalistische damit gemeint ist. Bereits in der Vorkriegszeit wurden Versuche gemacht, eine solche Organisation zu gründen. Auf einer internationalen Wirtschaftskonferenz privaten Charakters, die im Jahre 1905 in Berlin stattfand, wurde der *Internationale Handelskammer- und Vereinskongress* gegründet. Diese Organisation unterhielt ein ständiges Bureau in Brüssel. Mehrere internationale Tagungen fanden in der Vorkriegszeit statt. Mit dem Krieg ging auch diese Organisation in die Brüche. Nach demselben wurde sie einseitig von den Siegerstaaten wieder aufzuziehen versucht. In einer Wirtschaftskonferenz, die im Jahre 1919 stattfand, beantragten die Amerikaner die Errichtung einer grosszügig aufgezogenen internationalen Handelskammer. Ein neuer Kongress im Mai 1920 in Paris hob dann die heute so mächtige Internationale Handelskammer aus der Taufe. Im Vorjahre ist Deutschland der I. H. endgültig beigetreten, nachdem die Völkerbundklausel beseitigt war, wonach als Mitglieder der I. H. nur Angehörige jener Staaten beitreten dürfen, die Mitglieder des Völkerbundes sind. Von nicht geringer Bedeutung ist es, dass auch die Vereinigten Staaten der I. H. angehören. Auf dem Kongress in Brüssel im Jahre 1924 waren 37 Länder vertreten. Zu diesem Kongress²⁾ hatten Vertreter entsandt: 347 Handelskammern, 105 Industriellenverbände, 50 Handelsverbände, 44 Bankierorganisationen, 11 Reederverbände; als Einzelmitglieder gehörten der Kammer ungefähr an: 700 Industriefirmen, 400 Banken, 56 Schifffahrts- und 50 Eisenbahngesellschaften.

Deutschlands Delegierte entstammen folgenden Spitzenverbänden: Deutscher Industrie- und Handelstag, Reichsverband der deutschen Industrie, Zentralverband des deutschen Grosshandels, Zentralverband des Bank- und Bankiergewerbes und der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels. Dem Verwaltungsrat der I. H. gehören drei Deutsche als Mitglieder an. Präsident der I. H. ist der englische Bankier *Walter Leaf*. Organe der I. H. sind: das Präsidium, der Verwaltungsrat, die Mitgliederversammlung und die Landesgruppen. Zweck

²⁾ „Das Werden in der Weltwirtschaft“, Seite 269.

und Ziel der I. H. wurden von ihr selbst in folgenden programmatischen Sätzen umschrieben:

„Die Internationale Handelskammer wird gegründet, um die sämtlichen Wirtschaftskreise des internationalen Geschäftsverkehrs einschliesslich der Finanz, der Industrie, des Verkehrs und des Handels zu vertreten, um das gemeinsame Urteil aller derer zu ermitteln und zu verbreiten, die am internationalen Geschäfte beteiligt sind, um Verkehr und Vertrauen zwischen Geschäftsleuten und Geschäftsbetrieben der verschiedenen Länder zu heben; um schliesslich auf diesem Wege den Frieden und ein herzliches Einvernehmen zwischen den Völkern zu fördern.“

In der Tat ist die I. H. die mächtigste Organisation, die sich das Kapital aller Sparten geschaffen hat. Es ist nicht daran zu zweifeln, dass sie für den Frieden der Welt, die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen des Privatkapitalismus usw. von grosser Bedeutung sein kann.

Wenn wir nunmehr zu den *internationalen Interessenverbindungen der Industrie* übergehen, so betreten wir ein weites, fast unübersehbares Gebiet, wo die Fäden herüber und hinüber schiessen. Die Formen der Verbindungen sind fast noch zahlreicher als die, die wir im Inlande kennenzulernen Gelegenheit hatten. Obenan stehen die *trustähnlichen Gebilde von Weltformat*. Zu nennen sind vor allem die grossen *Petroleumtruste*. Die *Standard Oil Company* ist mit ihrem Aktienkapital von 825 Millionen Dollar das mächtigste Gesellschaftsunternehmen der ganzen Welt. Mit ihren Tochtergesellschaften umspannt sie die Erde. In Deutschland bestehen deren fünf. Mit der *IG. Farbenindustrie* besteht eine Interessengemeinschaft. Die *Koninklijke Nederlandsche Maatschapij tot Exploitatie van Petroleumbronnen* und die mit ihr verbundene „*The Shell*“ *Transport and Trading Comp.*, der britisch-holländische Petroleumkonzern, stehen der Standard Oil an Ausdehnung und an Kapitalkraft wenig nach. Sie ist der Gegenpol des Rockefellertrusts und der Exponent der englischen Regierung im Kampfe um die Ölquellen der Welt. Auch sie hat in aller Welt Zweiggesellschaften und hat auch in Deutschland starke Interessen. Die Schiffe der Shell-Gesellschaft und der Standard Oil sind auf allen Meeren der Erde zu finden. Die Tankschiffe der Shell haben einen Gehalt von 1,2 Millionen Tonnen. Die *Anglo-Persian Oil Company Ltd.* ist der dritte Grosskonzern der internationalen Petroleumindustrie. Die englische Regierung ist an ihr finanziell beteiligt. Die Petroleumindustrie wird repräsentiert von internationalen Grossmächten, die sich den grossen Kontinentalstaaten bezüglich ihrer Machtfülle ruhig an die Seite stellen können.

Über die *Kunstseide- und die Sprengstoffindustrie* und deren internationale Beziehungen wurde schon früher an dieser Stelle berichtet. Bemerken wollen wir nur noch, dass der internationale Pulverkonzern, der sich um die englisch-deutsche Firma Nobel gruppierte, vor dem Kriege die mächtigste überstaatliche Organisation war. Jetzt beginnt er, die Kunstseide und andere Produkte mit einzubeziehen, die in das Produktionsprogramm mit aufgenommen wurden.

Der in letzter Zeit am meisten genannte und auch wohl aktivste internationale Trust ist der *schwedisch-amerikanische Zündholztrust*. Ausgehend von Erfindungen, die in Schweden in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts

gemacht wurden, entstand dort eine ausgedehnte Zündholzindustrie, die die Patentzündhölzer herstellte. Ein Ingenieur mit Namen *Ivar Kreuger* schweisste in und nach dem Kriege die grössten Gesellschaften Schwedens zusammen. Die *Svenska Tändstickaktiebolaget* wurde das zentrale Produktionsunternehmen und die *A. B. Kreuger und Toll* zur Holdinggesellschaft des Konzerns. Durch eine Vereinbarung mit der amerikanischen Konkurrenz kam Kreuger mit den grössten Finanzgruppen Amerikas zusammen. Man gründete gemeinsam die *American Kreuger und Toll Corporation* in Neuyork. Nunmehr war die Basis geschaffen, von der aus zur Eroberung der Welt geschritten werden konnte. Und in der Tat ist dies noch niemand so restlos gelungen wie Ivar Kreuger. Wenn man die Ausdehnung des Trusts beschreiben will, dann kommt man besser weg, wenn man die Länder erwähnt, wo er noch keinen Fuss gefasst hat, denn diese sind weit geringer an Zahl. Eine beherrschende Position besitzt er eigentlich nur nicht in Frankreich und in England, dagegen beherrscht er die englischen Kolonien vollständig. In Deutschland kontrolliert er 70 Prozent der Zündholzfabriken. Unter Ivar Kreugers Leitung wurde er zum Vertikaltrust, der nicht nur Grossbanken von finanziellem Ausmass sein eigen nennt, sondern auch über chemische Fabriken, Sägewerke, Papierfabriken, Maschinenbauanstalten zur Herstellung der benötigten Maschinen, riesigen Waldbesitz in vielen Ländern, Export- und Importhäuser und über eine die ganze Welt umspannende Verkaufsorganisation verfügt. Das zur Verfügung stehende Kapital dürfte mehrere Milliarden Mark betragen. Ein Beispiel, was durch geschickte Transaktion und Organisation mit der Produktion eines winzigen Gegenstandes wie eines Zündholzes gemacht werden kann. Der schwedisch-amerikanische Zündholztrust dürfte, was Geschlossenheit, Machtentfaltung und Kapitalkraft anbelangt, so leicht kein Gegenstück finden.

Eine andere Form der überstaatlichen Verbindungen finden wir in den *Holdingskontroll- und Finanzierungsgesellschaften*. Der moderne Effektenkapitalismus schuf sich in ihnen die Organe, weite Gebiete der Volkswirtschaft zu beherrschen. Die soeben erwähnten Trustgesellschaften sind zum grossen Teile Holdings, das heisst sie üben die Fabrikations- oder die Verkaufstätigkeit nur zum Teil selbst aus. Meistens herrschen sie mittels Effekten, indem sie diese ins Portefeuille nehmen. Nur vermöge solcher Holdinggesellschaften war es unseren grossen Elektrizitätsunternehmungen möglich, ihren Radius im In- und Ausland so weit auszudehnen. Als Pionier kann hier *Emil Rathenau* gelten, der die von Amerika übernommene Idee der Finanzgesellschaften in glücklicher Form zu übertragen und weiterzuentwickeln wusste. Der Aufbau der AEG. legt dafür Zeugnis ab. Die grossen Expansionen des deutschen Industrie- und Finanzkapitals der Vorkriegszeit, wie die Bahnbauten in Vorderasien, der Aufbau der rumänischen Petroleumindustrie, die Errichtung von Elektrizitätswerken in Italien, Spanien, Russland und namentlich in Südamerika durch die Deutsch-Überseeische Elektrizitätsgesellschaft, die das grösste deutsche Auslandunternehmen überhaupt war und nach dem Kriege zu einer spanischen Gesellschaft wurde, legen Zeugnis dafür ab, wie das deutsche Grosskapital das System der Holdinggesellschaften zu handhaben wusste. Teilweise bediente man sich zur Auslandexpansion des

Kapitalmarktes der Schweiz, die noch heute das Dorado der Effektengesellschaften ist. 300 solcher Unternehmungen mit rund 2,5 Milliarden Franken Aktien- und Obligationenkapital haben in der Schweiz ihren Sitz, von dort nach der ganzen Welt ausstrahlend. Die bekanntesten Schweizer Trustgesellschaften, die mittels Holdings ihre Weltherrschaft ausüben, sind die Bally-Schuhfabriken, die Nestlé & Anglo Swiss Condensed Milk Co. (Kindermehl- und Nahrungsmittelfabriken) und die Maggi-Gesellschaft. Es wäre verlockend, das System der Effektengesellschaften und ihre Tätigkeit im internationalen Leben ausführlich zu schildern, aber dann würde der Rahmen dieser Arbeit gesprengt.

Wenden wir uns nunmehr den Vereinigungen zu, die in Gestalt *internationaler Kartelle und Syndikate* existieren. Eine der ältesten dieser Art ist die *Internationale Vereinigung der Baumwollspinner- und -verarbeiterverbände* in Manchester. Sie wurde 1914 errichtet. Angeschlossen sind 21 Länder, die Baumwolle verarbeiten, darunter sämtliche Europas, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Japan und Indien. Die Vereinigung stellt eine geschlossene Interessenvertretung gegenüber den Pflanzern und Grosshändlern von Rohbaumwolle dar. Sie ist bemüht, durch laufende Beobachtung und Statistiken die Baumwollgewinnung zu beeinflussen, den etwaigen Valorisationsbestrebungen entgegenzuwirken, die Regierungen der Baumwollstaaten zur Förderung und Verbreiterung der Produktion anzuhalten. Auch reine Preis- und Produktionsfragen gehören in das Gebiet der Vereinigung.

Die *Internationale Lederindustriekonferenz*, die im Juli dieses Jahres in London stattfand, vereinigte 90 Prozent der Lederweltproduktion. Es wurde beschlossen, eine ständige internationale Kommission zu errichten. In Verbindung hiermit soll ein Clearing House für Information über Lederfragen errichtet werden. Stabile Häutemarktverhältnisse will man zu schaffen versuchen.

Das *Weltkupferhandelssyndikat*, die *Copper Export Trading Co.*, soll in diesen Wochen seine Tätigkeit aufnehmen. Die nach aussen so kartellfeindliche amerikanische Regierung hat ihr Einverständnis ebenfalls erteilt. Erfasst werden 90 Prozent der Kupferproduktion. Ausser Japan dürften alle Kupferproduzenten der Welt beteiligt sein. In Deutschland wurden sechs Verkaufsstellen des Syndikats errichtet, die zugleich Mitteleuropa mit zu versorgen haben. Sämtliche Kupferproduzenten und -grosshändler Deutschlands gehören dem Syndikat an. Die Kupferproduktion der Welt ist somit restlos monopolisiert. An der Errichtung eines *Weltzinksyndikats* wird gearbeitet. Vorläufig wurde eine Vereinbarung über die Produktionsverteilung zwischen Deutschland, England und Belgien getroffen.

Die *Europäische Leimkonvention* umfasst sämtliche Produktionsländer Europas. Es soll der Versuch einer Kontingentierung der Produktion und eines gemeinsamen Verkaufs der Fertigfabrikate gemacht werden. Der Pakt soll im Oktober endgültig in Kraft treten.

Die Produktion von *Superphosphat und Stickstoff* soll ebenfalls in ganz Europa zusammengefasst werden. In Paris waren die Produzenten von Deutschland, Frankreich, Belgien, Grossbritannien, Holland, Schweden, Norwegen und Däne-

mark im Juni dieses Jahres vertreten. Als Ziel hat man sich gesetzt, Europa vom überseeischen Stickstoffbezug unabhängig zu machen. Die Produktion von *Thomasmehl*, jenem Abfallprodukt der Hochofenschlacke, die durch die Verhüttung hauptsächlich der Minette gewonnen wird, soll ebenfalls kontingentiert werden. Beteiligt sind die westeuropäischen Eisenländer.

In der Glasindustrie ist aus der Vorkriegszeit das *Internationale Spiegelglas-syndikat* bekannt, das als eines der festesten Vereinigungen zu gelten hatte. Es wurde bereits wiederaufgebaut. Die Flaschenfabrikanten Europas taten sich nach der Einführung der Owensmaschine zu einem *Europäischen Flaschenverband* zusammen.

In der *Kaliindustrie* besteht eine syndikatähnliche Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich. Die Aufteilung der Absatzmärkte wurde im Verhältnis 70 zu 30 Prozent vorgenommen. In Amsterdam besteht ein gemeinsames Bureau. An der Wiedererrichtung der *Brüsseler Zuckerkonvention* wird seitens der europäischen Hauptproduktionsländer gearbeitet.

In der *Eisen- und Metallindustrie* sind die Auslandverbindungen am häufigsten zu finden. Auf dem Gebiete der *Elektrotechnik* sind die Verbindungen zwischen der AEG. und der amerikanischen General Electric Co. bekannt. Sie bestehen seit 40 Jahren und sind nach dem Kriege durch Aktienbeteiligung an der AEG. seitens der General Electric wieder zustande gekommen. Die Siemens-Schuckert-Gruppe steht mit der Westinghouse Electric Co. (Neuyork) in Verbindung. Die *Kabelindustrie* ist international verbunden. Bekannt ist die amerikanische Beteiligung an der Deutschen Kabel-A.-G. Die *drahtlose Telegraphie* stellt nicht nur ein enges Netz internationaler Verbindungen dar, sondern sie hat auch zur gemeinsamen Arbeit der Grosskonzerne geführt. Die deutsche Telefunken-Gesellschaft (Gesellschaft für drahtlose Telegraphie, ein Gemeinsamkeitsunternehmen der AEG. und Siemens u. Halske) steht mit der Marconi Wiresles Telegraph Co. Ltd. (London), der Radio Corporation of Amerika (Neuyork) und der Général des Télégraphie sans fil (Paris) in enger Interessengemeinschaft. Diese hat u. a. auch zur gemeinsamen Errichtung von Anlagen in Südamerika usw. geführt. Eine *Weltkraftkonferenz* fand zum ersten Male im Jahre 1924 in London statt. In Basel trat Anfang September die zweite zusammen. U. a. wurde dort über die Ausnutzung der Wasserkraft, Elektrifizierung der Eisenbahnen und den Austausch elektrischer Energie verhandelt.

Das *internationale Glühlampensyndikat* wurde schon oft als ein internationales Musterkartell bezeichnet. Herr *Dr. Meinhardt*, Generaldirektor der Osram-Gesellschaft und Vorsitzender der internationalen Glühlampenvereinigung, erklärte über den Zweck des Vertrages auf dem Kartelltag des Reichsverbandes der deutschen Industrie u. a.: „die Typisierung und die Standardisierung für die ganze Welt einheitlich festzusetzen und auf Grund dieser Festlegung die Fabrikation zu vereinfachen“. Patent- und Lizenzverträge werden untereinander ausgetauscht. Geheimnisse in der Fabrikation soll es auf der ganzen Welt nicht mehr geben. Hierzu erklärte Herr Dr. Meinhardt: „Jedes Mitglied hat einen Anspruch darauf,

durch meine Fabriken zu gehen, alle Fortschritte zu beobachten und diese Fortschritte bei sich auszuführen. Dadurch ist erreicht, dass unnütze Arbeit unter allen Umständen vermieden wird.“ Das Glühlampensyndikat habe es erreicht, dass dadurch die Fabrikate der Glühlampenindustrie zu zwei Dritteln des Vorkriegspreises trotz eines Indexes von 1,40 für allgemeine Bedarfsartikel verkauft werden könnten. Das Syndikat sieht eine Kontingentierung der Produktion vor und regelt die Preise. Es hat seinen Sitz in Genf und firmiert Phönix-Gesellschaft G. m. b. H. Aussenseiter sind kaum vorhanden. Durch die Mitgliedschaft der Vereinigten Staaten wird die Stosskraft des Syndikats verstärkt.

Die *Bildung der europäischen Rohstahlgemeinschaft* war in den letzten Wochen und Monaten Gegenstand lebhafter Diskussionen im In- und Auslande. Dieser Zusammenschluss ist in den Tages- und Fachblättern ausgiebig erörtert worden und soll infolgedessen hier nur summarisch behandelt werden. Beteiligt sind Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und das Saargebiet. Für Polen, Österreich und die Tschechoslowakei sind bereits Beteiligungsquoten in Aussicht genommen, so dass deren offizieller Beitritt nur noch eine Frage der Zeit ist. Hauptaufgabe des Syndikats ist die Kontingentierung der Produktion, die Preisfestsetzung soll den Spezialverbänden überlassen werden. Es klingt harmlos, wenn man es hört. Dennoch liegt gerade in dem Charakter eines Mengenkartells die gefährlichste Waffe der betreffenden Industrie. Die Eisenproduktion Europas soll einer einheitlichen Gestaltung unterworfen werden. Die Preisunterbietungen sollen aufhören, auf dem Weltmarkt tritt die obengenannte Ländergruppe geschlossen auf. England und die Vereinigten Staaten haben eine Beteiligung vorläufig abgelehnt. Organe des Kartells sind: Das ständige internationale Bureau; die Filialbureaus, die in jedem angeschlossenen Lande errichtet werden sollen; die Gesellschafterversammlung, die jeden Monat stattfindet; die zu wählenden Ausschüsse und die Landessektionen. Erwähnenswert erscheint uns die in Aussicht genommene *Errichtung einer Ausgleichskasse*. Diese soll gespeist werden aus laufenden Beiträgen (pro Tonne Erzeugung 1 Dollar) und aus den Strafgeldern für Mehrerzeugung (pro Tonne 4 Dollar). Allein an laufenden Beiträgen kommen hier grosse Summen zusammen. Man rechnet mit einer Jahresproduktion der vier angeschlossenen Länder von 28 Millionen Tonnen (im ersten Halbjahr 1926 13,2 Millionen Tonnen) Rohstahl. So hätte das Stahlkartell jährlich mindestens 28 Millionen Dollar oder rund 118 Millionen Mark zur Verfügung. Damit kann schon ein glänzender Apparat aufrechterhalten und der Kampf gegen die Aussenseiter kräftig geführt werden. Aber eine Bestimmung gibt uns noch zu denken, dass nämlich ein Land oder Werk, das mit seinen Lieferungen unverschuldet im Rückstand bleibt, mit 2 Dollar pro Tonne unterstützt werden kann. Kann dies nicht auch bei Streiks oder Aussperrungen angewandt werden, oder bedeutet nicht diese Bestimmung gerade eine vorbeugende Massnahme dazu? Auf diese Tatsache gilt es mit aller Deutlichkeit aufmerksam zu machen. Der europäische Eisenpakt ist jedenfalls ein bemerkenswertes Ereignis in der internationalen Kartellierung. Es ist anzunehmen, dass eine Kohlenverständigung auf ähnlicher Grundlage kommen wird, sobald der Friede im englischen Bergbau eingekehrt sein wird.

Auf die *Spezialverbände der Schwereisenindustrie* soll nur hingewiesen werden. Gegründet wurde bisher das europäische *Schienenkartell* (European Railways Manufactures Association). Hierzu gehört auch England, für Amerika ist ebenfalls eine Quote vorgesehen. Zweck: Kontingentierung und Preisregulierung, Aufteilung der Absatzmärkte. Das *Röhrenkartell* wurde auf ähnlicher Grundlage aufgebaut. Die internationale *Drahtkonvention* umfasst vorläufig nur Deutschland, Belgien, Österreich und die Tschechoslowakei. Mit anderen Ländern wird verhandelt. Der europäische *Drahtgeflechtverband* umfasst auch England und Frankreich.

Von Bedeutung ist auch das im Frühjahr dieses Jahres errichtete *Wirtschaftskomitee für deutsch-französische Verständigung*. Dieses Komitee soll die persönliche Fühlungnahme unter den Mitgliedern aufrechterhalten und sich die objektive Klarstellung der kulturellen und wirtschaftlichen Tatsachen und Zusammenhänge in Deutschland und Frankreich zur Aufgabe machen. Bei voller Wertung des nationalen Gesichtspunktes will man auf diesem Wege eine den beiderseitigen Interessen entsprechendere Grundlage für die Beurteilung der Fragen gewinnen, die das Verhältnis der beiden Länder berühren. In Berlin und Paris ist ein ständiges Bureau errichtet worden. In Frankreich gehören dem Komitee u. a. an: *Charles Laurent* (früherer Botschafter in Berlin), *Herzog de Broglie*, *Fontaine* (Präsident des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes), *Fougère* (Präsident der Association Nationale d'Expansion Economique), *Lichtenberger* (Professor an der Sorbonne) usw. Deutscherseits sind zu nennen: *Dr. Hermann Bücher*, *Felix Deutsch* (AEG.), *Dr. Bruhn* (Krupp), *Louis Hagen* (Köln), *Franz von Mendelsohn* (Berliner Handelskammer und Verwaltungsmitglied der Internationalen Handelskammer), *v. Stauss* (Deutsche Bank) und *Fritz Thyssen*.

Hingewiesen sei zum Schluss noch auf die internationalen Verbindungen der *Filmindustrie*. Hier bestehen enge Interessengemeinschaften. In Bern besteht eine internationale Organisation der *Buch- und Zeitungsverleger*, das *Bureau Permanent du Congrès international des éditeurs*. Der internationalen Organisation der *industriellen Arbeitgeber*, die in Brüssel 1920 gegründet wurde, gehört jetzt auch die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände an. Eine *internationale Bauarbeiter-Union* besteht ebenfalls, der aber die deutschen noch nicht wieder beigetreten sein sollen.

Doch genug! Wir haben versucht, einen Streifzug durch die internationalen Verbindungen der Industrie, des Handels und des Verkehrs zu machen. Wir liessen noch das Finanzkapital ausser Berücksichtigung, obwohl hier sicher mehr als anderswo Verbindungsfäden bestehen. Die Fülle weitverzweigter Beziehungen, die Zielbestimmtheit, mit der uns die Internationale der Unternehmer vor Augen tritt, ist überwältigend, selbst bei so groben Umrissen, wie sie hier gezogen wurden. Es dürfte beinahe überflüssig sein, auf die Folgerungen ausdrücklich hinzuweisen, die von den Arbeitnehmern aus der geschilderten Entwicklung zu ziehen sind. Sie ergeben sich von selbst.

Die *Internationale der Gewerkschaften* ist eine zwingende Notwendigkeit. Kein Arbeiter kann die Existenzberechtigung des *Internationalen Gewerkschaftsbundes*

verneinen. Der Ausbau seiner Organisation ist dringend zu wünschen. Vor allem aber ist eine ständige, enge Fühlungnahme der verschiedenen Landeszentralen untereinander erforderlich, um bei wirtschaftspolitischen Verhandlungen von Staat zu Staat den Interessen der Arbeitnehmer Geltung zu verschaffen und den sozialpolitischen Gefahren rechtzeitig zu begegnen, die nur zu leicht die Folge unkontrollierter internationaler Abmachungen von Industrie zu Industrie sind. Doch die Stärke des IGB. und dessen Einfluss im internationalen Leben sind nur gesichert, wenn jede Landeszentrale im Lande selbst eine Macht darstellt. Das ist die Voraussetzung. Diese Voraussetzung zu schaffen, muss jeder Arbeiter und Angestellte bestrebt sein. Dann erwächst in der Organisation der lebendigen Arbeitskraft der notwendige Gegenpol gegenüber der national und international verbundenen Macht des Kapitals.

DER REALLOHN IN SOWJETRUSSLAND

Von PAUL OLBERG

I.

Die Entlohnungsfrage bildet zweifellos den Kardinalpunkt der Sozialpolitik, da sie für die Lebensbedingungen der Arbeitnehmerschaft ausschlaggebend ist. In Russland stellt sie ein lehrreiches und eigenartiges Gebiet dar, das sich in seiner Entwicklung von der Westeuropas wesentlich unterscheidet. Und das ist auch vollkommen begreiflich, wenn man sich den Werdegang der Sowjetrepublik seit 1918 vergegenwärtigt. Wir wollen die Grundzüge ihrer Entwicklung unserer Darstellung über das Lohnproblem vorausschicken.

Seit der Proklamierung des Sowjetregimes sind in der russischen Entwicklung zwei Hauptphasen zu unterscheiden. Um die Sowjetterminologie zu gebrauchen, sind es erstens die Zeit des Kriegskommunismus, zweitens die Zeit der neuen Wirtschaftspolitik (Nep) bzw. des Staatskapitalismus. Die erste Periode umfasst die Jahre 1918 bis 1920; die zweite begann im Jahre 1921 und dauert bis heute fort. Für den Kriegskommunismus waren auf dem Gebiete der Volkswirtschaft folgende Momente besonders charakteristisch: Sowohl die Produktion als auch der Verbrauch wurden durch Zwangsmethoden der Staatsgewalt geregelt; ein Markt für den Warenaustausch existierte nicht, das Gesetz von Nachfrage und Angebot sowie der gesunde Wettstreit zwischen den Unternehmungen wurden ausgeschaltet. Die freie Vorratsanfertigung und den modernen kapitalistischen Absatz ersetzte man durch staatliche Versorgung und Verteilung nach den eingegangenen Anforderungen und Aufträgen. Die wirtschaftliche Leistung des Industriebetriebes bzw. der Produktion wurde nicht einmal regelrecht registriert, da für den staatlichen Haushalt die *Ausgaben* bestimmend waren. Die städtische Wirtschaft war nach dem hierarchischen Prinzip aufgebaut, das die erforderliche

wirtschaftliche Selbstbetätigung des Volkes nicht anerkannte. Weder wirtschaftliche und soziale Notwendigkeiten noch rationelle Grundsätze lagen der Organisation der Industrie, des Handels usw. zugrunde. Vielmehr waren politische Faktoren ausschlaggebend. Infolge der organisatorischen und wirtschaftspolitischen Mängel dieses Systems erlahmte die Wirtschaft in den Städten, namentlich die Industrie, fast vollständig. Am Ende der Periode des Kriegskommunismus, als die neue Wirtschaftspolitik verkündet wurde, charakterisierte das sowjetamtliche Wirtschaftsorgan die Lage der Industrie folgendermassen: „Die Aufgabe der Wiederherstellung unserer Industrie verwandelt sich in den meisten Fällen in die Aufgabe ihres Aufbaues vom Nullpunkt an¹⁾.“ So hörte die städtische Bevölkerung auf, als produzierender Faktor zu existieren. Sie konnte ihr Dasein nur auf Kosten der Landwirtschaft behaupten. Aus begreiflichen Gründen weigerte sich jedoch die Bauernschaft, ihre Produkte ohne Gegenwert der städtischen Bevölkerung zu liefern. Selbst die Zwangsmittel der Staatsgewalt versagten, weil der Bauer seine Anbaufläche sehr verkleinerte, indem er nur soviel Land bestellte, wie er zur Deckung seines eigenen Bedarfs brauchte. So entstand für die Stadt eine überaus kritische Situation: sie wurde einfach der Hungersnot ausgeliefert. Die Sowjetgewalt musste den Kriegskommunismus preisgeben.

Während unter dem Kriegskommunismus fast der gesamte Ertrag der Bauernwirtschaft zugunsten des Staates mit Beschlag belegt wurde, hatte der Bauer nach der Proklamierung des Neps nur einen Teil seiner Produkte den Staatsorganen zu liefern. Im übrigen konnte er frei über sie verfügen; er durfte sie als Ware auf dem Markt verkaufen, austauschen usw., wodurch ihm die Rückkehr zum freien Handel und zur Geldwirtschaft ermöglicht war. Durch diese Reformen erhielt die Bauernschaft zum grossen Teil von neuem den Ansporn zu produktivem Schaffen. Da der Wiederaufbau der Industrie für die städtische Bevölkerung zu einem Lebensproblem wurde, bildete sich allmählich eine gewisse Grundlage für die Erstarkung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem flachen Lande und der Stadt heraus. Im Gegensatz zu der Praxis des Kriegskommunismus, unter dem die Industrie, die mit Defizit arbeitete, auf Kosten der Staatskasse existierte, stellte die neue Wirtschaftspolitik das Prinzip auf, dass die Industrieunternehmungen nach wirtschaftlichen und kaufmännischen Grundsätzen arbeiten müssten. Nur rentable Betriebe, die ebenso wie kapitalistische, Gewinn erzielen, sollten Anspruch auf Existenzberechtigung haben. Wieweit diese Forderung durchgeführt wurde, soll dahingestellt bleiben. Jedenfalls bedeutete ihre Tendenz im Vergleich zu dem Zustande des Kriegskommunismus einen grossen Schritt vorwärts. In einem Schreiben an das Präsidium des Ausschusses für die staatliche Planwirtschaft stellt der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates u. a. wie folgt fest: „Die Unternehmungen des Volkswirtschaftsrates arbeiten nach dem Grundsatz der wirtschaftlichen Kalkulation, das heisst sie dürfen nicht mit Verlust arbeiten, sonst verletzen sie ihre Verpflichtungen dem Staate gegenüber.“

¹⁾ „*Ekonomitscheskaja Shisn.*“ Nr. 108. 1921.

Unter der neuen Wirtschaftspolitik konzentriert der Sowjetstaat in seinen Händen die gesamte Grossindustrie, den Grosshandel, das Bankwesen sowie das Verkehrswesen. Somit ist er der grösste Arbeitgeber der Sowjetunion. In dieser Eigenschaft ist er bestrebt, die Arbeiterfrage vom Standpunkt des Unternehmers aus zu lösen, da er durch die Nationalisierung der wichtigsten Wirtschaftszweige der Stadt mehr oder weniger den Verpflichtungen gegenüber der Gesamtheit, der Masse der Konsumenten, nachkommen muss. Freilich nehmen die staatlichen Betriebe in der russischen Wirtschaft eine günstige Sonderstellung ein. Jedoch sind sie den Gesetzen der Konkurrenz unterworfen; die sogenannte staatliche Planwirtschaft übt einen ganz geringen Einfluss auf das Wirtschaftsleben der Sowjetrepublik aus. Bemerkenswert ist, dass die Staatsunternehmungen im wirtschaftlichen Wettstreit mit dem Privatkapital nicht immer den Sieg davontragen. Aus sowjetamtlichen Erhebungen geht klar hervor, dass die Steigerung der Produktion unter dem Nep kein normaler organischer Prozess sei. Vielmehr vollzog er sich zum Teil auf Kosten des Grundkapitals der Nachkriegszeit und zum Teil auf Kosten — der Landwirtschaft. Bis jetzt vermochten die Staatsunternehmungen, abgesehen von einigen Ausnahmen, keine Gewinne zu buchen, noch kamen sie schon als Quellen der Staatseinnahmen oder als Objekte der Kapitalakkumulation in Frage. Dass diese kritische Lage der Produktion sowohl den Lohn als auch die sonstigen Arbeitsbedingungen beeinträchtigen muss, ist selbstverständlich.

II.

Angesichts des engen inneren Zusammenhanges zwischen der Lage der Produktion und der Höhe des Arbeitslohnes waren die Jahre des Kriegskommunismus für die russische Arbeiterschaft eine Periode des Hungerlohnes, der Verelendung und der Degradation. Während vor dem Kriege der Lohn 95 bis 100 Prozent des Einkommens des Arbeiters bildete, erreichte unter dem Kriegskommunismus die Entlohnung kaum 20 Prozent des Einkommens; der Arbeitslohn wurde in Naturalien durch die staatlichen Organisationen entrichtet. Um ihre Existenz halbwegs zu bestreiten, beschäftigten sich die Arbeiter mit Handelsspekulationen, veräusserten ihr Hab und Gut und flüchteten ins Dorf, wo man gewisse Betätigungsmöglichkeiten finden konnte.

Die Rückkehr zu der Waren- und Geldwirtschaft und die Umstellung der Industrie auf „kaufmännischer Grundlage“ veranlassten die Sowjetregierung, eine neue Lohnpolitik einzuschlagen. An Stelle der universellen, obligatorischen staatlichen Versorgung ging die neue Sozialpolitik allmählich zum Entlohnungssystem nach Kollektiv- und Arbeitsverträgen über. Diese Reform ist durch Artikel 58 des russischen Arbeitsgesetzbuches verankert worden. Als allgemeine Regel soll die Höhe des Arbeitslohnes auf der Grundlage des Tarifnetzes und des Satzes der ersten, das heisst der niedrigsten Stufe festgesetzt werden. Es existieren verschiedene Tarifnetze mit verschiedenen Stufen und Koeffizienten für jede Stufe. In bezug auf die Einheit der Entlohnung wird die Sowjetunion seit 1924 in fünf Zonen eingeteilt. Laut Artikel 59 des Arbeitsgesetzbuches darf der Arbeitslohn nicht niedriger sein als das obligatorische Staatsminimum, das

periodisch von den zuständigen Instanzen, nämlich von den Volkskommissariaten für Arbeit und für das Finanzwesen festgesetzt wird. Ausserdem existiert für gewisse Gruppen individuelle Entlohnung.

Die Entwicklung des durchschnittlichen monatlichen Arbeitslohnes in den ersten Jahren der neuen Wirtschaftspolitik ist aus den folgenden Angaben zu ersehen²⁾:

Jahre	Goldrubel (1 Rubel = 2,16 Mk.)	Prozent	Jahre	Goldrubel (1 Rubel = 2,16 Mk.)	Prozent
1913	25	100	1921 bis 1922	7,3	29,2
1920 bis 1921	3	12	1922 bis 1923	11,7	46,8

Im Vergleich zur katastrophalen Periode des Kriegskommunismus ist ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen. So z. B. ist der Lohn im Wirtschaftsjahr 1921/22 im Verhältnis zum Jahre 1920 auf das 2½fache und im Wirtschaftsjahr 1922/23 um 60 Prozent gestiegen.

Nach den einzelnen Industriegruppen geordnet, gestaltete sich in den ersten 6 Monaten des Jahres 1923 der Arbeitslohn in Warenrubel folgendermassen³⁾:

Industriegruppen	1913	1923			
		Januar	Juni	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr
In ganz Russland					
In der Gesamtindustrie . .	22	11,30	12,64	12,10	12,06
Darunter:					
Metallindustrie	33	11,71	14,29	12,89	13,60
Textilindustrie	18	9,38	9,78	10,05	9,50
Chemische Industrie . . .	20	11,95	12,67	12,75	12,42
Lederindustrie	25	12,98	17,68	15,06	16,68
Graphisches Gewerbe . .	29	18,26	17,80	19,19	17,21
Nahrungsmittelindustrie .	16	14,87	14,79	15,30	13,92
Bekleidungsindustrie . . .	—	—	—	—	—
Papierindustrie	18	15,40	16,20	14,83	15,84
Moskau					
In der Gesamtindustrie . .	27,1	19,14	21,47	20,60	20,26
Darunter:					
Metallindustrie	33	12,41	25,69	23,08	23,33
Textilindustrie	22	15,74	15,17	15,79	14,67
Chemische Industrie . . .	23	20,05	20,77	22,11	19,13
Lederindustrie	26	15,78	31,30	21,01	26,06
Graphisches Gewerbe . .	32	25,70	23,44	26,09	23,12
Nahrungsmittelindustrie .	21	23,45	21,97	23,48	21,89
Bekleidungsindustrie . . .	22,5	11,32	18,46	13,82	17,31
Papierindustrie	—	—	—	—	—

²⁾ Prof. Podtjagin: „Der Stand der Volkswirtschaft der USSR.“ Moskau 1924. (Russisch.)

³⁾ A. Raschin: „Die Politik und die Praxis des Arbeitslohnes.“ Moskau 1924. Seite 34. (Russisch.)

Industriegruppen	1913	1 9 2 3			
		Januar	Juni	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr
Gouvernement Petersburg					
In der Gesamtindustrie . . .	32	19,08	21,54	21,09	20,69
Darunter:					
Metallindustrie	43	20,44	23,89	22,38	22,44
Textilindustrie	22,5	15,46	15,76	16,62	16,20
Chemische Industrie . . .	28,8	19,39	18,54	20,53	19,54
Lederindustrie	32	17,78	24,22	21,22	21,75
Graphisches Gewerbe . .	34,6	24	26,41	26,19	24,02
Nahrungsmittelindustrie .	22,3	19,26	20,42	20,47	18,05
Bekleidungsindustrie . . .	22,7	12,43	18,37	13,41	14,69
Papierindustrie	—	—	—	—	—

Wie aus dieser Tabelle zu ersehen ist, betrug im Jahre 1913 der durchschnittliche Monatslohn in der Gesamtindustrie 22 Rubel, im Juni 1923 12,64 Rubel; in der Metallindustrie sind die entsprechenden Zahlen 33 Rubel und 14,29 Rubel; in der Textilindustrie 18 und 9,78 Rubel. Die Löhne in Moskau und im Gouvernement Petersburg sind erheblich höher als in der Provinz. Diese Erscheinung ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass das Existenzminimum in den Hauptstädten der Sowjetunion höher ist als in den sonstigen Städten. Hier spielen ausserdem politische Erwägungen eine Rolle; in Petersburg und Moskau ist hauptsächlich die Arbeiterschaft konzentriert, auf deren Loyalität das Sowjetregime den grössten Wert legt.

Prozentual berechnet, betrug der monatliche Durchschnittslohn in der Gesamtindustrie im Januar 1923 51,4 Prozent, im Juni 57,5 Prozent der Vorkriegszeit. Für einzelne Industriegruppen haben wir folgende Zahlen: In der Metallindustrie im Januar 1923 35,5 Prozent, im Juni 43,4 Prozent; in der chemischen Industrie im Juni 1923 63,3 Prozent; im graphischen Gewerbe 61,7 Prozent; in der Lederindustrie 70,7 Prozent; in der Papierindustrie 90 Prozent und in der Nahrungsmittelindustrie 92,4 Prozent des Vorkriegslohnes. Der Durchschnittslohn in Moskau erreichte im Januar 1923 70 Prozent; im Juni 79,2 Prozent; in Petersburg 59,6 Prozent und 67,3 Prozent der Vorkriegszeit.

Nun muss man im Auge behalten, dass der Lebensstandard des russischen Arbeiters vor dem Kriege auf einem ganz niedrigen Niveau stand; er war erheblich niedriger als die Lebensbedingungen der westeuropäischen Arbeiter. Die russische Arbeiterschaft war unter dem Absolutismus politisch rechtlos; Koalitionsfreiheit und selbst der wirtschaftliche Kampf waren ihr versagt; von einer Sozialgesetzgebung im europäischen Sinne des Wortes war keine Rede. Dies alles erleichterte es dem Unternehmertum in höchstem Masse, die Arbeiterschaft auszubeuten. U. a. betätigte sich das Auslandskapital zum grossen Teil deshalb in Russland, weil es dort eine sehr billige Arbeitskraft fand.

Es ist daher ohne weiteres klar, dass trotz der Lohnsteigerung in der ersten Periode des Neps der Lohn damals bei weitem kein Existenzminimum sicherte.

Notgedrungen musste der Arbeiter noch andere Einnahmequellen suchen. Aus folgender Tabelle sind die Bestandteile des Einkommens der Arbeiter ersichtlich:

Bestandteile des Einkommens	Moskau				Petersburg			
	November 1923		Dezember 1922		November 1923		Dezember 1922	
	Rubel	%	Rubel	%	Rubel	%	Rubel	%
Der Lohn des Familienhauptes .	10,84	70,2	9,96	68,8	10,49	76,5	9,89	67,4
Sonstiges Einkommen des Familienhauptes	0,54	3,5	0,29	2,1	0,11	0,9	0,38	2,5
Der Lohn der Familienmitglieder	2,20	14,2	2,53	17,5	0,39	6,8	1,39	9,4
Sonstiges Einkommen dieser Mitglieder	0,38	2,5	0,22	1,5	0,31	2,3	0,27	1,8
Inventarverkauf	0,37	2,4	0,68	4,6	0,54	4,0	0,88	6,0
Schulden	0,64	4,1	0,38	2,6	0,57	4,1	0,64	4,4
Sonstige Einkünfte	0,47	3,1	0,42	2,9	0,75	5,4	0,43	3,1
Ersparnisse	—	—	—	—	—	—	0,79	5,4
Insgesamt	15,44	100	14,48	100	13,70	100	14,76	100⁴⁾

Wir sehen, dass der durchschnittliche Arbeitslohn in Moskau im Jahre 1922 nur 68,8 Prozent und im Jahre 1923 70,2 Prozent des Einkommens bildete; für Petersburg sind die entsprechenden Zahlen 67,4 Prozent und 76,5 Prozent. Fast ein Drittel des Einkommens setzte sich aus Bestandteilen zusammen, die den Haushalt des Arbeiters erschütterten; die Notwendigkeit, erhebliches Nebeneinkommen zu beziehen, wirkte ungünstig auf die Produktivität. Wie ungesund die Struktur des Einkommens des Arbeiters während der in Frage kommenden Periode war, ist an folgendem Beispiel der Eisenbahner zu ersehen. (Das Gesamteinkommen wird für 100 angenommen⁵⁾.)

Bestandteile des Einkommens	Oktober 1922	Nov. 1923	Bestandteile des Einkommens	Oktober 1922	Nov. 1923
	Rubel	Rubel		Rubel	Rubel
Der Lohn des Familienhauptes nach dem Grundberuf . . .	22,2	63,7	Einkommen von der eigenen Wirtschaft	13,5	4,0
Beruflicher Nebenverdienst des Familienhauptes	10,0	6,6	Schulden und Ersparnisse . .	20,1	8,2
Sonstiger Lohn des Familienhauptes	6,2	2,1	Vom Inventarverkauf	13,5	7,3
Der Lohn der Familienmitglieder	4,8	5,7	Einkommen vom Handel . . .	0,2	0,9
			Einkommen vom gestohlenen Brennmaterial	1,2	0,1
			Sonstige Einkünfte	7,6	3,4

Im Jahre 1923 haben die Einkommensbestandteile im Vergleich zu dem Jahre 1922 zwar eine nicht unwesentliche Besserung erfahren, aber die ganze wirtschaftliche Einstellung der Eisenbahner blieb noch unerträglich. Die angeführten Zahlen sprechen in dieser Beziehung eine ganz klare Sprache.

Die oben gestreifte Lohnerhöhung in den Jahren 1921 bis 1923 war kein zielbewusstes Ergebnis der russischen Sozialpolitik. Vielmehr ist sie auf das „blinde

⁴⁾ E. Poliak: „Das Arbeiterbudget im November 1923.“ (Die Arbeit in der USSR.) Moskau 1924.

⁵⁾ Ebenda.

Spiel der Kräfte“ zurückzuführen; die leitenden Wirtschaftsorgane waren sich über das Verhältnis zwischen dem Stand der Produktion und der Höhe des Arbeitslohnes sowie überhaupt über rationelle Organisation der Industrie einfach nicht im klaren. Das Problem der Selbstgestehungskosten der Erzeugnisse existierte meistens für sie nicht. Sehr bezeichnend sind in dieser Hinsicht die nachstehenden Feststellungen, die wir einer sowjetistischen Erhebung entnehmen: „Die erste Zeit ihrer Praxis (1921/22) stand die staatliche Industrie vor Fragen, die sie nicht einmal in den Grundzügen gelöst hatte, und zwar bis zu dem Augenblick, in dem vor den Zentralstellen, die die Industrie regelten, das Preisproblem in seinem ganzen Umfange auftauchte. Was stellte der Preis dar? Soll er die Betriebskosten decken? Und — im Jafall — in welchem Rahmen angesichts des Systems der Teilung des Produktionsapparates auf zwei Teile, von denen ein Teil im Betrieb und der andere ausser Betrieb ist? Soll schliesslich der Preis in sich Bestandteile des Gewinnes einschliessen und — im positiven Falle — in welchem Masse?“

Auf diesen eigentümlichen Zustand verwies ebenfalls das Preiskomitee. In einer Denkschrift an den Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates stellte es wie folgt fest: „Als allgemeine Regel wurden bis in die letzte Zeit keine Kalkulation der Selbstkosten unter den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen sowie keine planmässige Registrierung der Produktion in der Mehrheit der wirtschaftlichen Unternehmungen gemacht. Man hatte zersplitterte Versuchsmethoden der Registrierung der Selbstkosten, durch welche die Unternehmungen versuchten, die Selbstkosten der Produktion festzusetzen.“

Diese Praxis war, wie gesagt, für das Anfangsstadium der neuen Wirtschaftspolitik ausschlaggebend. In der Folgezeit, je mehr die alten Sachverständigen (Spez.) herangezogen und die Organisationsmethoden der Industrie gebessert wurden, ist das geschilderte Chaos zum grossen Teil beseitigt worden. Dies wäre vom Standpunkt der Produktion und der Volkswirtschaft natürlich nur zu begrüssen, wenn man zugleich eine rationelle Lohnpolitik eingeschlagen hätte. Leider war das Gegenteil der Fall. Mitte 1923 erklärten sich die Staatsunternehmungen gegen die weitere Lohnerhöhung. Die Entwicklung des Lohnes in den Jahren 1922 bis 1924 ist in den nachstehenden Tabellen dargestellt:

Der durchschnittliche monatliche Reallohn in der Industrie der Sowjetunion ⁶⁾							
Entlohnungsfrist		Rubel	Prozent	Entlohnungsfrist		Rubel	Prozent
1922/23	1. Vierteljahr .	13,56	100	1923/24	1. Vierteljahr .	19,33	114
	2. Vierteljahr .	16,54	122		2. Vierteljahr .	20,39	105,5
	3. Vierteljahr .	16,46	99,5		3. Vierteljahr .	20,42	100
	4. Vierteljahr .	16,95	103		4. Vierteljahr .	22,36	109

⁶⁾ Prof. P. Isitzenko: „Die wirtschaftlichen Voraussetzungen des gegenwärtigen Preisschwankens der Industrieerzeugnisse.“ Moskau 1922. (Russisch.)

⁷⁾ Entnommen der erwähnten Schrift von Prof. Isitzenko.

⁸⁾ A. Raschin: „Der Arbeitslohn in der Industrie“ im Sammelwerk „Die Arbeit in der USSR.“ Moskau 1924. (Russisch.)

Während im zweiten Vierteljahr 1922/23 der Durchschnittslohn eine wesentliche Steigerung um 22 Prozent erfuhr, hatte er im dritten Vierteljahr einen ganz erheblichen Rückgang zu verzeichnen; Ende des Jahres trat eine Besserung ein, indem der Lohn um 14 Prozent stieg, aber schon im zweiten Vierteljahr 1923/24 ging er wieder zurück und blieb im dritten Vierteljahr ganz unverändert. In derselben Periode nahm der Index fast sämtlicher Bedarfsartikel unaufhörlich zu. Alle Massnahmen der Staatsgewalt, die Preise auf einem relativ niedrigen Niveau zu halten, blieben erfolglos. Selbst die Stabilisierung der Währung vermochte nicht, der Preissteigerung Einhalt zu gebieten.

Nach einer geringen Steigerung in der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres 1924/25 begann der Reallohn im letzten Vierteljahr 1925/26 unaufhörlich zu sinken. Laut Angaben der zentralstatistischen Abteilung des Obersten Volkswirtschaftsrates entwickelte sich in den ersten sechs Monaten 1925/26 der Durchschnittslohn in der Industrie folgendermassen:

1925 Oktober	28,63 Rubel
November	25,92 „
Dezember	26,82 „
1926 Januar	25,08 „
Februar	25,05 „
März	25,06 „

Der durchschnittliche Reallohn betrug im Oktober 1925 28,63 Rubel, im März 1926 25,06 Rubel.

Aus diesen Ziffern geht hervor, dass der Reallohn um 12,5 Prozent zurückgegangen ist. Nach einzelnen Industriezweigen geordnet, gestaltete sich dieser Prozess wie folgt⁹⁾:

Industriezweige	Oktober 1925 Rubel	März 1926 Rubel	Rückgang in Prozent
Steinkohlenindustrie	26,77	25,19	5,9
Metallindustrie	35,96	29,96	16,7
Textilindustrie	25,21	21,42	15,0
Chemische Industrie	37,89	30,84	18,6
Holzindustrie	31,43	23,74	24,5
Papierindustrie	31,94	27,47	14,0
Glasindustrie	26,65	23,69	11,1
Lederindustrie	36,34	33,56	7,6
Tabakindustrie	40,12	31,31	22,0

Laut Angaben des Zentralorgans der russischen Gewerkschaften („Trud“, „Die Arbeit“) vom 28. Mai 1926 betrug der reale Durchschnittslohn im Oktober 1925 29,38 Rubel und im März 1926 25,06 Rubel, was einen Rückgang des Lohnes um 14,7 Prozent bedeutet. In Wirklichkeit war der Rückgang grösser, weil der amtliche Budgetindex gewöhnlich zu niedrig gerechnet wird. Dr. S. Schwarz schätzt

⁹⁾ „Handels- und Industriezeitung“ vom 19. Dezember 1925 und 20. Mai 1926.

den Rückgang des Reallohnes binnen der erwähnten sechs Monate auf 15 bis 20 Prozent und für einige Industriezweige auf über 20 Prozent¹⁰⁾. Indes war im Oktober 1925 nicht einmal in sämtlichen Industriezweigen die Höhe des Vorkriegsreallohnes erreicht. Nur die Arbeiter der Hauptstädte (Moskau und Petersburg) sind in dieser Beziehung in einer relativ günstigen Lage: ihr Lohn erreichte und überstieg zum Teil den Vorkriegsstand. Aber wie schon angedeutet wurde, war der Lebensstandard der russischen Arbeiter vor dem Kriege sehr niedrig. Um so weniger kann der heutige Lohn als normales Existenzminimum bewertet werden. Die Preise sämtlicher Bedarfsartikel sind inzwischen um das Mehrfache gestiegen; in den letzten Jahren veräusserte der Arbeiter zum grossen Teil die Gegenstände seines Haushaltes und verbrauchte seine Kleidung vollends. Neue Anschaffungen sind daher für ihn eine dringende Notwendigkeit. Aber bei der gegenwärtigen Lohnhöhe sind solche Ausgaben unerschwinglich.

Es sei hier auf einen wichtigen und ganz eigenartigen, für die europäischen Verhältnisse unbekanntem Umstand hingewiesen, der selbst den Wert des Reallohnes reduziert und die Lebensbedingungen der Arbeitnehmerschaft sehr beeinträchtigt: Wir meinen die chronische und enorme Verschuldung der Betriebe an Arbeitslohn. Auf diese anormale Erscheinung werden wir im nächsten Heft der „Arbeit“ näher eingehen.

(III. Teil folgt.)

INDUSTRIELLE UND GEWERKSCHAFTLICHE MENSCHENFÜHRUNG IM RAHMEN DER GESOLEI

Von GERTH SCHREINER (Düsseldorf)

I.

Will man den Zweck und die Bedeutung der „Grossen Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen in Düsseldorf 1926“ begreifen, so muss man sich vergegenwärtigen, dass auf demselben Gelände, auf dessen 400 000 Quadratmeter grosser Ausstellungsfläche sie aufgebaut ist, im Jahre 1902 die „Grosse Industrieausstellung“ stattgefunden hat.

Diese Ausstellung von 1902 war eine machtvolle Kundgebung der weltumspannenden deutschen Industrie. Vierzig Jahre zuvor, auf der Weltausstellung in London 1862, hatte man noch vom deutschen Produkt gesagt: „Billig und schlecht.“ Nun, 1902, stand es an der zweiten Stelle der Welthandelsstatistik. „Made in Germany“ bedeutete Qualitätsarbeit, in das Produkt hineingearbeitete Wissenschaftlichkeit und handwerkliche Qualität. Der deutsche Ingenieur, geschult an den mustergültigen deutschen technischen Hochschulen, und der

¹⁰⁾ S. Schwarz: „Über den Arbeitslohn.“ „Sozialistisches Westnik“ („Der Sozialistische Bote“) vom 10. Juli 1926. Seite 8. Berlin.

deutsche Facharbeiter, geschult in den mustergültigen deutschen Betrieben und in den Fortbildungs- und Fachschulen, waren als Pioniere neuer industrieller Produktionsmethoden berühmt und begehrt.

Freilich darf man in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass der grosse Gegner der freien Arbeiterbewegung, Bismarck, im Jahre 1884 den Satz ausgesprochen hat: „Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe, und wenn nicht eine Menge sich vor ihnen fürchtete, würden die mässigen Fortschritte, die wir bisher überhaupt in der Sozialreform gemacht haben, auch noch nicht existieren.“ Denn dieser Satz aus dem Munde Bismarcks deutet darauf hin, dass es die Vertreter der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie in den Parlamenten waren, die gegen das Unternehmertum und seine staatliche Interessenvertretung in zielbewusstem, zähem Kampf durchsetzten, dass gesetzlich geregelter Arbeiterschutz und gesetzlich geregelte Fürsorge immer mehr an die Stelle der von den Unternehmern und den christlichen Gewerkschaften ursprünglich propagierten charitativen Fürsorge durch die privaten Organisationen der katholischen und evangelischen Kirche oder die Werksfürsorge im Einzelfalle traten.

Die Feststellung dieser Tatsache ist von Bedeutung, wenn man bedenkt, dass die Gesolei 1926 mitten in der Zeit schwerster wirtschaftlicher Depression und mitten in der Krise der deutschen Industrie stattfindet und als Hauptzweck dieser Ausstellung Gesolei die Propagierung der *Menschenökonomie* und der *Rationalisierung* erkennt, zwei Probleme, deren Lösung mit zu den Voraussetzungen des Wiederaufstiegs des deutschen Produkts auf dem Weltmarkt, nach der Ansicht des Unternehmertums, gehören.

Es ist in den letzten Jahren immer deutlicher geworden, dass das Unternehmertum die Beseitigung der Krise einseitig durch Senkung der Löhne und Erhöhung der Arbeitszeit zu erreichen suchte. Es überliess die Gesundheitspflege und soziale Fürsorge für den durch Krieg, Inflation und Wirtschaftskrise verelendeten Arbeiter und den verelendenden Mittelstand fast ganz dem Reich, den Staaten und den Kommunen. Diese Tatsache erklärt die andere, dass der wesentlich grösste Teil der Ausstellungsabteilungen Gesundheitspflege und soziale Fürsorge von Ländern und Kommunen („Das österreichische Haus“, die Ausstellungen des Freistaates Sachsen, der Städte Frankfurt am Main, Mannheim usw.) und den vom Reich, von den Staaten und Kommunen reichlich ideell und finanziell subventionierten privaten, konfessionellen Wohlfahrtsorganisationen bestritten wird, während die Ausstellungen der Industrie sich im wesentlichen um die Ausstellung des DINTA (Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung), die sich „Industrielle Menschenführung“ nennt, gruppieren, und die proletarischen Interessen ausser in einer guten Ausstellung der Arbeiterwohlfahrt Bezirk Niederrhein und der Sozialistischen Arbeiter-Jugend Bezirk Niederrhein am deutlichsten in dem Haus des ADGB. vertreten werden. Wesentlich in ihrer Bedeutung für die Gesamttendenz der Ausstellung ist auch die selbständige Abteilung „Der Mensch in seinen gesundheitlichen Beziehungen zu Tier und Pflanze“, in der die Rationalisierungs- und Spezialisierungsbestrebungen der deutschen Landwirtschaft nach amerikanischem Vorbild gezeigt werden.

II.

Am bedeutsamsten für die Beurteilung der Frage, wie die industriellen Unternehmerkreise Rationalisierung und Menschenökonomie betreiben wollen, ist die Ausstellung des *Dinta* (Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung), „Industrielle Menschenführung“. Das *Dinta* ist in Düsseldorf unter grosser Anteilnahme der Industriellen, vor allem der des neuen Montantrustes, gegründet worden. Es ist nicht nebensächlich, dass der Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Dr. Lehr, den Ehrenvorsitz übernommen hat. Hervorgegangen ist das *Dinta* aus den Versuchen in den Abteilungen der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G., die jetzt zu dem neuen Montantrust gehört. Von Löhnen und von Arbeitszeit ist in der Ausstellung „Industrielle Menschenführung“ nichts zu sehen und zu hören, um so mehr aber von der körperlichen und seelischen Beeinflussung und Kontrolle der sogenannten Werksangehörigen. Die letzte Abteilung dieser Ausstellung, die seltsamerweise mit dem Lehrling beginnt und mit dem Kleinkind aufhört, führt den Untertitel „Werkspflege“. Mit der Werkspflege sollen die Kinder, die Frauen der „Werksangehörigen“ und die Invaliden und Alten industriell geführt und produktiv erfasst werden. Werkskindergärten mit Werkskindergärtnerinnen, die „das volle Vertrauen der Eltern, insbesondere der Mutter jedes Kindes brauchen“, Hausbesuche, bei denen „die Tante die Umgebung des Kindes, sein Spielzeug und seine Lektüre kennenlernt“, Elternabende und gemeinsame Ausflüge, auf denen sich „die Mütter kennenlernen und die Tante Kindergärtnerin und Werkspflegerin sich mit ihnen über einwandfreies Spielzeug und gute Bücher unterhält“, Werkshausfrauenschulen, in denen die Frauen der „Werksangehörigen“ erfasst werden, und nicht zuletzt die „Werkszeitung als Mittel zur Pflege der inneren Werksbeziehung und im Dienste des Betriebes“ sind die Mittel der Werkspflege und Werkswohlfahrtspflege neben dem Alters- und Invalidenwerk, in dem „produktive Wohlfahrtspflege“ betrieben wird, indem man die Alten und Invaliden bis zum letzten Atemzug in den Produktionsprozess, in „das Lied der Arbeit, das unseren Alten so vertraut geworden ist, dass sie es nicht missen möchten“, einspannt.

Nachdem so die Kinder der „Werksangehörigen“ auf den Zustand des Erwachsenseins, der gleichbedeutend ist mit der Tätigkeit im Produktionsprozess, vorbereitet sind, nachdem so „durch Hand-in-Hand-Arbeiten der Eltern mit der Tante ein fester Ring geschlossen ist, unter dessen gutem, gesundem Einfluss in die Kinder die ersten Keime zu freien, tüchtigen Menschen gelegt“ worden sind, wie es die Werkszeitung ausdrückt, beginnt für den Jungen seine industrielle Laufbahn, das heisst er wird weiter bewusst geführt. „Auslese, Schulung und Erziehung des Facharbeiternachwuchses“ wird betrieben durch psychotechnische Eignungsprüfungen und Arbeitsschulung in besonderen Lehrwerkstätten, in denen sämtliche Lehrlinge des Werks zu Lehrlingskameradschaften zusammengeschlossen und dem Einfluss der erwachsenen Arbeiter entzogen sind, und in Werkschulen, die ohne staatliche und kommunale Kontrolle den Fortbildungs- und Berufsschulen gleichberechtigt sind. „Bis zum Ende seiner Lehrzeit bleibt der Lehrling im Bereich und in der Hand des Ausbildungsleiters, er hat hier die

erste Belastungsprobe auf sein Können und die ihm zuteil gewordene pflegliche Erziehung zu bestehen. Diese kommt darin zum Ausdruck, dass den einzelnen Vorarbeitern innerhalb der Lehrkameradschaften über ihre Anlerntätigkeit hinaus die Aufgabe des persönlichen Einwirkens und der Beeinflussung des Lehrlings in seiner Erziehung zum anständigen Kerl zur Pflicht gemacht wird.“ Ebenso hermetisch wie in der Werkstatt wird der Lehrling in seiner Freizeit von allen werkgefährdenden Einflüssen abgeschlossen, indem ihm zur Pflicht gemacht wird, „so wie am Tage die Arbeit kameradschaftlich und mit frohen Mienen verbracht wird, am Abend und Sonntags die freien Stunden zusammen zu verbringen, um sich sportlich und beruflich zu betätigen“, während die „Jungmädchen“ des Werks zum Eintritt in die Jugendgruppen des Vaterländischen Frauenvereins aufgefordert und angehalten werden.

Die Schulung und Kontrolle des ausgelernten Arbeiters erfolgt sodann systematisch weiter durch Unfallverhütungspropaganda („Kommt ausgeruht zur Arbeit, dann seid ihr unfallsicher!“) und die Schaffung von Arbeitsbildern durch die Poppelreutersche Schauuhr, die jeden Arbeitsvorgang und jede Pause in einer Kurve festhält. Zusammenfassend sagt ein Satz der in der Ausstellung ausliegenden Gesolei-Sondernummer der „Hüttenzeitung“ der Abteilung Schalke der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft: „Sicherlich ist die Industrie keine soziale Einrichtung. Ihre vornehmste Aufgabe besteht darin, Güter und Gebrauchswerte zu schaffen...“

Aber dieser Satz ist ebenso mit Absicht dunkel gehalten wie die Inschrift in einer der Unternehmersausstellungen, in der Abteilung „Arbeiterschutz und Gewerbehygiene“, die sich im wesentlichen auf die Unfallverhütungspropaganda beschränken. Sie lautet: „60 Prozent aller Unfälle sind auf menschliche Eigenschaften zurückzuführen.“ In der Abteilung „Alkoholismus“, die übrigens in der Halle des Deutschen Brauerbundes, der das Bier als Volksnahrungsmittel propagiert, Lügen gestraft wird, ist eine Darstellung: „Lohntag.“ Neben einem auf der Erde liegenden betrunkenen Arbeiter steht eine weinende Mutter. Auf einer Tafel in der Abteilung „Soziale Fürsorge“ werden arbeitslose Proletarier, zerlumpt, die Hände in den Hosentaschen, den Rockkragen hochgeschlagen, dargestellt. Es liesse sich noch eine ganze Reihe Darstellungen, die den Arbeiter infamieren, aufzählen. Welche Vorstellung mag sich der Besucher, der von diesen Darstellungen kommt, von den menschlichen Eigenschaften machen, die 60 Prozent aller Unfälle verschulden? Er wird den Arbeiter persönlich für die Unfälle verantwortlich machen. Geht er aber eine Koje weiter, wird er in der Ausstellung, die die freien Gewerkschaften innerhalb der Abteilung „Arbeiterschutz und Gewerbehygiene“ und ausserhalb ihres eigenen Ausstellungshauses gemacht haben, auf Tafeln stossen, die eine Übersicht geben, wie sich die Unfälle auf die Tagesstunden und Wochentage verteilen. Und er wird sehen, dass die Unfälle mit den Arbeitsstunden und Wochentagen steigen, dass also die „menschlichen Eigenschaften“ eng mit der Arbeitszeit, ebenso wie die Krankheiten eng mit Arbeitszeit und Lohn zusammenhängen, dass also unter der schillernden Oberfläche der Werkswohlfahrt, der Werkserholungsheime, etwa der Textilindustrie, die Hölle

der Heimarbeit ist, die der Deutsche Textilarbeiter-Verband hart neben der prunkvollen Koje der deutschen Textilindustrie in der Abteilung „Arbeitsschutz und Gewerbehygiene“ zeigt.

Gerade diese Abteilung, in der Arbeitgeber und Arbeitnehmer neben Reich und Staaten ausstellen, beweist, wie taktisch richtig, ja notwendig es war, dass der ADGB. sich an dieser Ausstellung beteiligte. Sicherlich machen die modernen und verbesserten Maschinen einen gewaltigen Eindruck. Sie geben aber, aufgestellt in den Ausstellungshallen der Unternehmerverbände, kein Bild von der Lage des Arbeiters, sie geben vor allem kein Bild davon, wie gerade die ständige Forderung der Gewerkschaften den erhöhten *Arbeitsschutz und verbesserte Gewerbehygiene* den Unternehmern zur gesetzlichen Pflicht machte und so wesentlich zur Verbesserung der Maschinen beitrug.

III.

Das Haus des ADGB. fällt deswegen nicht nur wegen seines neuen Stils, sondern auch wegen seines Inhalts aus dem Rahmen dieser Ausstellung, obwohl das, was die Gewerkschaften ausstellen, durchaus zu dem Gebiet der Gesundheitspflege und sozialen Fürsorge gehört. Der Architekt Max Taut (Berlin) suchte einen neuen Stil des Ausstellungshauses, der sich nicht an Stile vergangener Epochen anlehnt, sondern aus dem Geist unseres industriellen Zeitalters gestaltet ist.

Stolz auf das bisher Erreichte zeigt in der grossen Mittelhalle der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in dem Brunnen der Gewerkschaften — jede Gewerkschaft wird durch eine Kugel versinnbildlicht und ist durch einen Stab mit der Spitzenkugel des ADGB. verbunden — ein Symbol seines Organisationsaufbaues. Grosse Tafeln an den Wänden der Mittelhalle geben eine instruktive Übersicht über die Tätigkeitsgebiete des ADGB.: Mitgliederbewegung, Finanzen seit 1891, Lohnbewegungen und Lohnkämpfe, Arbeitszeit, Bildungseinrichtungen, Arbeitersekretariate, Jugendbewegung usw. In den einzelnen Kojen stellen sodann die Einzelverbände aus. Sie zeigen auf künstlerisch ausgeführten Tafeln, was sie auf sozialem (Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, Schwangeren- und Jugendschutz) und kulturellem Gebiet (Eigenhäuser, Erholungsheime, Lesestuben) geleistet haben.

Grundverschieden von der Methode der Unternehmerausstellungen, zeigen diese Ausstellungen, dass Lohn und Arbeitszeit und gesteigerter Anteil am Produkt die Voraussetzung für die Gesundheit und wirkliche Produktionssteigerung sind, dass ausreichender Lohn und angemessene Freizeit die Voraussetzung für die seelische und kulturelle Existenz des Arbeiters sind, dass also die Gewerkschaften, indem sie um verbesserte Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen, um die Gesundheit und den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse kämpfen, ja dass sie um eine Produktionssteigerung kämpfen, indem sie um den seelisch und körperlich gesunden Arbeiter kämpfen. Klipp und klar beweisen die Statistiken dieses Hauses, wie durch zu niedere Löhne und zu hohe Arbeitszeit, schlechte Wohnung und Nahrung, Arbeitslosigkeit und Invalidität der körper-

liche und seelische Verfall der Arbeiterklasse verursacht und dadurch wiederum Staat und Kommune belastet werden, klar und deutlich freilich auch, wie bisher die Solidarität der Gewerkschaften die ärgste Not zu beheben suchte, und wie Schritt für Schritt Verbesserungen erkämpft wurden.

Offen muss aber ausgesprochen werden, dass die Ausstellung des ADGB. zuviel mit Zahlen arbeitet, dass ihr die einheitliche, klare, international leicht lesbare statistische Schriftsprache der Tabellen des Museums für Wirtschafts- und Gesellschaftskunde (Wien), die im „Österreichischen Haus“ wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge klarmachen, fehlt. Die Schaffung solch einer statistischen Hieroglyphenschrift, wie Genosse Dr. Neurath, der Leiter des Museums für Wirtschafts- und Gesellschaftskunde in Wien, diese statistische Einheitsschrift nennt, das Ausbilden ihrer Mitglieder im Lesen dieser Schrift, ja sogar die Forderung dieser Stoffgebiete im Lehrplan der Fortbildungs- und Berufsschulen werden Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften sein. Denn das Lesen solch einer Tafel, die einwandfreie wissenschaftliche Ergebnisse aus den Gebieten der Wirtschaft und Gesellschaft bildhaft und objektiv vermittelt, wird belehrender sein als manche Broschüre mit vielen Zahlen.

Ergänzt wird die Ausstellung des ADGB. durch eine kleine, aber wissenschaftlich sehr gründliche und darstellerisch sehr einfache Ausstellung der Arbeiterwohlfahrt Niederrhein. Diese Ausstellung der Arbeiterwohlfahrt unterscheidet sich wesentlich von allen anderen Abteilungen der Gesamtausstellung. Denn sie will nicht in erster Linie zeigen, was die Arbeiterwohlfahrt geleistet hat und leistet, sondern geht auf die Quellen der bestehenden Not zurück. Sie stellt fest, dass von 60,4 Millionen Einwohnern in Deutschland 34 Millionen erwerbstätig und von diesen 34 Millionen Erwerbstätigen 19,5 Millionen Proletarier sind. Nachdem sie das Existenzminimum (43,4 Mk. pro Woche) und den Durchschnittswochenlohn (42,9 Mk.) errechnet hat, stellt sie fest, dass das gesamte Proletariat chronisch gefährdet ist, dass eine chronische Not besteht, die sich in Nahrungsnot, Bekleidungsnot und Wohnungsnot gliedert. Arbeitslosigkeit und Krankheit machen diese latente Not zu einer akuten offenen. Alle beamtete und freie Wohlfahrt kann die tatsächlich bestehende Not nicht beseitigen: Die bestehende Not überragt die Wohlfahrtsstadt. Und so kommt die Ausstellung zu dem Schluss: Sicherung der Existenz, der Arbeit und der Kultur bringt nur der sozialistische Wohlfahrtsstaat. In diesem Sinne ist Sozialismus Ethos.

IV.

Zwischen diesen beiden Polen der Ausstellung: der Ausstellung „Industrielle Menschenführung“ und dem „Haus des ADGB.“, stehen in scheinbarer Neutralität die Ausstellungen der Staaten, der Städte und der behördlichen Verbände. Sie geben ein erschöpfendes, aber kaum zu überschendes Bild über den Stand der ärztlichen Wissenschaft, der Krankheiten und der Möglichkeit der Prophylaxe und der Heilung, von der ungeheuren körperlichen und seelischen Not, die die Schranken, die schützend vor bestimmten Klassen errichtet waren, zu zerbrechen und die Gesamtheit des deutschen Volkes zu gefährden droht.

V.

Die Tendenz, die die Unternehmer mit dieser Ausstellung verfolgen, kann man kurz mit einer Stelle aus der Eröffnungsrede des Industriellen Poensgen charakterisieren. Er sagte: „Leider sind die Mittel, die unserem verarmten Volke heute zur Linderung der sozialen Schäden zur Verfügung stehen, nicht unerschöpflich, sie müssen aufgebracht werden von dem gesunden und arbeitenden Teil des deutschen Volkskörpers, aber sie dürfen das Erzeugnis der deutschen Arbeit nicht so stark belasten, dass seine Wettbewerbsfähigkeit und damit sein Absatz gefährdet wird. Dieser Grenze sind wir in Deutschland bedenklich nahe, wenn wir sie nicht überschritten haben.“

Der preussische Ministerpräsident und Sozialdemokrat Otto Braun erwiderte diesen Angriff mit folgenden Sätzen:

„Man hört jetzt so oft in Wirtschaftskreisen bewegliche Klagen über zu grosse soziale Lasten, die zumeist in der Forderung nach Abbau unserer Sozialpolitik ausklingen. Diese Forderung geht fehl. Zugegeben ist, dass die Lasten jetzt sehr drückend sind und um so drückender werden, je schlechter es der Wirtschaft geht... Aber in keiner Zeit sind auch die Anforderungen an die soziale Fürsorge stärker und berechtigter als in der Zeit wirtschaftlicher Depression. Es wäre kurzsichtig, in solcher Zeit dem Abbau der sozialen Fürsorge das Wort zu reden; denn auf die Dauer kann im Rahmen der Weltwirtschaft nur das Volk lebensmutig und konkurrenzfähig bleiben, das in allen seinen Gliedern die Gedanken neuzeitlicher Gesundheitspflege und Fürsorgearbeit, die, wie ich glaube, ein Teil der so viel erörterten und überaus wichtigen Rationalisierung der Wirtschaft darstellen, begrüsst und freudig bejaht. Die aus dieser Bejahung entstehenden notwendigen Kosten müssen auch und vielleicht gerade von einem verarmten Volke nicht nur aus kulturellen und ideellen, sondern auch aus wirtschaftlichen und nüchtern berechnenden Gründen aufgewandt und getragen werden.“

Der Ministerpräsident Braun umriss mit diesen Sätzen die Aufgaben der Gewerkschaften: zu wachen über die Interessen der Arbeitenden, so wie sie bisher darüber gewacht haben.

VI.

Bis Ende August wurde die Ausstellung von über 5 Millionen Menschen besucht. Während der Ausstellungszeit finden mehrere hundert Kongresse in Düsseldorf statt. Man wird also nicht zu hoch schätzen, wenn man annimmt, dass beinahe eine Million Proletarier die Gesolei besucht haben wird. Die Kongresse geben dieser Ausstellung eine erhöhte Bedeutung. Die Teilnehmer der Kongresse, die, soweit sie gewerkschaftlich organisiert waren, durch Funktionäre geführt wurden, nahmen wertvolle Aufklärung mit nach Hause. Von selbst wirft sich die Frage auf, ob all das Material, das in dieser Ausstellung steckt, mit Schluss der Ausstellung irgendwo verstauben soll, oder ob es nicht möglich ist, die einzelnen proletarischen Abteilungen der Ausstellung als Wanderausstellung auf die Reise zu schicken.

Mundschau der Arbeit

SOZIALPOLITISCHE CHRONIK.

Arbeitszeit.

In *Belgien* hat sich im Juni die *Kammer* mit 119 gegen 3 Stimmen für eine vorbehaltlose Ratifizierung des Washingtoner Abkommens entschieden. Der Senat trat diesem Beschluss mit 103 gegen 16 Stimmen bei 11 Enthaltungen bei. Damit ist die Ratifizierung durch die übrigen grösseren europäischen Industrieländer wesentlich gefördert, denn *Belgien* fasste den Beschluss im Vertrauen auf die Versprechungen der an der Londoner Konferenz beteiligten Arbeitsminister. Allerdings hat *Italien*, das sich bereits bedingt für die Ratifizierung erklärte, am 29. Juni eine Verordnung erlassen, die die tägliche Arbeitszeit auf neun Stunden ausdehnt. Um so dringlicher ist, dass nunmehr *Deutschland* sein Wort einlöst und die Vorbedingungen für die Ratifizierung schafft. Der längst versprochene Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes ist noch nicht erschienen. — Trotz der grossen Arbeitslosigkeit überschreiten viele Betriebe die 48stündige Arbeitszeit, sehr oft unter Ausnutzung der Notlage der Arbeiter, ohne dass die Überarbeit durch behördliche Genehmigung oder Tarifvertrag legalisiert ist. Die behördlichen Aufsichtsorgane versagen gegenüber diesem Rechtsbruch, und die Beschäftigten scheuen aus Furcht vor Entlassung die Anzeige. Helfen kann angesichts der Arbeitslosigkeit einzig eine Notverordnung, die *generell jede Überschreitung* der 48-Stunden-Woche verbietet, solange noch Erwerbslose vorhanden sind. Eine vom *Hamburger Ortsausschuss* in der letzten Juniwoche für 12 Industrien durchgeführte Erhebung über den Umfang der Arbeitszeit zeigt, dass gegenüber früheren Feststellungen die 48-Stunden-Woche gegenüber der längeren Arbeitszeit wieder weiter Boden gewinnt. Mai 1924 arbeiteten 44,6 Prozent der erfassten Arbeiter über 48 Stunden, November 1924 42,5 Prozent. Im August 1925 war ihr Anteil auf 28,1 Prozent und November 1925 auf 25,6 Prozent gesunken.

Diese merkliche Verkürzung setzte sich also in der Zeit geringer Erwerbslosigkeit durch. Die jüngste Erhebung (Juni 1925) zeigt, dass noch immer 25,6 Prozent der Erfassten über 48 Stunden arbeiten, obwohl zur gleichen Zeit in Hamburg etwa 55 000 Erwerbslose unterstützt wurden. In der Metallindustrie arbeiteten 56 Prozent der Arbeiter mehr als 48 Stunden bei etwa 9000 erwerbslosen Metallarbeitern.

Lohnstatistik.

Leider fehlt uns noch immer eine brauchbare Statistik der deutschen Löhne. Während in der Vorkriegszeit die Lohnstatistik der Gewerkschaften immer weiter ausgebaut wurde, so dass eine Reihe sehr umfassender und wertvoller Arbeiten aus einzelnen Industrien vorliegt, liess die Nachkriegszeit diesen Zweig der gewerkschaftlichen Statistik leider verkümmern. Die Inflationszeit mit ihrem schnellen Wechsel der Nominallöhne und die letztvergangenen Jahre mit ihrem Lohnaufbau boten keine Möglichkeit, umständliche und zeitraubende Lohnstatistiken durchzuführen. So mussten sich sowohl die Gewerkschaften wie das Statistische Reichsamt darauf beschränken, die Entwicklung der *Tariflöhne* zu verfolgen. Da die *Tariflöhne* meist nur Mindest- oder Durchschnittslöhne, selten Normallöhne sind, konnte aus den Zusammenstellungen nicht auf die tatsächlichen Löhne geschlossen werden. Es war daher ein dankenswertes Unternehmen, wenn im Spätherbst des Vorjahres der Vorstand des ADGB. eine beschränkte Lohnerhebung durchführte. Diese Erhebung, deren wichtigste Ergebnisse soeben im Jahresbericht des ADGB. erschienen sind, ist aufgebaut auf 145 497 Lohnangaben (Lohntüten und Lohnzettel), die in den 54 Orten, auf die sich die fortlaufende Tariflohnstatistik erstreckt, aus 22 Berufsgruppen gesammelt wurden. Das Ergebnis zeigt ein starkes Abweichen der Löhne von den sich aus der *Tariflohnstatistik* ergebenden Durchschnittslöhnen. Der Gesamtdurchschnitt aus diesen Lohnangaben ergab unter Einschluss der Akkordarbeiter als Stundenlohn

für Gelernte und Angelernte über

18 Jahre	95,8 Pf.
für Ungerelente über 18 Jahre	76,3 "
für Arbeiterinnen über 18 Jahre	51,4 "
für Jugendliche, männliche (ohne Gelernte)	42,9 "
für Jugendliche, weibliche	35,7 "

Da diese Löhne in der ersten Novemberwoche 1925, unmittelbar vor Eintritt der Arbeitsmarktkrise, die in ihrem Verlauf einen erheblichen Lohnabbau zur Folge hatte, ermittelt wurden, lassen sich *nicht* ohne weiteres Schlüsse auf die *derzeitige* Lohnhöhe ziehen. — Auf Anregung des Reichswirtschaftsministeriums beabsichtigt das Statistische Reichsamt eine grössere Lohnerhebung durchzuführen auf Grund der Lohnlisten der Betriebe. Um die für eine so umfangreiche Statistik zweckmässigsten Methoden herauszufinden, soll eine Probeerhebung vorausgehen, die sich zunächst nur auf 232 grössere Betriebe aus den verschiedenen Zweigen der *Textilindustrie* in 14 Orten erstreckt. Es sollen hierbei die Löhne der letzten Augustwoche erfasst werden. — Eine Lohnstatistik anderer Art ist in den letzten Wochen durchgeführt worden. Es ist auf Wunsch des Reichstages von der Reichsarbeitsverwaltung als *Unterlage für die Entscheidung* über die Unterstützungssätze für Erwerbslose festgestellt worden, welche Löhne die am 2. Juli 1926 unterstützten Erwerbslosen vor Eintritt ihrer Erwerbslosigkeit bezogen. Da von 1,74 Millionen am 2. Juli Unterstützter für 1,61 Millionen Angaben einliefen, würde sich ein sehr wertvolles Teilbild über die Löhne in fast allen Berufen ergeben. Leider wird diese Lohnstatistik an dem Übel kranken, dass sie unvergleichbar Löhne aus den verschiedensten Phasen der letzten deutschen Lohnentwicklung umfasst. Je nachdem, ob der Erwerbslose zur Zeit der Erhebung seit einer Woche oder seit einem Jahr erwerbslos war, werden bald Löhne einer guten Konjunktur, bald die niedergedrückten Löhne der Krisenperiode in der Statistik nebeneinander verarbeitet. Eine wirklich brauchbare Lohnstatistik wird die umfangreiche Arbeit daher nicht ergeben.

Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist trotz Entlastung des Kohlenbergbaues und gesteigerter Anforderung der Landwirtschaft bis zum 15. August nur auf 1 604 300 gesunken. Da bereits in den nächsten Wochen mit dem Rückgang saisonmässiger Arbeitsgelegenheit, besonders in der Landwirtschaft, gerechnet werden muss, sind sogar weiteres Ansteigen der Arbeitslosenzahlen und weitere Versteifung des Arbeitsmarktes zu erwarten. Damit wird die Sorge um das Schicksal der langfristig Erwerbslosen, die die Höchstdauer der Unterstützung erschöpften, immer dringlicher. Die Zahl der „Ausgesteuerten“ ist schwer zu schätzen. Am 1. Mai 1926 unterstanden allein in Preussen 45 513 Ausgesteuerte der Wohlfahrtspflege. Das würde bedeuten, dass am 1. Mai ihre Zahl im Reichsgebiet etwa 75 000 betrug. Am 15. August d. J. waren von 1,6 Millionen Unterstützter etwa eine halbe Million länger als 26 Wochen, 115 000 länger als 39 Wochen und 12 500 länger als 50 Wochen unterstützt. Da die Höchstunterstützungsdauer 52 Wochen beträgt, würden in den nächsten Wochen allwöchentlich 7000 bis 8000 Erwerbslose aus der Erwerbslosenfürsorge ausscheiden. Gegen Ende des Jahres muss sich diese Zahl beträchtlich steigern. Die Gewerkschaften aller Richtungen fordern, dass eine generelle Verlängerung der Unterstützungsperiode eintritt. Die Regierung ist Gegner und will die „Ausgesteuerten“ der gemeindlichen Wohlfahrtspflege überwiesen wissen, wobei den Fürsorgeverbänden (unter im einzelnen noch nicht feststehenden Voraussetzungen) 50 Prozent der aufgewandten Fürsorgekosten aus Reichsmitteln ersetzt werden sollen. Die Gewerkschaften werden sofort nach Zusammentritt des Reichstages die grundsätzliche Verlängerung der Unterstützungsperiode und Verbleiben langfristig Erwerbsloser in der Erwerbslosenfürsorge zu erreichen versuchen. — Das von der Regierung versprochene Arbeitsbeschaffungsprogramm wirkt sich zurzeit auf dem Arbeitsmarkt noch nicht erkennbar aus. Nach eingehenden Berechnungen soll dieses Pro-

gramm etwa 270 000 Erwerbslosen Arbeit für acht Monate geben. Die nebenherlaufenden „verstärkten Notstandsarbeiten“, die schätzungsweise etwa 200 000 Erwerbslosen Arbeit geben sollen, kommen nur zögernd in Bewegung. Es ist sogar die bedauerliche Erscheinung festzustellen, dass seit Mai d. J., wo rund 170 000 Notstandsarbeiter beschäftigt wurden, diese Zahl andauernd sinkt. Am 15. August wurden nur noch 130 000 Arbeiter bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Da jedoch inzwischen die Zuteilung der verfügbaren Mittel erfolgte, ist eine Steigerung für die nächsten Monate zu erwarten. — Die Entscheidung über die sogenannte „Zwischenlösung“, die Bemessung der Unterstützungssätze nach Lohnstaffeln, hat der Reichstag ausgesetzt bis zum Vorliegen genaueren statistischen Materials über die finanzielle Auswirkung einer Staffelung. Es wird zu diesem Zweck eine Erhebung über die frühere Lohnhöhe aller am 2. Juli unterstützten Erwerbslosen (rund 1,7 Mill.) durchgeführt. Eingegangen sind 1,6 Millionen Angaben. Die Resultate dieser Erhebung sind erst Anfang November zu erwarten. Da sich diese Erhebung auch auf Alter, Gewerbe, Familienumfang und Unterstützungsdauer der Erwerbslosen erstreckt, wird sie für die Probleme der Erwerbslosenfürsorge ausserordentlich wertvolles Material bieten.

Schutz älterer Arbeiter.

Die aus der abnormen Arbeitslosigkeit der Angestellten entspringenen Forderungen nach einem wirkungsvollen Schutz älterer Angestellten haben bisher nur eine Teillösung gefunden. Das Gesetz vom 9. Juli 1926 bestimmt als Kündigungsfristen nach einer Beschäftigung von 5 Jahren 3 Monate, nach 8 Jahren 4 Monate, nach 10 Jahren 5 Monate und nach 12 Jahren 6 Monate. Es wird nur die Beschäftigung nach dem 25. Lebensjahr angerechnet. Der Angestellte kann seinerseits mit der vertraglich vereinbarten Frist kündigen. Die weiter gehenden Forderungen der Angestellten (Meldezwang offener Stellen, beschränkter Benutzungszwang des Nachweises, Einstellungszwang für über 40jährige, Abkehrgehalt usw.) kommen erst nach Wieder-

zusammentritt des Reichstages zur Entscheidung. Auch die Arbeitergewerkschaften beschäftigen sich eingehend mit der Frage des Schutzes älterer Arbeiter. Die Verhandlungen hierüber sind noch nicht abgeschlossen. Sie bewegen sich gleichfalls in der Richtung eines Einstellungszwanges für ältere Arbeiter, Melde- und Benutzungszwang in der Arbeitsvermittlung und Beschränkung der Arbeitszeit.

Knappschaftsversicherung.

Am 22. Juni nahm der Reichstag mit 320 gegen 58 Stimmen die Novelle zum Reichsknappschaftsgesetz an. Durch die Neuordnung wird die bisherige *Parität* in der Selbstverwaltung, die der anteilhaftig *gleichen* Kostentragung durch Versicherte und Unternehmer entsprach, beseitigt. An die Stelle der Hälftelung tritt die Bestimmung, dass die Versicherten *drei Fünftel* der Kosten tragen, und dass ihnen hierfür ein entsprechendes Übergewicht in der Verwaltung zufällt. Die Krankenversicherung, die bisher zu in der paritätischen Verwaltung unlösbaren Konflikten führte, ist nunmehr wesentlich verbessert. In der Pensionsversicherung sind wesentliche Änderungen durchgeführt (Beseitigung der viel umstrittenen *Rentenhäufung*, Verbesserung beim Sterbegeld, Gewährung ärztlicher Hilfe und Arznei an die Pensionäre, Beseitigung der Doppelversicherung der Angestellten). Dauerlich ist, dass die Novelle die bisher einheitliche Versicherung in zwei gesonderte Zweige für Arbeiter und für Angestellte bringt. Hier glaubten die von den bürgerlichen Angestelltenverbänden beeinflussten Gesetzgeber wieder einmal, eine erwünschte Gelegenheit zu finden, aus *pöttischen* Beweggründen die Arbeiter von den Angestellten absondern zu müssen. Die Anträge zur Novellierung des Gesetzes gingen in erster Linie von den Unternehmern aus, die eine Senkung der angeblich unerträglich hohen Soziallasten herbeiwünschten. Tatsächlich werden durch die Novelle Mehrlasten entstehen, die von der Regierung auf 18 Millionen Mark, von den Unternehmern auf 40 Millionen Mark jährlich geschätzt werden.

Streit um die Zuständigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation.

Eine wichtige Entscheidung über die Zuständigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation fällt der Internationale Gerichtshof. Anlässlich des Verbotes der Nachtarbeit in Bäckereien hat die Internationale Arbeitsorganisation wiederholt ihre Beschlüsse über das Nachtbackverbot auch auf die Bäckereiunternehmer ausgedehnt. Die Unternehmervorteiler, assistiert von einigen Regierungsvertretern, bestritten das Recht, die *Unternehmertätigkeit* durch ein *Arbeiterschutzgesetz* einzuschränken. Dem zur Entscheidung angerufenen Internationalen Gerichtshof wurde folgende Frage vorgelegt: „Ist die Internationale Arbeitsorganisation zuständig, eine Regelung auszuarbeiten und vorzuschlagen, die zur Sicherung des Schutzes der Lohnarbeiter gleichzeitig die von den Meistern geleistete gleiche Arbeit umfasst?“ Der ständige Internationale Gerichtshof beim Völkerbund hat am 23. Juli 1926 diese Frage *bekannt*. Er schlussfolgert, dass, abgesehen vom Grundgedanken des Friedensvertrages, der die Möglichkeit gibt, Massregeln zum Schutz der Lohnarbeiter zu treffen, die zugleich eine Regelung der Arbeit der Arbeitgeber in sich schliessen, eine solche Regelung schon aus dem Grunde nicht untersagt sein kann, weil der Schutz der Arbeiter unter Umständen eine Regelung der Arbeitszeit des Arbeitgebers in sich schliessen wird (Ladenschluss, Ruhetag und dergleichen). Diese Entscheidung geht an Bedeutung für die sozialpolitischen Arbeiten der Internationalen Arbeitsorganisation weit über den besonderen Fall des Nachtbackverbotes hinaus.

BERUF UND BERUFSBILDUNG.

Richard Seidel.

Solange der Beruf das Lebenszentrum des Menschen bildet, solange die Idee, die harmonische Persönlichkeit wirke sich schöpferisch in ihrem Berufe aus, mit der Wirklichkeit übereinstimmt—solange ist es möglich, dass Berufsbildung und Menschenbildung eine Einheit darstellen. Und je mehr infolge

einer fortschreitenden Entwicklung der Arbeitsorganisation der Gesellschaft die Berufe sich äusserlich mehr und mehr voneinander sondern, um innerlich zu wachsen, je mehr also fortschreitende Arbeitsteilung in der Gesellschaft darum notwendig ist, weil die Erfordernisse des Berufes an Kunstfertigkeit, Geschicklichkeit, an Können jeglicher Art sich mehren und daher in steigendem Masse das Leben des Berufsangehörigen ausfüllen, um so mehr kann Berufsbildung zugleich Menschenbildung sein.

Wir wissen aber, dass der Entwicklungswandel der Gesellschaft, der solche Arbeitsteilung hervorgebracht hat, rastlos fortgeschritten ist, um die von ihm geschaffenen Berufsgliederungen wieder zu überwinden, um neue Berufe hervorzubringen, andere auszumerzen. Nicht alle Berufe werden davon in gleicher Weise betroffen. Auf diesem Wege werden einige Berufe in ihrem geistigen Inhalt, der Lebensinhalt des Berufsangehörigen ist, verändert, andere jedoch dieses Inhalts völlig beraubt und damit *der Eigenschaft, dem Berufsangehörigen ein Lebenszentrum geben zu können, entkleidet*. Die Berufe des Arztes, des Juristen, um nur einige Beispiele zu nennen, haben diese Eigenschaft auch heute vielleicht noch in vollem Masse, während jedoch zahlreiche in der Fabrik geübte Arbeiterberufe sie in keiner Weise mehr besitzen. Wir hören täglich die Klagen über die „Entseelung“ der Arbeit der grossen Masse aller Arbeitenden, und wir beobachten allerwärts Bemühungen, die sich zum Ziele gesetzt haben, der Arbeit wieder geistigen Inhalt und dem Leben des arbeitenden Menschen damit vom Beruf her wieder Impuls zu verleihen.

Wir halten diese Bemühungen und Hoffnungen für stark utopisch, denn wir stimmen überein mit Staatssekretär *Hoover*, der daran erinnert, „dass die Neigung unserer jetzigen Maschinenproduktion dahin geht, den Schaffensinstinkt in ihren Arbeitern zu töten, die Arbeitsgrenzen in ihren Handwerken zu verkleinern und jene Hilfe, die uns ihr Geist ebenso wie ihre Hände geben könnten, fortzuwerfen“.

Für die *Berufsbildung* in Berufslehre und Berufsschule entsteht hieraus eine schwierige, fast unmögliche Situation. Besonders für die letztere, denn die Berufslehre behält wenigstens für den einen Teil, den sogenannten Lehrherrn, ihren Wert, indem sie ihm zu billigen Arbeitskräften verhelfen. *Wozu aber soll denn unter solchen Verhältnissen die Berufsschule ihre Zöglinge aus den Reihen der Jugend der Arbeiterklasse überhaupt noch ausbilden, wenn von ihnen in ihrem späteren Beruf nur die ewige Wiederholung weniger Handgriffe gefordert wird, wenn, wie Ford hervorhebt, auch Arm- und Beinlose noch manches verrichten können, was die moderne Fabrik vom Arbeiter verlangt, und wenn es wahr ist, dass sich die geistig anspruchslosen als Arbeitskräfte häufig besser bewähren als die geistig Regsamern, wie von Praktikern aus Unternehmerkreisen wiederholt festgestellt wurde?*

Anna Siemsen hat den Beziehungen zwischen Beruf und Erziehung ein Buch gewidmet, das auch auf diese Frage der Arbeiterberufsbildung eingeht¹⁾. Der Sinn ihrer Untersuchungen sei, schreibt die Verfasserin, festzustellen, „wie der Widerspruch zwischen dem Bedürfnis der Menschen nach allseitiger Entwicklung und nach umfassender schöpferischer Wirksamkeit und den Erfordernissen des Berufes sich um so schärfer entwickelt hat, je mehr der Beruf zusammenschrumpft zu einer Erwerbsgelegenheit, die *Zeit und Kraft des Menschen verbraucht, ohne seinem Leben Sinn und Inhalt zu geben*“. Die Darstellung der Entstehung dieser Spannung zwischen Leben und Beruf sowie der gegenwärtigen Berufslage des Arbeiters ist der Verfasserin vortrefflich gelungen. Wir sagten aber schon, dass die Lage, wie sie sich allmählich entwickelt hat, nicht für alle Berufe gleich ist. Der Grad der inneren Beziehungslosigkeit des Arbeiters zur Arbeit steigert sich von Beruf zu Beruf und erreicht seinen Höchstgrad bei den ungelerten Berufen, sofern hier der Begriff Beruf überhaupt noch an-

wendbar ist. Und darum konzentriert sich auch das Berufserziehungsproblem „in der Frage der Ungerelerten, deren Masse am reinsten den Charakter des Proletariats zeigt, der aus dem Beruf in ein jederzeit lösbares, zufälliges und inhaltleeres Lohnverhältnis gedrängt ist“. (Seite 162.) Das Ziel aller in dieses Gebiet fallenden Bemühungen muss auf diesen schwierigsten Punkt des Problems gerichtet sein. Gelingt es, hier einen Ausweg zu finden, so dürfte der Ausweg damit zugleich für alle Berufe gegeben sein. Wie aber kann es gelingen?

Anna Siemsen erinnert zunächst an die Bedeutung des Wirkens der *gewerkschaftlichen Organisationen* für Berufsbild und Berufslage des Arbeiters. „In dem Augenblick, wo die Arbeiter sich zusammenschließen und ihre Organisation auf die Berufslage einzuwirken vermag, wird ihre Haltung zur Organisation mitentscheidend über ihre Berufsqualität. Tüchtiger Fachmann und guter Kollege, das umschreibt das Berufsbild. Und je stärker die Organisation bestimmend wird für die Berufslage, desto mehr rückt diese Haltung zu ihr in die erste Linie, noch nicht vielleicht für den individuellen Erfolg, aber durchaus für die soziale Wertung des einzelnen. *Damit ist ein gänzlich geändertes Berufsethos gegeben.*“ (S. 181.)

Es soll von uns am wenigsten bestritten werden, dass das in schwachen Resten immer noch vorhandene Gefühl der Zugehörigkeit zum Beruf, das für den Entschluss, sich zu organisieren, so wichtig ist, von neuem gestärkt wird durch die Zugehörigkeit zur Organisation, und zwar um so mehr, je mehr die Organisation Einfluss auf die soziale Lage im Beruf gewinnt. Ist es doch selbst ungelerten Gruppen gelungen, auf dem Wege über die Organisation zu einem stark entwickelten Berufsgefühl zu gelangen. Wir dürfen aber nicht übersehen, dass es nicht der Beruf ist, der auf solche Weise dem Leben des Arbeiters wieder Inhalt und Sinn gibt, sondern die *Organisation*; auf den Beruf fällt nur insofern ein Schimmer dieses neuen Glanzes, als Beruf und Organisation übereinstimmen.

¹⁾ „Beruf und Erziehung.“ Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin 1926.

Wie stark diese Übereinstimmung in einem tieferen Sinne als dem der Übereinstimmung der äusseren Begrenzung beider trotz allem noch ist, spüren wir an dem Sträuben mancher alten Berufsorganisation gegen ein Aufgehen in der grösseren Einheit der Industrieorganisation. Gleichzeitig aber spüren wir an der bei anderen Berufen sehr lebhaften Verschmelzungstendenz noch stärker fast das *Schwinden* der Berufsgrenzen. Das bestätigt nur unsere Meinung, dass das Berufsbild keinesfalls überall gleich ist, dass nicht alle Berufe in gleichem Masse ihrer Eigenschaft, Lebenszentrum des Arbeiters zu sein oder doch seinem Lebenszentrum nahezustehen, entkleidet sind.

Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die allgemeine Tendenz zum Schwinden der Berufsgrenzen und zur Auflösung der alten Berufe neigt. Und diese Tendenz muss für die *Berufsbildung* bestimmend sein. Erziehung muss stets zukunftsgerichtet sein, denn sie bildet den jungen Menschen für sein Dasein im späteren Alter, für seine kommende gesellschaftliche Aufgabe. Was das bei dem hastigen Tempo der gegenwärtigen Entwicklung bedeutet, liegt auf der Hand.

Daran denkt wohl Anna Siemsen, wenn sie — an verschiedenen Stellen — schreibt, es käme darauf an, den Arbeiter von der Berufssolidarität zur Klassensolidarität, vom Gefühl der Zugehörigkeit zum Beruf zum Bewusstsein der Zugehörigkeit zur Klasse zu führen, und unsere Aufgabe bestehe darin, „die Berufe *aus ihrer Isolierung zu lösen* und aufs neue zu vermenschlichen“.

Wir sind damit einverstanden, möchten aber lieber sagen: die Aufgabe besteht darin, die *Arbeit* — nicht die Berufe — aufs neue zu vermenschlichen. Denn es kommt darauf an, dass sich der Arbeiter weniger als Berufszugehöriger und mehr *als Produktionskraft überhaupt* erkennt. Als Produktionskraft, die nicht nur im Beruf, sondern in der gesamten Wirtschaft schöpferisch wirkt, indem der Arbeiter mitbestimmend eingreift in die Regelung aller Beziehungen, die sich aus dem Zusammenwirken aller Faktoren

des Wirtschaftslebens ergeben. Auf solche Weise werden die Berufe aus ihrer Isolierung gelöst, und von solchem Bewusstsein seines Gewichts als Produktionsfaktor können auch dem Seelenleben des Arbeiters neue Impulse zugeführt, kann sein Lebens- und Schaffenswille neu gestärkt, die Arbeit aufs neue vermenschlicht werden. Daraus vermag zwar kein neues Berufsethos, aber ein *neues Wirtschaftsethos* von unendlich belebender Kraft zu entstehen. Es ist jedoch nicht unmöglich, dass dadurch auch dem individuellen Beruf des Arbeiters wieder ein neuer Wert hinzugefügt wird. Die Organisation ist dem Arbeiter das Mittel zu diesem Zweck, denn ihr Ziel ist es, ihn zum Range des vollberechtigten Wirtschaftsbürgers zu erheben. In ihrem Handeln zeigt sie ihm den Weg zu solchem Ziel, denn dieses Handeln greift bereits weit hinaus über das Berufsinteresse im überkommenen Sinne des Wortes.

Wirtschaftsbürger in solchem Sinne zu sein — das ist der zukünftige „Beruf“ des Arbeiters, dazu ist er berufen. Sodann ist damit aber auch die Aufgabe der Berufsschulung gegeben, und hier begegnen wir uns wieder mit Anna Siemsen.

Sie erinnert (Seite 200) an das Verdienst *Kerschensteiners*, die Scheidung zwischen allgemeiner und Berufsbildung durchbrochen zu haben, „indem er von der gesellschaftlichen Aufgabe des Schülers ausging und forderte, dass diese seine künftige gesellschaftliche Arbeit als Lebens- und daher auch als Bildungszentrum zu fassen sei“. Der Schüler ist ihm der *werdende Staatsbürger*, und dieser künftige Bürger ist von dort aus zu bilden, worin sein Bürgertum sich gründet. Das ist seine gesellschaftliche Arbeit. Diese aber ist nach Kerschensteiner noch bezeichnet durch seinen individuellen Beruf. Er glaubt daher, ihn zum Bildungszentrum machen zu können. Anna Siemsen meint jedoch, Kerschensteiners Erziehungsidee bedürfe einer Korrektur durch eine andere Berufsauffassung (Seite 202). Sie führt das im einzelnen näher aus, aber ihre Darlegungen umschreiben nur mit anderen

Worten das, was wir als den zukünftigen Beruf des Arbeiters, als die zukünftige gesellschaftliche Stellung des Berufsschülers genannt haben: sein Wirtschaftsbürgertum. Gegenstand der Berufsschulung muss — neben der fachlichen Unterweisung — alles sein, dessen der Arbeiter bedarf, um seinen künftigen Beruf auszuüben: Wirtschafts- und Gesellschaftskunde im allgemeinen sowie die Erkenntnis über die Stellung des Arbeiters im Produktionsprozess, die Bedeutung und Aufgabe seiner Organisation im gesellschaftlichen Leben, die gesellschaftliche Funktion und das Recht des Arbeitsvertrages und anderes mehr im besonderen. Die vom Breslauer Gewerkschaftskongress zur Frage der Berufsschule angenommene Entschliessung erhebt die gleichen Forderungen, und wir würden es nicht für unangemessen halten, wenn ein — gleichfalls vom Breslauer Kongress gefordertes — Berufsschulgesetz des Reiches bestimmen würde, dass die Gewerkschaften bei der Leitung des Berufsschulwesens in einer dem Charakter eines Bildungsinstituts entsprechenden Form *mitzuwirken* berechtigt sind.

SOZIALPOLITIK IN JAPAN.

H. Fehlinger.

Ohne die auswärtigen Besitzungen hat Japan fast 60 Millionen Einwohner, wovon etwa die Hälfte landwirtschaftlich tätige Personen und ihre Angehörigen sind. Andererseits finden in Handel, Industrie und Verkehrswesen bereits über 20 Millionen Personen ihren Unterhalt. Die Gewerbe werden zu einem grossen Teil noch handwerklich betrieben. Die moderne Industrie fand erst seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, nach dem Sturz des Schogunats, Eingang in Japan, nahm aber seitdem einen bedeutenden Aufschwung, ganz besonders während des Weltkrieges. Die wichtigsten Industrien sind die Textilindustrie, die weiterverarbeitende Metallindustrie und die chemische Industrie. Die Zahl der industriellen Betriebe mit mehr als je fünf beschäftigten Personen betrug 1909 32 228 mit 800 637

Arbeitern; 1922 war die Zahl der Betriebe (einschliesslich der Motorenbetriebe mit weniger als sechs Personen) auf 46 427, die Zahl der Arbeiter auf 1 691 019 gestiegen. In Bergwerksbetrieben waren 1922 301 321 Arbeiter tätig. Der Handel beschäftigt mehr als eine Million Arbeiter, das Verkehrswesen nahezu eine Million.

Die Sozialpolitik folgte der Entfaltung der Wirtschaft nur zögernd, und noch heute gibt es in Japan erst wenige Arbeiterschutzgesetze. Was in dieser Hinsicht zu verzeichnen ist, wird in einem eben erschienenen Buch von Dr. Iwao F. Ayusawa anschaulich geschildert¹⁾, dem wir folgende Angaben entnehmen:

Der erste Schritt auf dem Wege zur Beschränkung der Freiheit der Anwendung der Arbeitskraft wurde 1899 mit den auf die Seeleute bezüglichen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches getan. Der nächste Schritt war das Berggesetz von 1905, dem 1911 das Fabrikgesetz folgte, zu welchem die Durchführungsverordnung 1916 erlassen wurde, gleichzeitig mit weiteren Vorschriften über die Regelung der Arbeit im Bergbau und die Einführung einer Bergpolizei. Das war alles, was bis zum Kriegsende an Arbeiterschutzgesetzen vorhanden war.

Neue Anregung erhielt die japanische Sozialpolitik durch die Internationale Arbeitsorganisation. Als deren erste Konferenz im Herbst 1919 zu Washington tagte, wurden Japan auf Grund der Satzungsbestimmung, dass bei Aufstellung internationaler Übereinkommen usw. „auf jene Länder Rücksicht zu nehmen ist, wo sich infolge des Klimas, der unvollkommenen Organisation der Wirtschaft oder anderer besonderer Umstände die Wirtschaftsverhältnisse wesentlich abweichend (von jenen der hochentwickelten Länder) gestalten“, Vergünstigungen hinsichtlich der internationalen Übereinkommen, betreffend die gewerbliche Arbeitszeit, die Nachtarbeit der Jugendlichen und das Zulassungsalter für gewerbliche Arbeit, zu-

¹⁾ Ayusawa: Industrial Conditions and Labour Legislation in Japan. Genf 1926. Internationales Arbeitsamt.

gestanden, obwohl der japanische Arbeiterdelegierte hiergegen protestiert und damit gewiss nicht nur die Auffassung der Arbeiterklasse, sondern der fortschrittlichen Kreise seines Landes überhaupt vertreten hatte.

Eine Reihe sozialpolitischer Gesetze, die in den letzten Jahren erlassen wurde, geht unmittelbar auf arbeitsrechtliche Beschlüsse der Internationalen Arbeitskonferenzen zurück. Dazu gehören die Gesetze über öffentliche Arbeitsnachweise und das Verbot der Verwendung von weissem (gelbem) Phosphor in der Zündholzfabrikation von 1921; das Gesetz über Arbeitsvermittlung für Seeleute von 1922; die Novelle zum Fabrikgesetz; die Gesetze, betreffend das Mindestalter für gewerbliche Arbeit, das Mindestalter für seemännische Arbeit und die gesundheitliche Eignung auf Schiffen beschäftigter Jugendlichen vom Jahre 1923. Ausserdem kam 1922 ein Krankenversicherungsgesetz zustande. Noch nicht erledigte Gesetzentwürfe haben das Gewerkschaftsrecht und die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten zum Gegenstand. Eine Verordnung des Ministeriums des Inneren, die 1925 in Kraft trat, bezieht sich auf die Überwachung der Arbeiteranwerbungen. Die Novelle zum Fabrikgesetz und das Gesetz, betreffend das Mindestalter für gewerbliche Arbeit wurden am 1. Juli 1926 wirksam.

Die gesetzliche *Beschränkung der Arbeitsdauer* kommt in Japan nur jugendlichen Personen und Frauen zugute. Das Fabrikgesetz von 1911, das für Betriebe mit mehr als 15 beschäftigten Personen galt, schrieb einen Maximalarbeitstag von 12 Stunden für Jugendliche unter 15 Jahren und Frauen vor. Mit der Novelle von 1923 wurden dem Gesetz alle Betriebe mit mindestens 10 Personen unterstellt, und die längste tägliche Arbeitszeit der bis 16jährigen Jugendlichen und der Frauen wurde auf 11 Stunden herabgesetzt. In Bergwerksbetrieben — die 1922 76 199 weibliche Personen beschäftigten — gilt noch der zwölfstündige Maximalarbeitstag für Frauen und Jugendliche.

Die Nachtarbeit der geschützten Personen war im Fabrikgesetz von 1911 zwischen 10 Uhr abends und 4 Uhr früh verboten; die Novelle von 1923 erstreckte das Verbot bis 5 Uhr früh und beseitigte eine Reihe von Ausnahmen. Die Arbeitspausen müssen bei länger als sechsständiger Arbeitszeit 30 Minuten und bei länger als zehnstündiger Arbeitszeit eine Stunde betragen. Monatlich sind zwei bis vier Ruhetage freizugeben.

Das Washingtoner internationale Übereinkommen, betreffend die gewerbliche Arbeitszeit, das den Achtstundentag und die 48-Stunden-Woche als Regel erklärt, sieht zugunsten Japans eine Einschränkung des Kreises der Betriebe vor, für welche das Übereinkommen zu gelten hat, ferner eine längere Arbeitsdauer, und zwar für über 15 Jahre alte Personen die 57-Stunden-Woche, in der Rohseidenindustrie die 60-Stunden-Woche, für Personen unter 15 Jahren und für Untertagarbeiter in Bergwerken ohne Unterschied des Alters die 48-Stunden-Woche. Auch ist ein 24stündiger Ruhetag in jeder Woche vorgesehen. Das japanische Fabrikgesetz entspricht diesen Bestimmungen auch in seiner abgeänderten Form noch nicht.

Ayusawa untersucht in seinem Buch, inwieweit die vorherrschende Meinung berechtigt ist, dass in Japan eine übermässig lange Arbeitsdauer herrsche, mit der dieses Land einen Vorteil im Wettbewerb gegenüber dem Ausland besitze. Eine Erhebung des Ministeriums für Landwirtschaft und Gewerbe, die sich auf Ende 1921 bezieht und 80 597 Betriebe erfasste (also erheblich mehr als die Gesamtzahl der Betriebe mit mindestens je sechs beschäftigten Personen), hatte folgendes Ergebnis:

	Betriebe überhaupt	Prozent
Es hatten eine tägliche Arbeitsdauer von		
8 Stunden oder weniger	17 156	21,5
über 8 bis 9 Stunden..	16 283	20,3
über 9 bis 10 Stunden..	24 763	30,8
über 10 bis 12 Stunden..	18 093	22,6
über 12 Stunden	3 744	4,8

Die Zahl der Arbeiter mit einer bestimmten Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit wird nicht mitgeteilt.

In Osaka, einem der wichtigsten Industriezentren des fernen Ostens, herrschte vom November 1924 bis April 1925 nach einem Bericht der dortigen Handelskammer in den meisten Gewerben der Zehnstundentag vor; auch der Neunstundentag wurde noch verhältnismässig oft angegeben, während eine längere oder kürzere Arbeitszeit selten war.

Aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten geht hervor, dass 1922 in 577 Fabriken von 327 700 Personen Nachtarbeit geleistet wurde; in der Weberei und Färberei allein leisteten 295 657 Personen Nachtarbeit, in der chemischen Industrie 19 146.

Das *Mindestalter* für die Zulassung von Kindern zu gewerblicher Arbeit, das früher 12 Jahre war und in Ausnahmefällen geringer sein konnte, ist 1923 auf 14 Jahre erhöht worden mit der Berechtigung, über 12 Jahre alte Kinder zur Arbeit verwenden zu dürfen, wenn sie die Volksschule absolviert haben. Bei Inkrafttreten des Gesetzes hatten in Betrieben mit insgesamt 1 488 000 Arbeitern 21 000 Kinder, welche den Anforderungen nicht entsprachen, die Arbeit zu verlassen. Eine Statistik von 1922 ergab neben 1 405 864 über 16 Jahre alten 295 155 unter 16 Jahre alte Personen in gewerblichen Betrieben (darunter 233 251 Mädchen). In der Seeschifffahrt dürfen weniger als 14 Jahre alte Kinder nicht beschäftigt werden.

In Bergwerken waren 1922 unter 301 321 beschäftigten Personen 3284 Kinder unter 15 Jahren; von diesen waren 556 weniger als 14 Jahre alt.

Auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge hat Japan die internationalen Übereinkommen von Washington und Genua, betreffend Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, ratifiziert. Ausser örtlichen öffentlichen Arbeitsnachweisen wurde ein Zentralarbeitsnachweis in Tokio errichtet. Auch ein Beirat für Arbeitslosenfragen wurde eingesetzt. Eine Anordnung vom 27. Juni 1925 ermächtigt die öffentlichen Arbeitsnachweise, den durch sie

vermittelten Gelegenheitsarbeitern den Tagelohn vorschussweise zu zahlen, um damit einem Unfug zu steuern, welcher darin bestand, dass sich häufig der Vorarbeiter bei Vorschussgewährung eine Kommission von 20 bis 50 Prozent vom Lohne des Arbeiters abzog.

Von den gesetzlichen Bestimmungen über *Betriebsicherheit* und *Gewerbehygiene* ist die wichtigste jene, betreffend die Gewerbeaufsicht. Das Zentralaufsichtsamt besteht aus 15 Beamten, wozu noch 294 örtliche Aufsichtsbeamte kommen. Wegen Verstoss gegen die geltenden Vorschriften wurden 1923 in 424 und 1924 in 433 Fällen Strafen verhängt.

Die Zahl der tödlichen *Unfälle* in Fabriken schwankt von Jahr zu Jahr sehr; seit Kriegsende war sie 1919 am höchsten (696) und 1921 am kleinsten (207). Die Zahl der sonstigen Unfälle bewegte sich zwischen 93 411 1919 und 31 085 1922. Im Bergwerksbetrieb kamen 1921 694 tödliche, 5816 schwere und 169 614 leichte Unfälle vor.

Die Entschädigung der Betriebsunfälle wird durch die Fabrik- und Berggesetze geregelt. Die Arbeiter in der Landwirtschaft, im Handel, in Handwerksbetrieben mit weniger als 10 Personen, in der häuslichen Dienstleistung usw. erhalten nach Arbeitsunfällen keine Entschädigung. Bei Unfällen in Betrieben, die den Fabrik- und Berggesetzen unterstehen, werden bis zur Dauer von drei Jahren Renten gezahlt; währt die Erwerbsbeeinträchtigung länger, so werden geringe Abfindungssummen gezahlt, und zwar im Ausmass des 30- bis 170fachen Tagelohnes. Bei tödlichen Unfällen erhalten die Hinterbliebenen einen Betrag in 170facher Höhe des Tagelohnes. Man sieht, Menschenleben werden noch sehr billig bewertet.

Das Krankenversicherungsgesetz von 1922 wird erst am 1. Januar 1927 in Wirksamkeit treten. Der Versicherungspflicht unterliegen Arbeiter sowie Angestellte mit Jahresgehältern bis 1200 Yen der Bergwerks- und Fabrikbetriebe, Bauten, Transportbetriebe zu Land, Verladebetriebe, Betriebe der Erzeugung und Übertragung von Kraft und

anderer Betriebe, die durch Verordnung bezeichnet werden. Die Lasten der Versicherung werden je zur Hälfte von den Versicherten und ihren Arbeitsanwendern getragen; der Staat leistet einen Zuschuss von 10 Prozent der Unterstützungsausgaben, doch nicht mehr als 2 Yen pro Kassenmitglied und Jahr. Unternehmer mit mindestens 300 versicherten Personen können, solche mit über 500 versicherten Personen müssen Betriebskassen errichten. Der Staat übernimmt die Durchführung der Versicherung für die ausserhalb der Betriebskassen stehenden Versicherten. Die Leistungen bestehen in Arzthilfe, Krankengeld von 60 Prozent des Lohnes, Mutterschaftsunterstützung, evtl. Anstaltsverpflegung und Sterbegeld bis zum Höchstbetrage von 20 Yen.

Gewiss bleibt in Japan auf dem Gebiete der Sozialpolitik noch manches zu leisten. Aber es ist zu bedenken, dass die Traditionen dieses Landes wesentlich andere sind als in Europa, und dass die „Umstellung“ eben wegen des mächtigen Einflusses der Überlieferung nicht sehr rasch erfolgen kann.

Gegenwärtig sind Japan und Britisch-Indien die einzigen Länder Asiens, die sich um den Schutz ihrer lohnarbeitenden Menschen bemühen.

SCHRIFTENÜBERSICHT.

Wl. Woytinsky: „Die Welt in Zahlen.“ Drittes Buch: Die Landwirtschaft. Rudolf Mosse, Buchverlag, Berlin. 320 Seiten.

Nach den ausführlichen Besprechungen, die den ersten beiden Bänden des Werkes hier zuteil wurden (1925, Seite 588, und 1926, Seite 213), darf der dritte Band kürzer behandelt werden. Er stellt die Landwirtschaft als Teil der Gesamtwirtschaft dar, die Verteilung des Bodens nach Benutzungsart und Besitzverhältnissen, die wichtigsten Zuchtplanzen, Viehzucht, Forstwirtschaft, Fischerei, endlich die Beziehungen aller Produkte zum Welthandel. Auch dieses Buch besticht durch blendende Grosszügigkeit und hinreissende Darstellung. Dass es zwar seinen Rahmen sehr weit gesteckt hat, ihn aber in manchen Einzelheiten nicht mit der

wünschenswerten Gründlichkeit auszufüllen vermochte, wird die meisten Leser nicht stören. Denn es ist ja hauptsächlich dazu bestimmt, ein ungefähres, aber reichhaltiges Bild der Landwirtschaft rund um den Erdball zu vermitteln. Und dieser Zweck wird in vollstem Masse erreicht.

Dr. Hans Arons.

Wirtschaftspolitische

Veröffentlichungen der Gewerkschaften.

„Die Zolltarifsätze europäischer Länder und Nordamerikas, betreffend die wichtigsten Zweige der Eisen- und Metallindustrie. Zusammengestellt nach dem Stande vom 15. Mai 1926.“ Herausgegeben vom Internationalen Metallarbeiterbund, Sekretariat Bern, Monbijoustrasse 61. 78 Seiten.

Das Heft stellt eine nützliche Materialsammlung dar. Abgedruckt sind für 11 europäische Länder und die Vereinigten Staaten von Amerika die in Betracht kommenden Zolltarifnummern für Roheisen, Halbzeug, Maschinen, Fahrzeuge und ähnliche wichtige Erzeugnisse der eisenschaffenden und eisenverarbeitenden Industrie. Eine Umrechnungstabelle erleichtert den Vergleich mit den deutschen Zollsätzen. Für die Vereinigten Staaten wäre erwünscht die Hinzufügung einer Umrechnungstabelle für Gewichte und die Angabe, ob es sich um long tons oder short tons handelt. Wenngleich mit dem Fortschreiten der Handelsvertragsverhandlungen die Zollsätze Ermässigungen zu erfahren pflegen, das Material also allmählich veraltet, ist die Zusammenstellung zu begrüssen. Sie wird nicht nur in Metallarbeiterkreisen Anklang finden, sondern auch bei anderen Verbänden, die sich über Zollsätze für Textil-, Landwirtschafts- und andere Maschinen unterrichten wollen.

„Die Gesetzgebung der einzelnen Länder zur Abwehr des Dumpings, insbesondere des Valutadumpings.“ Herausgegeben vom Internationalen Metallarbeiterbund, Sekretariat Bern, Monbijoustrasse 61. 31 Seiten.

Ein Nachdruck der bekannten Zusammenstellung des Reichswirtschaftsministeriums, die als Drucksache Nr. 1787 der 3. Wahl-

periode dem Reichstag zugeleitet wurde. Die Verbreitung dieser Arbeit ist zweifellos nützlich. Es lag aber kein ersichtlicher Grund vor, die Quelle durch die allgemeine Bezeichnung: „von deutscher Seite vorgenommene Zusammenstellung“, zu verschleiern.

„Im Lande der billigsten Kohle.“ Eine Amerikastudie. Herausgegeben vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands. 1926. 156 Seiten.

Das Bändchen stellt den wohlgelungenen Rechenschaftsbericht der Bergarbeiterdelegation dar, die vor einem Jahr zum Studium der amerikanischen Bergarbeiterverhältnisse über den Ozean gesandt worden war. In knappen, klaren, mühelos lesbaren Kapiteln werden die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen des dortigen Kohlenbergbaus geschildert, unterstützt durch gut gewählte Bildbeigaben. Die anregende und empfehlenswerte Schrift bildet eine glückliche Ergänzung der „Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer“.

Eduard Backert: „Meine Amerikareise.“ Herausgegeben vom Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands. Berlin 1926. 167 Seiten.

Zutreffend drückt der Titel des Buches seinen Inhalt aus: es ist der Reisebericht eines aufmerksamen und vielfältig interessierten Beobachters, der frisch und ungekünstelt seine ganz persönlichen Eindrücke über alles, was ihm aufgefallen ist, übermittelt. Als Rechenschaftsbericht im engsten Sinne will die Schrift den Verbandsmitgliedern zeigen, wie der Verfasser seine Zeit angewandt hat. Sie bringt überdies eingehendes Material über den amerikanischen Bruderverband und die Brauereindustrie. Die Wirkungen des Trockenlegungsgesetzes finden eine zwar ausführliche, aber einseitige Würdigung.

Eduard Weisner: „Die Entwicklung der deutschen Zuckerindustrie in und nach dem Kriege und ihre Stellung im Rahmen der Weltzuckerproduktion.“ Verlag von August Brey, Hannover, Nikolaistraße 7. 1926. 135 Seiten. Preis 6,50 Mk.

Der vorliegenden Dissertation hat sich der Verlag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands angenommen, weil sich angesichts des begrenzten Interessenskreises für derartige Spezialarbeiten ein berufsmässiger Verleger wohl nicht gefunden hätte. „Ausserdem haben wir als Organisation“, so heisst es im Geleitwort weiter, „ein starkes Interesse an der Weiterentwicklung der geschichtlichen Literatur für einen Industriezweig, der für uns Organisationsgebiet ist.“ Diese Einstellung des Verbandsverlages ist um so sympathischer, als er ausdrücklich betont, „nicht alle Deduktionen des Verfassers anerkennen zu können“. Die Schrift selbst ist eine sehr fleissige und nützliche Übersicht. Das eingehende Verweilen bei der doch anormalen Entwicklung der Kriegszeit kann allerdings unsere Aufmerksamkeit, die auf die Zukunft gerichtet ist, nicht genügend fesseln.

Fritz Croner: „Sturm über England! Die Schicksalskrise des Britischen Weltreichs.“ Berlin 1926. Industriebeamten-Verlag G. m. b. H., Berlin NW 40, Werftstraße 7. 102 S.

Als Vertreter des AfA-Bundes nahm der Verfasser an einer Reise durch England teil, die von einer deutschen Kommission zum Studium der britischen Arbeitslosenversicherung vor Jahresfrist unternommen wurde. Es trieb ihn, sich bei dieser Gelegenheit auch Klarheit über die tieferen Gründe der Arbeitslosigkeit in England zu verschaffen. So entstand das vorliegende Büchlein, in dem die Ausführungen über die Arbeitslosenversicherung in Grossbritannien jetzt natürlich in den Anhang verwiesen wurden. Den Hauptteil bildet eine knappe und eindrucksvolle Schilderung der englischen Wirtschaftslage. Sehr geschickt hat der Verfasser es vermieden, sich in Einzelheiten zu verlieren. Vielmehr greift er vier Hauptindustrien (Kohle, Eisen, Schiffsbau, Textilindustrie) heraus, deren Niedergang er in wenigen, charakteristischen Strichen zeichnet. Ebenso glücklich schildert er die Konkurrenz, die England in seinen früheren Absatz- und Kolonialgebieten erwächst. Auf schier unbegreifliche Abwege gerät er je-

doch, wenn er das alte Ringen Englands und Russlands um Indien als (einen doch sinn- gemäss neuen) Kampf „zwischen dem führenden kapitalistischen und dem ersten antikapitalistischen Staat in Europa“ dar- stellt.

Dr. Hans Arons.

„Die chemische Industrie Deutschlands“, ein Beitrag zur Wirtschaftskunde von W. Ebert. (Verlag Chemie G. m. b. H., Ber- lin-Leipzig 1926.)

Die chemische Industrie nimmt in der deut- schen Wirtschaft der Gegenwart eine ganz besondere Stellung ein. Auf der einen Seite ist es die chemische Grossindustrie, in der sich der gewaltigste Konzentrationsprozess in jüngster Zeit vollzogen hat, und in der die Ausdehnung des Riesenunternehmens der Interessengemeinschaft der Farbstoffwerke noch immer weiter fortschreitet. Auf der anderen Seite, aber auch im Zusammen- hange mit der besonderen organisatorischen Entwicklung, gehen von der chemischen In- dustrie die grössten technischen Umwälzungen der Gegenwart aus, Umwälzungen, von denen die deutsche Wirtschaft vielleicht in den nächsten Jahren entscheidende Antriebe gewinnen kann. Man braucht nur an das grosse Problem der Ölgewinnung aus der Kohle zu denken oder an den Vorstoss der Chemie durch die Kunstseideproduktion auf das Gebiet der Textilindustrie oder endlich an den Ausbau der Düngemittelindustrien auf Grund der Gewinnung des Stickstoffes. Dieser gewaltige Entwicklungsprozess, der gerade von der chemischen Industrie für die deutsche Wirtschaft seinen Ausgangspunkt nimmt, bringt es mit sich, dass heute, trotz- dem die chemische Industrie zahlenmässig hinter vielen anderen Gewerbezweigen, be- sonders nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter, zurückbleibt, es kaum ein wich- tigeres Gebiet für die praktische Wirt- schaftskunde gibt. Man darf deshalb das Buch von W. Ebert über die chemische In- dustrie Deutschlands besonders begrüßen. Der Verfasser hat sich die Aufgabe gestellt, diese Industrie in ihrer Wesensart und in ihren Beziehungen zur Gesamtwirtschaft zu

kennzeichnen. Er hat die Technologie aus- geschaltet und eine Beschreibung der chemischen Produktion vom volkswirtschaft- lichen Standpunkt aus geliefert. Diese Be- schreibung enthält nicht nur sehr inter- essante, besonders auch für die Frage der möglichen Herausbildung eines gewerk- schaftlichen Industrieverbandes wichtige Übersichten über die Methoden der Ab- grenzung der chemischen Industrie gegen- über anderen Wirtschaftszweigen, sondern die Arbeit gibt auch einen ausgezeichneten Einblick in die besonderen Organisations- formen der menschlichen und sachlichen Produktionsmittel in der chemischen In- dustrie. Neben der Produktion wird auch die Absatzorganisation beleuchtet. Eine be- sonders wichtige soziale Tatsache ist es, dass gerade die Industrie, die in der Gegen- wart den stärksten Aufschwung erlebt, eine Industrie ist, in der der typische Arbeiter der ursprünglich ungelernete, dann angelernte Arbeiter ist, und in der der eigentliche Facharbeiter fast nur als Handwerker für die Herstellung der Apparatur und als Maschinist in Frage kommt. Neben der meist ungelerten Arbeiterschaft spielen für die chemische Produktion die akademisch geschulten Angestellten eine besonders wich- tige Rolle; denn die dauernde wissenschaft- liche Überwachung und Anregung ist kaum auf einem anderen Gebiete so bedeutsam wie in der chemischen Industrie. Diese Be- sonderheit der Struktur der Arbeitskräfte findet in der Arbeit von Ebert eine sehr wert- volle Beleuchtung. Wer sich der ent- scheidenden Bedeutung der Wirtschafts- kunde für alle wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnis bewusst ist, kann diesem Buch nur sehr viele Leser wünschen.

Fritz Naphtali.

„Wirtschaftliches Verpacken.“ Handbuch für den täglichen Gebrauch in Handel und Industrie. Von *Dr.-Ing. Ewald Sachsenberg*, Professor an der technischen Hochschule in Dresden.

Gewöhnlich wird das Einpacken einer Ware als notwendiges Übel und als An- hängsel der Fertigung betrachtet, das man

gewissermassen dem Zufall überlässt. Ich kenne einen grossen Betrieb, der jeden Tag einen bestimmten Artikel nach ungefähr 300 Stellen der Republik zu versenden hat. Hier wird das Einpacken in der Art erledigt, dass die Empfangsstellen das Packmaterial (*Kuvert mit Anschrift*) stellen. Stellt man dieses von den 300 Empfangsstellengelieferte Packmaterial zusammen, so hat man die ganze Mannigfaltigkeit und Regellosigkeit, aber auch die in unserem Wirtschaftsleben herrschende Unwirtschaftlichkeit vor Augen: nicht allein, dass Ware und Packmaterial in den Abmessungen nicht übereinstimmen, sondern auch, dass die Verpackung in dem einen Fall zu mangelhaft, in dem andern Fall viel zu gut ist. Hier herrscht durchweg Faustregel. Vielfach bestimmt der Lieferant des Packmaterials über die Verpackung, ohne Rücksicht auf die Ware und ihren Versandweg; in anderen Fällen nimmt der Hersteller der Ware, der Konstrukteur, viel zu wenig Rücksicht auf Einpacken und Versand. Das gilt vorzugsweise für die Konstruktion von Maschinen, wobei immer noch zu wenig beobachtet wird, dass z. B. weit vorstehende Ohren und Nasen die Maschinen beim Land- und Seeweg gefährden und die Transport- und Verpackungskosten auch in einem Ausmass verteuern, das in keinem Verhältnis zu dem Wert der betreffenden Konstruktionsteile steht. Es gehen auch sonst durch falsches Verpacken Millionen verloren, was bei Aufwendung geringer Mittel zu vermeiden wäre.

Der bekannte Rationalisierungsmann Dr.-Ing. Sachsenberg hat unter wesentlicher Unterstützung einer Reihe von Firmen und Kaufhäusern sowie Behörden den Vorgang des Verpackens eingehend analysiert und die Ergebnisse seiner gewiss komplizierten Arbeit in einem Büchlein „Wirtschaftliches Verpacken“, erschienen im *VDI.-Verlag G. m. b. H., Berlin NW 7*, niedergelegt. Sachsenberg selbst nennt sein Büchlein ein Handbuch für den täglichen Gebrauch in Handel und Industrie. Zweifellos wird es in der Praxis seinen Zweck erfüllen und zu Überlegungen nach mancher Richtung an-

regen; aber damit ist die Arbeit Sachsenbergs keineswegs abgetan: Das Verpacken ist eine Handlung, an der man, wie schon oben gesagt, durchweg ohne vieles Interesse, wie an vielen anderen Teilen des Fertigungsprozesses, vorbeigeht. Wenn man Sachsenbergs Büchlein durchblättert, staunt man über die Kompliziertheit des Prozesses und vor allen Dingen über die Ergebnisse, zu denen die *wissenschaftliche Durchdringung des Prozesses* führt. Das ist typisch für die ganze Rationalisierungsarbeit, die sich eben nicht in sensationellen Neuerungen, sondern in der wissenschaftlichen Durchdringung des Arbeitsprozesses auslebt, die dann zu *neuen, wirtschaftlicheren Arbeitsmethoden* führt. In diesem Sinne wird Sachsenbergs Büchlein auch jenen vieles geben, die es nicht direkt mit dem Verpacken zu tun haben.

Friedrich Olk.

Dr. Bruno Rauecker: „*Einführung in die Sozialpolitik.*“ Berlin 1926. Zentralverlag G. m. b. H. 123 Seiten.

Der Hauptteil dieses Buches ist der geschichtlichen Darstellung gewidmet. Man kann leider den Eindruck nicht verschweigen, dass der Verfasser hier ein viel zu umfangreiches Gebiet in Kürze populär darzustellen versucht. So bleibt er in einer Registrierung von Vorgängen stecken, die gerade auch dem nicht vorgebildeten Leser keineswegs ein wirkliches Verständnis der Entwicklung vermittelt. Dies gilt sowohl von dem Kapitel „Objekte der Sozialpolitik“, das zugleich einen „Abriss einer Geschichte der abhängigen Klassen“ von der ältesten Zeit an auf 17 Seiten zu geben versucht, wie auch von dem weiteren Kapitel „Abriss einer Geschichte der Sozialpolitik“, das einen Überblick von der griechischen Geschichte bis zur modernen arbeitsrechtlichen Gesetzgebung gestatten soll. Die wirklichen ausschlaggebenden soziologischen Zusammenhänge können natürlich bei einer so summarischen Darstellung kaum berührt werden, und der Hinweis auf grundlegende Werke, in denen hierüber „Endgültiges“ gesagt ist, kann der Raueckerschen Schrift keinen eigenen Wert verleihen. Wo aber mehr

eigene Gedanken und Betrachtungen zu verzeichnen sind, wie in der Einleitung, muss ebenfalls die Flüchtigkeit der Darstellung auch im Rahmen einer solchen Schrift als nachteilig bezeichnet werden. Wenn schon die ausserordentlich wichtigen Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftspolitik einerseits und Sozialpolitik anderseits behandelt werden, so darf es nicht bei einigen, teilweise auch anfechtbaren Hinweisen bleiben.

Nebenbei sei noch erwähnt, dass auch das Literaturverzeichnis sowohl im Buch- wie im Zeitschriftenteil wichtige Publikationen, deren Berücksichtigung im Rahmen des Themas völlig unerlässlich erscheint, gänzlich vermissen lässt.

Aus allen diesen Gründen kann dem Buch, das dem Sachkundigen wenig Neues bringt, auch für den Laien kein grosser Wert zugesprochen werden. *Dr. Bruno Broecker.*

Clemens Sieben: „*Abbauder Sozialpolitik.*“ Eine kritische Untersuchung der Entwicklung sozialpolitischer Gesetze und ihrer Wirkungen an Hand der Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten. Velbert im Rheinland, Freizeiten-Verlag, 1926. 136 Seiten.

Die Berichte der deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden enthalten ein ausserordentlich umfangreiches und wichtiges Material über Art und Grad der Durchführung und über die Wirkungen der sozialpolitischen Gesetzgebung. Aber die Form dieser Berichte ist so unübersichtlich, dass jeder Versuch, dieses Material zu gruppieren — solche Versuche sind auch schon früher unter verschiedenen Gesichtspunkten gemacht worden —, als ein sehr dankenswertes Unternehmen betrachtet werden muss.

Sieben gruppiert das in den Berichten für 1919 bis 1922 enthaltene Material, unter gelegentlicher Heranziehung auch anderer Quellen, nach den folgenden Fragen: *I. Die Regelung der Arbeitszeit:* Das Verhalten der Arbeitgeber bei Einführung des Achtstundentages. Produktionsrückgang seit Einführung des Achtstundentages. Ursachen für den Produktionsrückgang (Verkürzung

der Arbeitszeit, Arbeitsunlust, Kriegsverluste, Streiks, Zeitarbeit, Schwarzarbeit, Mangel an Facharbeitern, Belegschaftswechsel, Wohnungsverhältnisse, Betriebsräte). Überarbeit. Taylorsystem. Hygienische Wirkungen des Achtstundentages. Verwendung der Freizeit (Hebung der Allgemeinbildung, fachliche Weiterbildung, Gartenarbeit, Schwarzarbeit, jugendliche Arbeiter und Freizeit). *II. Das Schlichtungswesen. III. Der Tarifvertrag.*

Überall begnügt der Verfasser sich nicht mit einem Bericht, sondern er weist kritisch auch auf *Lücken* der Berichterstattung hin, die oft das berichtete Ergebnis als für eine weitere Betrachtung und für daraus zu ziehende Schlussfolgerungen ungeeignet erscheinen lassen.

Das allgemeine Ergebnis der Untersuchung — unter Hinblick auf den Titel des Buches, der vielleicht mit einem Fragezeichen zu versehen gewesen wäre — ist, dass die *übertriebenen Forderungen der Arbeitgeber* nach einem Abbau der Sozialpolitik *der sachlichen Begründung ermangeln*. „Die Arbeitgeber haben bisher an keiner Stelle den Beweis erbracht, dass der Produktionsrückgang, den Deutschland seit Jahren erlebt, der Sozialpolitik allein zu Lasten zu schreiben sei.“ — „Ebensowehr wie viele Arbeitgeber mit ihren ungezügelten sozialpolitischen Abbauforderungen den Boden der Wirklichkeit verlassen und sich in privatwirtschaftlichen Sonderwünschen ergingen, sind die *Vorwürfe der Arbeiterschaft* wegen eines sozialpolitischen Abbaues oder einer sozialpolitischen Reaktion *leidenschaftlich übertrieben*.“ Weder die Arbeitszeitverordnung noch die Schlichtungsverordnung vom Jahre 1923 haben „einen sozialpolitischen Abbau“ gebracht. „Es handelt sich vielmehr... um einen *Einbau* bewährter Erfahrungen und um einen wirtschaftlich notwendigen *Ausbau*.“ *Lipmann.*

„*Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit.*“ Eine systematische Darstellung von Dr. jur. Gerhard Jäkel. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1926.

Das vorliegende Buch will einen Überblick über die gesetzlichen Grundlagen der heutigen Arbeitszeitregelung geben. Es wäre falsch, wenn man von Gewerkschaftsseite aus den Wert solcher juristischen Abhandlungen für die Klärung von Begriffen und Festigungen einer juristischen Terminologie in derartigen Fragen unterschätzen wollte. Allerdings muss auf der anderen Seite berücksichtigt werden, dass der positive Ertrag einer solchen Schrift im übrigen stets gering sein muss, denn die Bewertung der von den im Wirtschaftskampf ringenden Parteien erzielten Ergebnisse, ein Urteil über ihre Zweckmässigkeit und somit auch eine Förderung ihrer weiteren Ausgestaltung, kann niemals von der Basis einer juristischen Betrachtungsweise aus gelingen. Dies zeigt sich auch in dem im übrigen durchaus sachlichen und zurückhaltend gefassten Buche an einzelnen Stellen.

So ist beispielsweise bei der Schilderung der Entwicklung des Arbeitszeitrechts die jeder gesetzlichen Bestimmung vorausgegangene, von den Parteien selbst geschaffene vertragliche Grundlage als Ergebnis des jeweiligen wirtschaftlichen Kräfteverhältnisses keineswegs genügend berücksichtigt. Ebenso sind gewerkschaftliche Motive und Grundsätze zuwenig erkannt, wie beispielsweise im Kapitel über den Ausgleich ausgefallener Arbeitsstunden ziemlich deutlich wird. Sieht man aber die ganze Schrift in ihrem engeren Rahmen, das heisst als referierende Übersicht über bestehendes Recht und Darstellung bestimmter juristischer Fragenkomplexe, so ist sie als gründliche und gewissenhafte Arbeit anzuerkennen. *Dr. Bruno Broecker.*

Gertrud Henseleit: „*Das weibliche Arbeitsinspektorat in Deutschland und England.*“ Berlin 1926. Julius Springer. 154 S.

Die Verfasserin schreibt in ihrem Vorwort: „Die Arbeit behandelt nicht bloss, wie der Titel besagt, das weibliche Arbeitsinspektorat in Deutschland und England, sondern zugleich gibt sie zwangsnotwendig und bewusst die erste und einzige um-

fassende, aber naturgemäss nur skizzenhafte Darstellung der deutschen Gewerbeaufsicht überhaupt, d. h. der Gewerbeinspektionen der einzelnen deutschen Länder bis zum Jahre 1922 einschliesslich, und ebenso der englischen. . . Die Arbeit bringt ferner über ihren Titel hinausgehend . . . eine knappe Darstellung des Arbeiterinnen-, Kinder- und Hausarbeiterschutzes, als geschichtlichen Auftakt gewissermassen, und weil eine anschauliche Vorstellung der gesetzlichen Grundlagen für das Verständnis des Hauptteils über die weibliche Arbeitsaufsicht in den Einzelstaaten und ihre Aufgaben und Leistungen notwendig ist.“

Diese im ersten Augenblick reichlich selbstbewusst anmutende Einführung sagt nicht zuviel. Der besondere Vorzug des Buches, seine erfreuliche Eigenart besteht in dem geglückten Bemühen nach klarer Gliederung des umfangreichen Stoffes und nach folgerichtiger Unterordnung des Materials unter die gewählten leitenden Gesichtspunkte. Sie erleichtert dem Leser den Überblick über dieses ebenso wichtige wie schwierige und ausgedehnte Gebiet und regt ihn zu eigener Stellungnahme an.

Diese Stellungnahme wird naturgemäss oft auch der Auffassung des Buches, nicht nur dem Stoffe, gegenüberstehen müssen. Der letzte Abschnitt, eine kritische Darlegung der neueren Bestrebungen zum Ausbau der weiblichen Gewerbeaufsicht, in dem auch die Haltung und Arbeit der Gewerkschaften nochmals ausführlich berücksichtigt wird, betont die Besonderheit der weiblichen Aufgaben in der Gewerbeaufsicht und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten für ihre praktische Gestaltung. Die Verfasserin begibt sich dabei weiter auf den heissumstrittenen Boden *allgemeiner Fragen der Frauenpsychologie*, als es das Thema vorschreibt, wenn sie auch meint, die Besonderheit der weiblichen Aufgaben und Leistungen aus einer Darstellung eben der Gewerbeaufsicht als solcher abgeleitet zu haben. Es ist in diesem Zusammenhang nicht angängig, über die Frage spezifisch weiblicher Eigenart und Leistung sowohl bei

den von der Gewerbeaufsicht zu betreuenden Frauen wie bei ihren Trägerinnen selbst zu diskutieren; Henseleit geht mit grosser Sicherheit von der Voraussetzung der Existenz solcher spezifisch weiblichen Kultur Aufgaben im allgemeinen aus und kommt dabei zur Vorwegnahme von Urteilen, die sich erst im Laufe der nächsten Zukunft herausbilden können. Ob man z. B. die Frage des technischen Interesses und der technischen Eignung der Frau a priori lösen kann, erscheint unwahrscheinlich. Es ist auch fraglich, ob dem gewerkschaftlichen Interesse mit einer solchen Trennung von Männer- und Frauenaufgaben gedient ist, da die Beteiligung der Betriebsräte an gewissen Gebieten der Gewerbeaufsicht auch von den weiblichen Betriebsräten in Zukunft ebenso wohl technische wie soziale Eignung verlangen wird und eine Beschränkung auf die sozialen Aufgaben nicht der Entwicklung dieser Institution gerecht wird.

Margarete Kaiser-Harnisch.

Wilhelm Wolff: „Der Achtstundentag.“ Seine Geschichte und die Erfahrungen mit seiner gesetzlichen Einführung in Deutschland. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 112 Seiten.

Das Buch ist eine Zusammenfassung der im Jahre 1922 von Wolff herausgegebenen Schrift, die denselben Titel führt wie die vorliegende, und des von Paul Hertz und Richard Seidel im Jahre 1923 herausgegebenen Buches „Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung“.

Der erste Teil des Buches enthält eine vorzügliche „kurzgefasste Geschichte der täglichen Arbeitszeit und insbesondere des achtstündigen Arbeitstages“, und zwar 1. „vor und zu Beginn der kapitalistischen Wirtschaftsepoche“, 2. „die Entwicklung bis um das Jahr 1890“, 3. „die Entwicklung unter internationalem und insbesondere sozialistischem Einfluss bis 1914“, 4. „die Fortschritte der Achtstundentagbewegung unter dem Einfluss des Weltkrieges und seines revolutionären Abschlusses von 1914

bis zur Gegenwart“, 5. „die Reaktion gegen den Achtstundentag“. Besonders bemerkenswert sind in diesem Teil die (statistischen) Darlegungen darüber, wie lang die Arbeitszeit tatsächlich in den verschiedenen Kulturländern war und ist bzw. wieviel Prozent der Arbeiter jeweilig so oder so lange beschäftigt waren.

Der zweite Teil will über „die Erfahrungen mit der verkürzten Arbeitszeit in Deutschland nach dem Kriege“ berichten, und zwar 1. über „ihre Folgen in den wichtigsten Wirtschaftszweigen vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus, insbesondere ihren Einfluss auf die Arbeitsleistung“ in den wichtigsten Industriezweigen, 2. „die volkswirtschaftlichen, insbesondere sozialpolitischen Folgen der Verkürzung der Arbeitszeit“. Dieser Teil enthält eine geschickte Auswahl und gute Darstellung solcher Berichte, die ein *günstiges* Ergebnis der Arbeitszeitverkürzung zeigen. Der Wert dieser Berichterstattung wäre aber zweifellos ein höherer, wenn der Verfasser nicht die *ungünstig* lautenden Berichte ganz übergangen, und wenn er sich lieber, soweit dies möglich ist, kritisch mit ihnen auseinandergesetzt hätte.

Auch der dritte Teil, „Kritische Bemerkungen zur Verkürzung der Arbeitszeit in Deutschland“, geht auf die von der Arbeitgeberseite vielfach behaupteten „katastrophalen“ Wirkungen des Achtstundentages nicht näher ein; aber es scheint mir doch auch für ein Buch, das „nicht im strengen Sinne eine wissenschaftliche Arbeit“, sondern eine für den Arbeiter geschriebene „möglichst leicht und populär gehaltene Darstellung“ sein will, nicht recht zweckmässig, den Achtstundentag *schlechthin* als — auch unter privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen — nützlich hinzustellen und alle dagegen geäusserten Argumente, auch wenn sie durch (vielleicht anfechtbare) statistische Daten belegt sind, *en bloc* abzulehnen.

Ein Anhang enthält den Wortlaut des Washingtoner Abkommens, der Arbeitszeitverordnung vom 21. November 1923 und des Londoner Abkommens. Lipmann.